

hat und er nur das geistig aufnehmen kann, wofür er ein Verständnis hat. Nach einem ähnlichen Muster wie St. Martin müßten auch Kurse für die Jungarbeiterschaft errichtet werden, denn gerade das Los der Jungarbeiterschaft ist ein mißliches. Mit 14 oder 15 Jahren müssen die Jugendlichen in die Fabrik, in den Betrieb, in die Grube, schwerste Arbeit verrichten. Das Wissen aus der Volks- und Bürgerschule ist gering. Ich will mich nicht gegen das Volks- und Bürgerschulwesen dieses Landes wenden, im Gegenteil, wir können in Österreich im allgemeinen auf das Volksschulwesen stolz sein, wir können feststellen, daß das Reichsvolksschulgesetz in Österreich gute Wirkungen gezeitigt hat im Vergleich zu dem Schulwesen anderer Länder. Damit will ich nicht gesagt haben, daß wir uns mit dem jetzigen Zustande unseres Schulwesens zufriedengeben, denn unser Streben geht nach vorwärts. Wir wünschen, daß auch für die gewerbliche industrielle Jungarbeiterschaft etwa nach dem System wie für die bauerlichen Fortbildungsschulen Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden, wir wollen, daß die Jungarbeiterschaft nicht als Lohnsklaven ohne Kenntnis der Zusammenhänge im Betriebe zur Arbeit geht. Wir wissen, wie schwer sich das Leben eines Industriearbeiters gestaltet, weil er einfach als Nummer, als Unwissender, zur Arbeit gestellt wird, weil er die großen Zusammenhänge der Volkswirtschaft nicht kennt, weil er die Technik nicht kennt, weil er lediglich als Muskelsklave, wie ein Teil der Maschine, seine Kraft dem Kapitalismus, dem Unternehmer, zur Verfügung stellen muß. Wir glauben, daß durch ein gutes Schulwesen für die industrielle Jungarbeiterschaft die Produktion in der Industrie bedeutend gefördert werden würde, wir glauben, daß schon durch die Kenntnis der Zusammenhänge, durch die Kenntnis des technischen Betriebes ganz anders im Betriebe gearbeitet werden könnte. Wir wünschen nicht, daß ein Lohnsklave im Betriebe steht, wir wünschen, daß ein denkender Arbeiter in den Betrieb kommt, und das ist meiner Meinung nach Hebung der Produktivität. Es wird soviel über Produktivität geschrieben, es wird auch verlangt, den Achtstundentag abzuschaffen. Aber darüber wird kaum zu verhandeln sein, denn ein solches Beginnen würde auf den schwersten Widerstand der gesamten Arbeiterklasse stoßen. Ich glaube, wenn wir die Produktivität unserer Industrie heben wollen, dann müssen wir sie der Arbeiterchaft im Rahmen des Achtstundentages vor Augen führen, und da ist die erhöhte Ausbildung ein Mittel dafür. Wie die Schulen eingerichtet werden sollen, das habe ich bereits angekündigt, sie müßten praktisch nach den Betrieben eingerichtet sein und der Lehrplan müßte beinahe für jede Art des Betriebes geschaffen werden, weil jeder Lehrplan sich an die Industrie anlehnen müßte, in der der junge Mann steht. Der Lehrplan einer Papierfabrik müßte ganz anders ausschauen als der in Kapfenberg bei Böhler oder der in Köflach bei den Bergarbeitern. Die Kurse müßten von Fachleuten, Werkmeistern, Ingenieuren, geleitet werden, die die nötigen Kenntnisse besitzen und vermöge ihres Bildungsgrades auch die nötige pädagogische Eignung haben, die Arbeit in

den Kursen und Lehrgängen für die industrielle junge Arbeiterschaft zu besorgen. Ich werde ja noch Gelegenheit haben auf diese Anregung, die von unserem Klub gegeben worden ist, einzugehen. Der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten wird dem hohen Hause einen derartigen Entwurf vorlegen. Ich möchte dies schon jetzt ankündigen und erwarte, daß die übrigen Parteien des hohen Hauses diese geringfügige Lappalie von 466 Millionen, welche im Milliardenbudget ja kaum eine besondere Bedeutung hat, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser zu schaffenden Einrichtung, bewilligen und sich dem Minderheitsantrage anschließen werden. Damit würden wir eine weithin sichtbare Tat vollziehen, die dem Hause zur Ehre gereicht. Wenn wir in dieser Sache fortschreiten würden, würden wir auch den anderen Ländern ein Beispiel geben. Bei unserem Willen, alle Bildungsmöglichkeiten zu unterstützen, kann wohl auch die sozialdemokratische Partei des hohen Hauses das Entgegenkommen der übrigen Parteien in dieser für die Volksbildung wichtigen Frage in Anspruch nehmen und erwarten. Ich meine, damit würden wir bezeugen, daß es uns nicht nur darum zu tun ist, rein nur das Übernommene zu bewahren und fortzuführen, sondern daß Steiermark darüber hinaus, von Jahr zu Jahr auf kulturellem Gebiete weiterschreitet. Ich bitte, einem solchen Minderheitsantrage der sozialdemokratischen Partei in der Spezialdebatte zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Huber: Hohes Haus! Wenn wir die Verhandlungen des hohen Hauses vergleichen mit den Verhandlungen, die wir durch Monate im Finanzausschusse über die Budgetfrage gehabt haben, so müssen wir konstatieren, daß ein gewaltiger Unterschied, eine Verschiedenheit in der Aufmachung der Gegenseite zu dem Budget vorhanden ist. Wir haben im Finanzausschusse gesehen, daß die Herren von der Gegenseite alle Vorschläge, die der Herr Finanzreferent vorgelegt hat, mit wenigen Ausnahmen angenommen haben und auch ihrerseits Vorschläge in Bezug auf das Erfordernis zum Antrag gestellt wurden. Bei der Bedeckungsfrage haben die Herren allerdings Verschiedenes auszustellen gewußt und haben auch zu einer Zeit, als wir mit der Verbrauchsabgabe gekommen sind, die Erklärung abgegeben, daß sie diese Abgabe unter allen Umständen bekämpfen und zu Fall bringen werden. Als wir ihnen aber vorgeschlagen haben, etwas anderes und besseres zu bringen, haben sie uns gesagt, daß sei nicht ihre, sondern unsere Sache. Wir glauben, daß durch ihr Verhalten in diesem hohen Hause, sie nur demagogische Ziele im Auge haben (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), daß es ihnen nicht darum zu tun ist, ernst mitzuarbeiten an dem Aufbau unseres Landes, sondern daß es ihnen darum zu tun ist, sich das Material zu verschaffen, um in der nächsten Zeit der Wahlperiode dieses wieder dem Volke aufzutischen und ihm damit dienen zu können. Wir glauben, wenn sie dieses zweite von mir angeführte Ziel ins Auge gefaßt haben, dann haben sie sich damit gründlich verrechnet, denn gerade durch ihr Verhalten werden dem Volke die Augen geöffnet und es wird sehen, daß

man mit einem solchen Verhalten dem Volk und dem Lande nicht dient. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Zwischenruf: „Dazu brauchen wir Sie!“) Das Budget weist einige Posten auf, die für die Volkswirtschaft ungeheuer wichtig und praktisch sind. Ich meine das Kapitel „Straßenbau“, das hätten wir sicher gerne erhöht gesehen, wenn es die Finanzen des Landes möglich gemacht hätten. Wenn ich als österrischer Abgeordneter hiezu das Wort ergreife, so muß ich hinweisen auf die furchtbar schlechten Verhältnisse unserer Straßen und auf die Verkehrsverhältnisse in der Oststeiermark überhaupt. Die Oststeiermark wurde schon vor dem Kriege als das vergessene Land bezeichnet, und diesen Fehler endlich einmal auszugleichen, wäre unsere Pflicht. Ich verweise auf eine schon seit mehr als zwanzig oder dreißig Jahren verlangte Straßenverbindung in dem fruchtbaren Tale des Lungitzbaches. Ganze Gemeinden sind nicht in der Lage, ihre Produkte zu verkaufen oder der Abnahme zuzuführen, weil sie nur über einen wertlosen oder sehr schlechten Feldweg verfügen, welcher bei schlechter Jahreszeit überhaupt nicht fahrbar ist.

Wir freuen uns, daß in das Budget ein Betrag von 1½ Milliarden für den Ausbau der Bahn Friedberg—Pinkafeld eingestellt wurde. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß dieser Bahnbau fertiggestellt wird und wir möchten wünschen, daß es in der nächsten Zeit gelingt, daß die Finanzen des Landes sich soweit bessern, daß wir ähnliche oder noch größere Beträge für das vernachlässigte Bahnnetz der Oststeiermark verwenden können. Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit den Herren Referenten und die maßgebenden Herren der Landesregierung wieder aufmerksam machen, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, die schlechten Straßenverhältnisse der Oststeiermark zu bereinigen, respektive sich zu bemühen, daß diese Verhältnisse andere werden.

Wenn ich nun schon über die Verkehrsverhältnisse der Oststeiermark spreche, so komme ich noch auf ein Kapitel, welches unsern Geschäftsverkehr ungeheuer hemmt. Wir Österr. haben eine direkte Bahnverbindung mit Wien, verfügen über eine dreimal tägliche Zugverbindung nach Wien und es ist interessant, daß wir noch immer keinen direkten Postverkehr mit Wien haben. Alle Postpakete gehen über Graz und ich kann beweisen, daß ein Exprespostpaket, welches am 27. März in Wien aufgegeben wurde, glücklich am 31. März in Hartberg eingelangt ist. (Riemelmoser: „Ein Skandal so etwas!“) Es ist das nicht ein Zufall, ich habe mich wiederholt an die maßgebenden Faktoren, an die Postdirektion gewendet und man hat gesagt, es ist Vorschrift, alle Pakete über Graz zu expedieren. Man könnte ein Postpaket von Wien in 5 Stunden haben, es muß aber alles über Graz, muß 10 Stunden laufen, um endlich nach Tagen an den Bestimmungsort zu gelangen. Wir werden aber nicht ausgeschaltet, wenn es sich handelt um eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren, da sind wir gleich gute Staats- und Landesbürger, wie alle übrigen. Ich meine, es wäre ungeheuer notwendig und wichtig, dieser Ver-

nachlässigkeit endlich in das Auge zu schauen und diesen Übelständen doch endlich einmal abzuhelpen.

Nun möchte ich auf ein weiteres Kapitel, welches den Gewerbestand betrifft, verweisen, nämlich auf die Lohnabgabe. Es ist interessant, daß im vorigen Jahr in der Budgetdebatte im Finanzausschuß die Herren Sozialdemokraten gegen jede Begünstigung des Kleinbauern und des Kleingewerbetreibenden Stellung genommen haben (Rufe: „Hört!“) und ich erwähne, daß es erst in der letzten Stunde möglich war, drei Arbeiter oder drei Gehilfen für den kleinen Mann freizubekommen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Wenn wir heute den „Arbeiterwille“, Ihr Leitblatt, gelesen haben, so haben Sie geschrieben: „Wohl hat die Regierungspartei“, also wir, die alles mißachten und alles verursachen, „2 Prozent den Banken geschenkt, hingegen aber hat sie den Kleingewerbetreibenden 4 Prozent an Lohnabgabe hinauf oktroyiert.“ Hier haben Sie auch dem Laien Ihr wahres Gesicht gezeigt, Sie waren im vorigen Jahr dagegen, daß die Begünstigung gefallen ist und heuer bezeichnen Sie es für uns als einen Verrat an unserem Gewerbestand, daß wir das gemacht haben. Meine sehr Verehrten, über solche Dinge wird sich der einfachste Mann zurecht finden und wird sagen, daß Sie hier nicht aufrichtig sind, sondern ein demagogisches Spiel treiben. (Rufe: „So ist es!“ — Rufsach: „Bitte sich an Ihre eigene Schule zu erinnern!“) Bezüglich der Schenkung von 2 Prozent an die Banken ist meines Erachtens die Sache nicht anders als so, daß wir von den ursprünglichen 8 Prozent für die auswärtigen Banken, also ursprünglich 8 Prozent verlangt und uns schließlich auf 6 Prozent geeinigt haben. Nun möchte ich noch auf eines hinweisen, was Sie in der Budgetdebatte des Finanzausschusses wollten, das ist die höhere Besteuerung der Sparkassen des Landes. Nun, Verehrte, ich glaube, daß die Sparkassen am flachen Lande eigentlich noch die billigeren Geldgeber des kleinen Mannes sind, daß die Sparkassen eigentlich ihren ganzen Gewinn für das allgemeine Wohl zur Verfügung stellen (Oberzaucher: „Soweit sie sich nicht mit anderen Banken fusionieren! Siehe Rottenmann!“), daß das keine Banken sind, die das Volk ausbeuten. Und Sie haben gewünscht, daß diese Sparkassen höher besteuert werden. (Zwischenruf: „Siehe Bezirkssparkasse!“) Nun, sehr Verehrte, ich glaube an diesen Beispielen genügend aufgezeigt zu haben, daß Sie sich stark auf dem Gebiete der Demagogie befinden.

Nun möchte ich noch einige Worte über die gewerblichen Fortbildungsschulen sprechen. Wir begrüßen es außerordentlich, daß heuer im Budget ein größerer Betrag für das gewerbliche Schulwesen eingesetzt wurde, denn es ist notwendig, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht. Mein Herr Vorredner hat eben vom Lehrerfolg in der Gewerbeschule gesprochen und ich muß offen erklären, daß wir mit den Lehrerfolgen der gewerblichen Schulen nicht zufrieden sein können. Ich spreche als Gewerbetreibender vom flachen Lande, ich kenne die Verhältnisse dort und meine, wenn auch nicht die Schuld am Lehrkörper selbst liegt, so ist es richtig, wie der Herr Vorredner

sagt, daß durch das Zusammenlegen der verschiedenen Kategorien der Lehrlinge eine Spezialausbildung nicht möglich ist. Nun wünschen wir, daß ein Gesetz geschaffen werden könnte, welches diese Übelstände beseitigt, ich kann mir aber nicht denken, wie man am flachen Lande eine solche Sache zu einer Auswirkung bringen könnte, die allen gerecht sein würde. Warum sich der Gewerbestand am flachen Lande ganz besonders mit wenig Vertrauen zur Gewerbeschule wendet, das sind die Umstände, die zu Tage getreten sind und die ich jetzt im hohen Hause öffentlich erwähnen will. Wir wünschen nicht, daß nach der Schule die sozialdemokratischen Sekretäre auf unsere Lehrlinge warten und sie einladen zur Aussprache unter freiem Himmel, zum Zwecke einer Organisation für ihre Partei. Wir freuen uns auch nicht, daß der Lehrerstand während der Schule und der Schulperiode streikt und so den Lehrlingen dieses Bildungsmittel vor Augen führt, wie Streiks geführt werden müssen. Und aus diesem Grunde sind wir nicht in der Lage die gewerblichen Schulen nach jeder Richtung begrüßenswert erscheinen zu lassen.

Nun will ich zum Schluß noch über einen Gegenstand zu sprechen kommen, den der Herr Bürgermeister Pichler von Bruck aufgezeigt hat und das ist die glänzende Armenfürsorge Ihrer Partei in den Gemeinden. Ich kenne die Verhältnisse in Bruck nicht und ich will glauben, daß alles so ist, wie es uns der Herr Bürgermeister Pichler erzählt hat. Nun, wenn Sie uns ein solches Bild in unserm Saal hier hereinhängen, so werden Sie mir auch gestatten, daß ich ein Gegenstück aufzeige. In einer kleinen Stadt, die mir sehr nahe steht, und die ich sehr genau kenne, ist ein sozialdemokratischer Gemeinderat Armenvater. Diese Gemeinde gibt ihren Armen monatlich zweimal das nötige Holz, ein paar Stücke Holz, um sich ihr Stübchen zu heizen. Dort befindet sich ein Ehepaar, beide über 70 Jahre alt, die in diesem strengen Winter wiederholt an diesen Armenvater herangetreten sind, um eine Aufbesserung dieser sonst ausgeworfenen Menge. (Peintinger: „Das wird er wohl auch gekriegt haben!“) Der Armenvater hat den Mann abgefertigt — ich bemerke, daß die Gemeinde, die Stadt in der das geschehen ist, über Holzvorräte verfügt und jährlich viel Holz abgestoßen wird — und Ihr sozialdemokratischer Genosse (Ruschak: „Namen nennen! Wie heißt die Stadt und der Betreffende?“) hat erklärt: „Hier gibt es keine Rücksicht, es kann nur die Quantität gegeben werden, welche für jeden vorgeschrieben ist.“ Bei dieser Bitte ist es dann allerdings zu argen Szenen gekommen, vielleicht war der arme Mann nicht in der richtigen Verfassung, daß er seine Bitte ordentlich vorgebracht hätte. Es ist dazu gekommen, daß der Armenvater den Armen beim Kragen gepackt (Rufe: „Hört!“ — Ruschak: „Namen nennen und nicht verdächtigen!“) und zu Boden geworfen und geschrien hat: „Warte, Du Hund, mit Dir werde ich auch noch fertig werden.“

Meine Damen und Herren! Der Mann ist zur Gemeinde gegangen und hat darüber Beschwerde geführt. Dort hat man ihn abgewiesen, weil es eine

höhere Instanz als den Armenvater nicht gibt. (Zwischenrufe: „Namen nennen!“) Ja, ich bin bereit. Der Mann ist nun zu mir gekommen um Auskunft, was er da zu machen hätte. Ich habe ihm gesagt: „Wenn Sie tätlich beleidigt, angegriffen wurden, gehen Sie zu Gericht.“ Der Mann ist zu Gericht gegangen und der Richter sagte, er müsse ein Armutszeugnis haben. Das Armutszeugnis wurde ihm deshalb nicht bewilligt, weil er die 500 Kronen für die Drucksorte nicht aufgebracht hat. (Pichler: „Wo war dies?“ — Peintinger: „In Bruck war es nicht!“) Als wir ihm die 500 K gegeben hatten, ist er mit der Drucksorte zur Gemeinde gegangen. Er ist aber wieder zurückgekommen damit und hat erklärt, man unterschreibe ihm diese Drucksorte nicht, weil es ausgeschlossen ist, daß ein Gemeindearmer bei Gericht sein Recht suchen darf. (Hornik: „Das ist aber arg!“) Ich habe, um diese Sache weiter zu verfolgen, dem Manne gesagt, er möge mir diese Erklärung schriftlich bringen und er hat sie gebracht. Auf das hin bin ich zum Richter gegangen und der Richter hat gesagt, ich bitte, ich stehe nicht an auf ein Armutszeugnis, ich werde die Klage so durchführen. Naturgemäß sind dann die Vorladungen zur Verhandlung gekommen und auch diese Gemeinde und der Armenvater haben Vorladungen bekommen. (Ruschak: „Dann werde ich Ihnen erzählen, was die christliche Gemeinde Hallthal gemacht hat!“) Als der Mann diese Vorladung bekommen hat, hat man diesen Armen zur Gemeinde zitiert und erklärt, daß er seine Klage zurückziehen müsse. Er ist um 11 Uhr zur Gemeinde vorgeladen worden, kam aber statt um 11 Uhr um 10 Uhr und sagte, um 11 Uhr kann ich nicht kommen, weil ich um 11 Uhr meine Milch holen muß, ich komme deswegen früher. Man hat ihm erklärt, daß das keine Ausrede ist, daß er pünktlich zu erscheinen habe, auf das hin wollte sich der Arme entfernen, da hat man ihn gepackt und ihn eine Stunde in den Gemeindearrest gesteckt. (Peintinger: „So geht es zu, wo Sozialdemokraten herrschen!“ — Ruschak: „Wenn das Wahrheit ist, ist der Mann morgen nicht mehr Funktionär, das versichere ich Ihnen!“) Ich habe mich dann bemüht, weil ich nicht einsehen konnte, daß Ihre Partei einen solchen Menschen noch weiser als Armenvater dort angestellt wissen will, daß dies Ihrer Bezirksorganisation bekannt wird. Das ist auch geschehen, trotzdem ist man aber dort zur Tagesordnung übergegangen und der Mann ist heute noch Armenvater. (Ruschak: „Wo denn zum Teufel?“ — Wallisch: „Wo ist das und wie heißt der Armenvater?“) Ich wollte Sie in keiner Weise angreifen. Ich meine, das wäre doch ein Roman, den ich Ihnen vorlegen würde, wenn ich nicht in der Lage wäre, das auch zu beweisen und ich würde nicht sagen können, daß sich damit das Gericht beschäftigt hat, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Schließlich ist es dazugekommen, daß bei Gericht sich der Arme ausgeglichen hat mit dem Armenvater und der Armenvater aus dieser Situation herausgekommen ist. Dieses Kapitel will ich Ihnen hinlegen als ein Gegenstück für Ihre glänzenden Taten in sozialdemokratischen Gemeinden und muß Sie bitten, daß Sie Rück-

sicht nehmen bei allen Ihren Erklärungen, daß auch in Ihren Reihen Dinge geschehen, die wir nicht begreifen. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Wallisch: „Das ist eine anonyme Verleumdung! Wo war das?“ — Huber: „In Hartberg war es!“ — Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Dort ist ja eine großdeutsche Mehrheit!“)

Oberzaucher: Hohes Haus! Der Herr Abg. Huber hat in seiner Rede mehrmals behauptet, unsere Reden hier hätten nur demagogische Ziele und er hat auch jetzt noch in seinen letzten Ausführungen beweisen wollen, daß nicht nur die christlichsozialen Gemeinderäte und Funktionäre und die christlichsozialen Bauern hartherzig seien, sondern daß es solche hartherzige Menschen auch in unseren Reihen gäbe. Allerdings ist uns Abg. Huber die Beweise schuldig geblieben; eine Raubergeschichte zu erzählen, ist natürlich sehr leicht und wir könnten Ihnen solche Dinge zu Hunderten erzählen. Aber wir erzählen nicht Dinge, die wir nur vom Hörensagen kennen, sondern wir bringen für unsere Behauptungen auch die Beweise und Dokumente. Das hat Abg. Huber hier unterlassen und solange er nicht die Dokumente bringt, die genau beweisen, daß dieser angebliche Sekretär oder Armenvater, der unserer Partei angehören soll, derartig an einem Armen gehandelt hat, muß ich die Richtigkeit dieser Behauptungen allerdings mit Recht sehr bezweifeln. Wir kennen die Gegenseite zu gut, um nicht zu wissen, daß sie immer mit Verdächtigungen arbeitet. (Zwischenrufe.) Auch der Name beweist nichts, sondern für solche Behauptungen muß man Beweise erbringen, aktenmäßige Beweise; die Akten, die auf Grund einer Untersuchung geschlossen worden sind, müssen vorliegen, um so schwere Anschuldigungen gegen einen Funktionär in der Gemeinde zu beweisen. Wenn Herr Abg. Huber sich besonders gefreut und behauptet hat, daß wir demagogisch seien, möge er nur seine eigene Rede, die er hier gehalten hat, sich ins Gedächtnis zurufen und dann kann er sich überlegen und kann die Beweise aus seiner eigenen Rede dafür ziehen, daß die Demagogie nicht auf unserer, sondern auf seiner Seite zu suchen ist. Um weisers zu beweisen, sehr verehrte Anwesende, daß wir nicht Demagogie bekämpfen, sondern daß von unserer Seite hier im Hause begründete und berechtigte Beschwerden vorgebracht werden, daß wir Grund und Recht haben, hier über zweierlei Maß zu sprechen, darüber zu sprechen, daß man nicht immer anständig und nicht streng nach den Gesetzen handelt, dafür will ich heute neuerdings Beweise bringen; Beweise bringen für die Tatsache, daß wir hier das, was behauptet wird, auch zu belegen gewillt sind. Ich möchte dabei neuerlich auf den Fall des Herrn Landesrates Dr. Hübler zu sprechen kommen, weil er in seiner Verteidigungsrede — ich bemerke ausdrücklich Verteidigungsrede — die Sache so darstellen wollte, als ob dieses Schreiben, das er in ganz ungerechtfertigter und uns als anständige Politiker unverständlicher Weise an einen höheren Gendarmeriebeamten gerichtet hat, eine bloße Anfrage gewesen wäre. Das war keine bloße Anfrage über eine Sache, über die er sich informieren wollte, sondern dieses

Schriftstück war tatsächlich ein Dokument politischer Unanständigkeit. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wir wollten mit diesem Fall beweisen, daß die Worte des Herrn Landesrates Dr. Hübler mit seinen Taten nicht immer im Einklange stehen. Landesrat Dr. Hübler hat nicht nur einmal, sondern immer wieder die Treue zum Volke, die Wahrheitsliebe usw. besonders hervorgehoben. Er hat besonders hervorgehoben, daß seine Partei auf dem Standpunkte steht, man dürfe politische Beamte nicht beeinflussen, man müsse die Objektivität der Beamten, die Unbeeinflussbarkeit der Beamten erhalten, es dürfe nichts geschehen, was diese Objektivität im geringsten beeinflussen können. Ich habe mit diesem Dokumente bewiesen, daß diese Worte mit seinen Taten nicht im Einklange stehen. Er hat es abgeleugnet, konnte sich aber nicht anders verteidigen, als mit der Behauptung, dieses Schriftstück ist keine Unanständigkeit, keine Denunziation, keine Schädigung der darin genannten Bundesbeamten, sondern eine gewöhnliche simple Anfrage. (Leich: „Eine simple Anfrage kann nur von einem simplen Menschen sein!“) Er hat außerdem noch gesagt, daß diese Anfrage sein gutes Recht sei als Abgeordneter und daß diese Anfrage im Interesse seiner Parteigenossen, seiner Partei gelegen sei und daß er es sich nicht nehmen lasse, solche Anfragen, derartige Erkundigungen im Interesse seiner Partei immer wieder einzuziehen. Gegen diese Verdrehung, gegen diese ganz eigenartige Darstellung eines Aktes, den er begangen hat, müssen wir uns entschiedenst wenden. Ich erlaube mir nochmals, die beiden wichtigsten Sätze dieses Schriftstückes zu verlesen und dann mitzuteilen, was auf Grund dieser Eingabe geschehen ist.

Die sogenannte Anfrage lautet (liest):

„Ich wende mich in Angelegenheit von zwei Gendarmen an Sie, deren Transferierung von der nationalen Bevölkerung gewünscht wird. Ich bitte Sie, das Notwendige einzuleiten oder mir zu sagen, auf welchem Wege ich Einfluß nehmen könnte.“

Also eine Bitte, etwas durchzuführen, ist keine Anfrage mehr.

Nun kommen die Namen (liest):

„Der Gendarmeriepostenkommandant Ossinger ist bei der nationalen Bevölkerung in Stainz außerordentlich unbeliebt und diese wünscht seine Versetzung. Nun ist gegen ihn wegen Übergriffe eine Untersuchung im Zuge. Die nationale Bevölkerung wünscht an seine Stelle den Revierinspektor Friedrich Falk, geboren 1883, der derzeit Postenkommandant in Trahütten ist. Wäre es zu machen, daß Ossinger von Stainz weg und Falk von Trahütten nach Stainz versetzt wird?“

Ich bemerke hiezu, daß diese Versetzung von Gendarmeriebeamten, und das habe ich ja in der letzten Rede mit dem Falle des Gendarmeriepatrouillenleiters Klug bewiesen, mit der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz dieser Bundesbeamten verbunden ist. Was ist auf diese Anfrage geschehen? Der Ossinger soll von Stainz wegkommen und der Falk soll von Trahütten nach Stainz kommen. Tatsächlich ist der Ossinger am 2. August 1923 pensioniert worden und der Falk, das ist das Protektionskind des Doktor

Hübler, ist tatsächlich nach Stainz transferiert worden. (Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Protektion!“) Sie sehen also, daß das keine simple Anfrage ist, durch die ein Beamter nicht geschädigt wird, sondern ein Verlangen (Leichin: „Eine Gemeinheit!“) an den Gendarmerieoberinspektor, der allerdings nicht der Vorgesetzte des Gendarmeriebeamten war. Aber wir wissen, daß dieser nur seinem Freunde zu schreiben braucht, um das Verlangen Dr. Hübler's zu erfüllen; daß das keine leere Behauptung ist, erscheint bewiesen dadurch, daß der eine Gendarm pensioniert wurde, die Gründe sind mir nicht bekannt, das erkläre ich loyal, und daß der andere, den er dort haben wollte, tatsächlich von Trahütten nach Stainz versetzt wurde. Wenn Dr. Hübler erklärt, der Ossinger sei ohnedies in Disziplinaruntersuchung gestanden, so möchte ich dem entgegenhalten, daß dieser gerade erst über Einfluß des Dr. Hübler pensioniert wurde. Wenn Dr. Hübler erklärt, dieser Mann stehe in Untersuchung, und weiter in einem andern Fall erklärt, daß der Mann den Kindern des Hausbesizers unangenehm sei, dann möchte ich darauf verweisen, daß speziell er, der selbst Bundesbeamter ist, wissen mußte, daß man, wenn eine Untersuchung gegen einen Bundesbeamten geführt wird, erst dann darüber reden kann, wenn diese Untersuchung abgeschlossen ist. Wenn er also deshalb, weil ein Gendarmeriebeamter in Disziplinaruntersuchung steht, Einfluß nehmen will, daß dieser Mann versetzt werden soll, so ist das eine Vorgangsweise, die geeignet ist, die Interessen der übrigen Bundesbeamtenschaft auf das schwerste zu schädigen. (Dr. Kammerer: „Das stimmt nicht, der Ossinger ist wegen eines Disziplinarvergehens pensioniert worden und der Falk war schon vorher dort aus-hilfsweise angestellt!“ — Leichin: „Sie sind wohl Ex-offo-Vertreter?“ — Dr. Kammerer: „Nein! Ich kenne die Verhältnisse dort genau!“) Ich bitte, das Wichtige bei dieser Sache ist, daß zu der Zeit, wo der Brief geschrieben wurde — denn sonst hätte Dr. Hübler eine Unwahrheit geschrieben — der Falk tatsächlich in Trahütten war. (Dr. Kammerer: „Nur vorübergehend und an Stelle des Falk ist der Schwindshackl hingekommen!“) Der Falk ist nach Stainz transferiert worden.

Im zweiten Absatz des Briefes bittet Hübler um Mitteilung, ob es möglich sei, daß der sozialdemokratische Gendarm Alois Schörf, der im Hause des Bürgermeisters wohnt, von Mureck weg versetzt werde. Er bittet um freundliche Antwort und zeichnet mit deutschem Gruß. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Ja, das ist deutsch!“) Was mit diesem zweiten Gendarm, dem Schörf, geschehen ist, das wissen wir heute noch nicht, aber es wird uns gelingen, zu erfahren, ob auch in diesem Falle die ganz simple Anfrage des Landesrates Hübler eine Erfüllung gefunden hat. Ich glaube, damit bewiesen zu haben, daß wir nicht gewohnt sind, nur Anschuldigungen zu erheben, weil wir zufällig davon hören, sondern daß wir pflegen, unsere Behauptungen zu belegen. Wenn der Herr Dr. Hübler in seiner Erwiderung noch heim-tückischerweise die Bemerkung eingeflochten hat, „wo haben Sie das Schriftstück her, was waren das für

Leute, die Ihnen das Schriftstück verschafft haben“ und die ganze Beamtenschaft damit verdächtigt, so kann ich mir diesen Seitenhieb gegen die Beamtenschaft schon erklären, denn dieses Schriftstück, es datiert schon seit ziemlich langer Zeit, ist jedenfalls für den Landesrat Dr. Hübler etwas sehr Unangenehmes. (Rusjak: „Er ist moralisch hingerichtet!“ — Dr. Oberegger: „Die Todesstrafe ist doch abgeschafft!“ — Rusjak: „Es ist traurig, daß Sie nach den Mut zu Wißen haben!“) Wie kommt dieses Dokument, das an den Gendarmerieinspektor gerichtet ist und dessen Inhalt leider Durchführung gefunden hat, schließlich in die Hände eines Abgeordneten? Bundesbeamte, die mit den Akten der Gendarmerie zu tun haben, haben diesen Akt als Irrläufer in einem andern Akt entdeckt und haben ihn pflichtgemäß in die Hände jener Vertreter gegeben, von denen sie wissen, daß sie mit solchen Un-anständigkeiten nichts zu tun haben wollen. (Doktor Enge: „Einen Irrläufer darf man doch nicht in solcher Weise verwenden!“ — Leichin: „Manche Irrläufer finden sich so bei Ihnen ein!“)

Schließlich noch eine interessante Mitteilung. Ich habe eben erklärt, daß wir nicht wissen, was mit dem Gendarmen Schörf in Mureck, der im Hause des Bürgermeisters Alz wohnt, der ein Sozialdemokrat sein soll und dessen Versetzung Dr. Hübler auch verlangt hat, weil er sich mit den Kindern des Hausbesizers nicht verträgt, geschehen ist. Wir kennen nicht den speziellen Fall, wir werden aber bemüht sein, zu erheben, was mit Schörf war, warum er sich mit den Kindern nicht vertragen hat, und warum Alz sich an Dr. Hübler wendet, um den Schörf zu versetzen. Wir kennen nicht die Ungerechtigkeit, die dem Schörf angefan wurde, heute wissen wir nur, daß auch Schörf mit 1. Mai 1923 versetzt wurde. Das sind die simplen Anfragen, die zur Information dienen. Das sind Maßregelungen, die ein Beamtenvertreter verursacht, der immer behauptet, das Wohl und Wehe seiner Mitkollegen zu vertreten. Schließlich möchte ich noch erklären, daß, wenn die Vertreter der großdeutschen Partei durch den Mund des Dr. Hübler hier erklären lassen, daß sie sich das Recht, derartige Anfragen, die angeblich im Interesse ihrer Partei liegen, an verschiedene Beamten und offizielle Körperschaften zu richten, nicht nehmen lassen und es als ihr gutes Recht betrachten, derartige Unanständigkeiten weiter zu begehen, sie sich dann nicht wundern dürfen, wenn der Kampf unserer Partei gegen sie noch eine schärfere Note bekommt, wenn der Angriff, den man gegen sie richtet, jenes Tones entbehrt, den wir sonst anderen politischen Gegnern gegenüber gewohnt sind.

Ich möchte mich nun einer anderen Sache zuwenden. Es hat gelegentlich der Rede des Herrn Abg. Hartleb die Gegenseite zustimmende Zwischenrufe gemacht, als er sich über die Gemeinde Wien verbreitete. Der Herr Abg. Hartleb hat gegen den Wasserkopf Wien, wie diese Stadt längere Zeit genannt wurde, verschiedene Ausfälle gemacht. Er hat die Behauptung aufgestellt, daß die Länder Wien unterstützen, daß Wien von den Ländern lebe, daß Wien sehr leicht eine Wirtschaft führen könne, die die Bewunderung der übrigen Bewohnererschaft erzeuge, weil das, was Wien macht, mit

dem Gelde der Länder geschehe. In diesem Sinne hat er über Wien gesprochen, wobei er immer wieder darauf hingewiesen hat, daß er im Gegensatz zu uns wahrheitsliebend sei und unsere Ausführungen diese Note vermissen lassen. Bei diesen Ausführungen hat die Gegenseite durch Zustimmungsrufe: „Gestohlenes Geld“ usw. den Herrn Hartleb unterstützt. „Gestohlenes Geld!“ haben die Christlichsozialen gerufen, und der Herr Hartleb hat sich ob dieser Unterstützung fürchterlich gefreut. Ich möchte nicht durch Wortverdrehungen, sondern an der Hand von Dokumenten den Beweis erbringen, daß die Behauptungen des Herrn Hartleb irrtümliche sind, wenn er sie irrtümlich im guten Glauben gemacht hat, daß sie aber unwahr sind, wenn er anderer Überzeugung war, was ich nicht annehme, weil ich von der Wahrheitsliebe des Herrn Abg. Hartleb furchtbar überzeugt bin. (Heiterkeit.) Vor allem möchte ich, um diesen meinen Beweis verständlich zu machen, darauf hinweisen, daß Wien nicht mit gestohlenem Gelde, im allgemeinen gesprochen, arbeitet, sondern daß die Steuergelder, die Wien einhebt, auf Grund von Gesetzen eingehoben werden, die im Nationalrat mit Zustimmung der Christlichsozialen Partei beschlossen wurden. Von Diebstahl im allgemeinen, von gestohlenem Gelde kann man wohl von diesem Gesichtspunkte aus nicht sprechen, denn der § 2 des Abgabenteilungsgesetzes lautet: „Folgende Abgaben werden als gemeinschaftlich in den Jahren 1923 bis 1926 in der nachstehenden Weise zwischen Bund und Land geteilt. Von dem Ertrage der Einkommensteuer, der nach Bekenntnissen veranlagten Rentensteuer, der besonderen Erwerbsteuer, der allgemeinen Erwerbsteuer und der Erwerbsteuer von den Hausier- und Wandergewerben gebühren dem Bunde und dem Lande je die Hälfte. Von jenem der Branntweinabgabe, der Biersteuer und der Weinsteuern gebühren dem Bunde 80, dem Lande 20 Prozent. Von jenem der Schaumweinsteuer und der Immobiliargebühren sowie des Gebührenäquivalents vom unbeweglichen Vermögen dem Bunde 20 und den Ländern 80 Prozent.“ Die Bestimmungen über die Aufteilung in den Jahren 1921 und 1922 enthält § 3. Das sind die gesetzlichen Bestimmungen über die gemeinschaftlichen Steuern. (Zwischenruf Hartleb.) Das kommt schon, das sind nur die gemeinschaftlichen Steuern. Es gibt aber noch sogenannte ausschließliche Bundesabgaben, die auch in Wien eingehoben werden, und drittens haben wir noch Abgaben, die die Stadt Wien auf Grund von Gesetzen selbst beschließen kann. Ich habe mich nun der Mühe unterzogen und nachgerechnet, und zwar nicht auf Grund von Berichten des „Arbeiterwille“, damit Sie ja nicht glauben, daß ich den „Arbeiterwille“ als Grundlage nehme. (Ing. Wihany: „Ist dort alles falsch?“) Weil Sie unsere Argumente immer damit abtun wollen, daß Sie sagen, dies ist in der „Arbeiterzeitung“ gestanden. Ich habe mich der Mühe unterzogen, auf Grund von Tabellen, die vom Bundesministerium für Finanzen stammen, zu erheben und auszurechnen, welche Steuern von Wien an den Bund für die Erfüllung der Bundesaufgaben abgeführt werden; ich glaube, die Authentizität dieser Dokumente werden Sie nicht abzuleugnen in der Lage sein. Aus diesen Doku-

menten, die uns besagen, wieviel die einzelnen Länder und Gemeinden an Abgabenertragsanteilen und an gemeinschaftlichen Steuern zugewiesen erhalten haben, kann man ersehen, wie viele Prozente der Gesamtsteuern der Bund bekommen hat und sich daraus folgendes ausrechnen: Der Bund bekommt von der Einkommensteuer 50 Prozent, die Länder 25 Prozent und die Gemeinden 25 Prozent, der Bund bekommt von der Getränkeabgabe 60 Prozent und die Länder und Gemeinden je 20 Prozent, von der Banken- und Warenumsatzsteuer bekommt der Bund 70 Prozent und das Land und die Gemeinden je 15 Prozent. Wenn man nun diese Prozentsätze untersucht und umrechnet, wie sich dies in Milliarden ausdrückt, so kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis: Wien hat an Einkommensteuer im Jahre 1923 an den Bund abgeliefert 248·4 Milliarden, die Länder alle zusammen 185 Milliarden Kronen. (Zwischenruf Hartleb, Pichler und Wallisch.) Aus dem Titel der allgemeinen Erwerbsteuer hat Wien 29·9 und alle Länder zusammen 27·8 Milliarden an den Bund geleistet, an besonderer Erwerbsteuer hat Wien 115·8 und die Länder 47·9 geleistet, an Biersteuer Wien 49 Milliarden, die Länder 84, an der Weinsteuern Wien 50, die Länder 87·5, an der Branntweinsteuer Wien 41·4, die Länder 74·9, an der Schaumweinsteuer Wien 420 Millionen, alle Länder zusammen nur 10 Millionen, weil in Wien eben mehr getrunken wird. An Immobiliensteuer hat Wien 2380 Millionen an den Bund geleistet, die Länder 1122, an der Warenumsatzsteuer Wien 96 Milliarden, die Länder 108, an der Bankenumsatzsteuer Wien 23·5 Milliarden, die Länder 3, an der Holzaustrababgabe hat Wien nichts abgeführt an den Bund, die Länder aber 40 Milliarden. Und wenn man nun diese Ziffern addiert, so kommt folgendes Ergebnis heraus: Wien hat abgegeben an den Bund nur an gemeinschaftlichen Steuern im Jahre 1923 in runden Ziffern 656·8 Milliarden Kronen und die übrigen acht Bundesländer zusammen 659·4 Milliarden Kronen (Stametz: „Wer hat denn da gestohlen?“ — Hartleb: „Wir kommen schon noch darauf zurück“!), so daß sich zeigt, daß die 2 Millionen Einwohner in Wien 50 Prozent, also die Hälfte aller jener Abgaben trägt, die die anderen Länder zusammen an den Bund abführen. 2 Millionen Menschen tragen das, was die anderen 4 1/2 Millionen an gemeinschaftlichen Abgaben an den Bund zahlen. Es ist natürlich auch kein Wunder, daß Wien viel steuerkräftiger ist, da sich dort der Sitz der verschiedenen Industrien befindet, der Mittelpunkt des Handels und Verkehrs, der Sitz der Regierung. Eine Weltstadt hat selbstverständlich ganz andere Steuermöglichkeiten. Tatsache ist aber, daß diese Steuern von den Wienern gezahlt werden und nicht gesagt werden kann, daß die allergrößte Poff von 248·4 Milliarden Kronen Einkommensteuer im Jahre 1923 von den Ländern für Wien geleistet wurde. Es ist Tatsache, daß diese Steuer, und zwar der allergrößte Teil, in Wien bezahlt wird. Die Getränkesteueranteile werden nur in jenem Ausmaße zugewiesen, das den Wiener Einnahmen aus dieser Steuer entspricht. Die übrigen Länder leisten aus diesem Titel nichts für Wien. Es ist also die Anschauung, daß Wien von den

Ländern lebt, schon längst überholt. Wien ist die stärkste Steuerquelle des Reiches, eine Riesenstadt, die selbstverständlich eine größere Steuerkraft hat als die flachen Länder. Tatsächlich hat Wien viel mehr zu den Bundesabgaben beigetragen als alle Länder zusammen genommen. Dies ist also bei den gemeinschaftlichen Steuern nachgewiesen; wenn wir nun die sogenannten ausschließlichen Bundesabgaben nehmen, so können wir auch hier an der Hand der Ergebnisse bei den Steuernämtern leicht ausrechnen, daß auch bei diesen Wien den Löwenanteil zu tragen hat. Die Anteile an der Holzabfuhrabgabe, welche Wien zufallen, sind natürlich sehr gering. Von den Zuwendungen aus dieser Steuer, die insgesamt 540 $\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen betragen hat, hat Wien auf Grund der Steuerleistung im Jahre 1923 2-3 Milliarden Kronen bekommen, ein ganz minimaler, vollkommen verschwindender Betrag, weil die Länder ein Drittel bekommen und Wien nur 4 Prozent, also die Länder 33 Prozent und Wien 4 Prozent; dies ist, Herr Hartleb, auch im Gesetze zu lesen. Es ist also der Vorwurf, daß Wien deswegen, weil es aus der Holzabfuhrabgabe etwas bekommt, mit gestohlenem Gelde arbeitet, nicht berechtigt, sondern diese 2-3 Milliarden Kronen machen doch nur einen verschwindenden Bruchteil jener riesenhafte Summe aus, über die Wien verfügen muß. Es ist also der Vorwurf, Wien lebe auf Kosten der Länder, weil es unberechtigterweise einen Anteil an der Holzabfuhrabgabe hat, ebenso wie der geschmacklose Ruf, Wien lebe von gestohlenem Gelde, nur eine Behauptung, die man mit dem vielgenannten Worte Demagogie bezeichnen müßte. Die Sitzquote, über die sich Herr Abg. Hartleb besonders verbreitet hat, spielt ebenfalls keine bedeutende Rolle. In der kurzen Zeit war es mir leider nicht möglich, genau festzustellen, wieviel von der besonderen Erwerbssteuer auf diese Sitzquote entfällt; eines möchte ich nur mitteilen, daß diese Sitzquote, die auf Grund des Sitzes der verschiedenen Unternehmungen in Wien geleistet wird, daß diese Sitzquote keine Erfindung der Sozialdemokraten ist, nicht erst besteht seitdem Breitner in der Wiener Verwaltung arbeitet, sondern schon zur Zeit der bürgerlichen christlichsozialen Regierung bestanden hat. Diese Sitzquote wurde, was sehr wichtig ist, seitdem vermindert; wenn also der Vorwurf auf unsere Partei gemünzt war, kann sie dieser Vorwurf nicht treffen, denn diese Sitzquote ist tatsächlich seit der Verwaltung von Wien durch die Sozialdemokraten vermindert und herabgesetzt worden. Wenn man sich weiter fragt, wieso kommt Wien dazu, aus der Holzabfuhrabgabe und aus dem Titel der Sitzquote auch Einnahmen zu haben, so müssen wir uns wohl sagen, daß, wenn Wien viele hunderte Milliarden Kronen mehr als die anderen Bundesländer zu den Bundesausgaben beiträgt, Wien andere Aufgaben zu erfüllen hat als beispielsweise die Gemeinde Teuffenbach, diese Stadt dann wohl den Anspruch erheben kann, aus den verschiedenen Steuergattungen auch einen Teil zu bekommen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Herrn Redner, zur Kenntnis zu nehmen, daß die vereinbarte Sitzungszeit bereits überschritten ist, ich

unterbreche daher die Sitzung und bemerke, daß die Fortsetzung der Sitzung des hohen Hauses morgen, den 8. Mai, um 11 Uhr vormittags, mit Fortsetzung der heutigen Tagesordnung stattfindet.

(Die Sitzung wird am 7. Mai, um 1 Uhr 5 Minuten mittags unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl am 8. Mai, um 11 Uhr 10 Minuten vormittags, wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder.

Es wurde bereits in der letzten Sitzung eingebracht ein Antrag der Abg. Mikola und Genossen, betreffend die Regelung des Fürsorgewesens. Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Weiters wurde eingebracht eine Anfrage der Abg. Gartner, Wihann, Ferner und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die wiederholten Einbrüche in unbewohnte Weingartenhäuser an der jugoslawischen Grenze in Eckberg und Ratsch bei Gamlich. Diese Anfrage wird dem Befragten unverzüglich zugefellt werden.

Es wurde ferner eingebracht eine dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Saringer, Leichin und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Delogierung von Wohnparteien aus den der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft gehörigen Dienstwohnungen.

Die Anfrage entspricht in formeller Beziehung der Geschäftsordnung, ich werde dieselbe am Beginne der nachmittägigen Sitzung zur Verhandlung bringen.

Wir schreiten nunmehr in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag weiter und ich bitte den Herrn Landesrat Oberzaucher, seine Rede fortzusetzen.

Oberzaucher (Fortsetzung): Hohes Haus! Ich habe gestern an der Hand von Tabellen des Bundesministeriums für Finanzen, an der Hand der gesetzlichen Bestimmungen nachgewiesen, daß die Behauptung, Wien werde von den Ländern erhalten, es sind auch noch schärfere Ausdrücke gefallen, nicht zutrifft, sondern daß Wien tatsächlich das steuerkräftigste Land in unserem Bundesstaate ist; daß es im Verhältnis zu allen anderen Ländern viel mehr Beiträge an Steuern an den Bund abliefern, als die anderen Länder im allgemeinen zusammen. Allerdings muß dabei gesagt werden, daß diese Steuern nicht zur Gänze in Wien berechtigt zur Einhebung gelangen, weil ja wohl der Sitz der verschiedenen großen Unternehmungen sich in Wien befindet, während die Betriebsstätten sich auf dem Lande oder in den Provinzstädten etabliert haben. Wenn wir auch eine sehr namhafte Summe, wenigstens Hunderte von Millionen Kronen, hierfür in Abzug bringen, bleibt doch immerhin noch eine ungeheure Mehrbelastung der steuerkräftigen Wiener Gemeinde, des Landes Wien für die Bundesausgaben übrig. Das trifft hinsichtlich der gemeinschaftlichen Steuern zu, an denen sowohl Bund wie auch Land und Gemeinden partizipieren. Aber auch die übrigen Steuern, die sogenannten ausschließlichen Bundessteuern, die nur der Bund einhebt und für sich allein verwendet, auch hinsichtlich dieser Steuern kommt dem Lande Wien, der Stadt Wien der Löwenanteil zu, weil ja — und das

ist selbstverständlich — beispielsweise die Stadtbevölkerung von zwei Millionen in Wien jedenfalls mehr an Lebensmittelzöllen bezahlt als das flache Land, das sich zum großen Teil aus eigenem erhalten kann. Die Landbevölkerung hat also im allgemeinen nicht unter den Lebensmittelzöllen zu leiden, weil sie ihre Lebensmittel zum großen Teile selbst produziert. Dasselbe trifft bei anderen ausschließlichen Bundesabgaben zu, zum Beispiel bei der Effekten- und Valutenumsatzsteuer, bei den Pünzungsgebühren, bei der Zündmittelsteuer, den Monopolen, der Börsenbesuchsabgabe, den Stempelgebühren, der Spielkartenabgabe usw. Das sind Steuern, die vornehmlich Wien belasten, vornehmlich in Wien eingehoben werden und nur dem Bunde zur Verfügung stehen. Wien hat also tatsächlich einen überwiegenden Teil der Bundesausgaben zu leisten. Es ist das natürlich im gewissen Sinne gerechtfertigt, weil Wien das steuerkräftigste Land ist. Wenn man aber dann behauptet, Wien ist der Wasserkopf von Österreich, wird von den Ländern erhalten und wirtschaftet mit gestohlenem Gelde, das man den Ländern unberechtigterweise abnimmt, so muß das doch entsprechend gekennzeichnet werden. Wenn wir schließlich noch überlegen, daß außer den sogenannten Bundessteuern und gemeinschaftlichen Steuern noch sogenannte reine Gemeindeabgaben, reine Gemeindesteuern bestehen und diese reinen Gemeindeabgaben in Wien sehr viel ausmachen, dann wird man wohl zur Überzeugung kommen müssen, daß Wien kein Land ist und keine Stadt ist, in der weniger Steuern wie anderswo eingehoben werden, daß Wien keine Stadt ist, in der man mit dem Gelde der anderen Städte und Länder und des Bundes wirtschaftet. Die Gemeindeabgaben in Wien sind ja, was bekannt ist, hauptsächlich Besitzsteuern und Luxusabgaben; außerdem bestehen eine Wohnbausteuer und verschiedene andere Gemeindeabgaben. Diese werden natürlich vor allem verwendet, um die Aufgaben, die eine Millionenstadt wie Wien zu erfüllen hat, im modernen Sinne zu erfüllen. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Jedenfalls ist unrichtig, daß die nur den Ländern und Gemeinden zustehenden Realsteuern, die Grundsteuer und die Landesgebäudesteuer der Länder, auch nur zu einem kleinen Teile, nach Wien fließen. Das sind Steuern, die im Lande eingehoben werden und auch wieder in den Ländern und Gemeinden Verwendung finden. Wenn wir noch weiter überlegen und uns erinnern, was mit der geplanten Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes geschehen soll, dann wird man verstehen, was Wien für ungeheure Hilfsmittel hat. Man geht nun daran, außer den Leistungen, die Wien ohnehin jetzt für die Bundesbedürfnisse gibt, dieser Stadt noch außerdem größere Beträge abzuknöpfen. Durch diese Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes ist nichts anderes geplant, als wie die ganze Einkommensteuer zu inkamerieren, für den Bund in Anspruch zu nehmen, und außerdem noch die Bankenumsatzsteuer. Das würde natürlich in erster Linie Wien treffen, und die 500 oder mehr Milliarden, die der Bundesfinanzminister für sich in Anspruch nehmen will, um die erhöhten Personallasten decken zu können, soll Wien noch außerdem bezahlen. Es ist doch erinnerlich, welch hart-

näckiger Kampf von Seite aller Ländervertreter, vor allen von Wien, gegen diese geplante Novellierung geführt wird, weil neue Belastungen der Länder und Gemeinden durch verkürzte Zuweisungen von Steuern nicht zu ertragen wären. Sie sehen, wenn der Bund daran denkt, sich irgendwo Erleichterungen zu verschaffen, greift er wiederum auf Stadt und Land Wien. Ein Beweis, daß Wien nicht von den Ländern unterstützt und erhalten wird, daß das nur ein Märchen ist. Wien wird tatsächlich am stärksten, am meisten für die Bundesabgaben herangezogen. Wenn wir uns ganz kurz, ich könnte das an der Hand von vielen Belegen näher begründen, damit befassen, was eine Gemeinde wie Wien für Aufgaben hat, dann werden wohl alle Mitglieder des hohen Hauses zugeben, daß man Wien nicht mit einzelnen kleinen Städten und Orten vergleichen kann. Eine Weltstadt wie Wien muß für Kultur und Kunst etwas mehr ausgeben und hat in der Welt andere Verpflichtungen, als kleinere Landorte. Wien hat andere Aufgaben, Auslagen auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit; das was kleine Orte jetzt schon ausgeben müssen für die Fürsorge, die heranwachsende Jugend, für Bildungszwecke usw., um die Kriegsschäden auf diesem Gebiete gutzumachen, ist Ihnen ja bekannt. Jeder kleine Ort hat heute damit schon seine Schwierigkeiten. In Wien vertausendfachen sich diese Aufgaben, und es sind ungeheure Beträge notwendig, um dieses Großstadtelend nur einigermaßen zu lindern. Da ist noch die Arbeitslosenfrage. In den Ländern ist dies doch schon eine sehr schwierige Sache; sie ist in Wien ebenfalls vervielfacht. Was auf diesem Gebiete in Wien geleistet werden muß an Unterstützungen und produktiver Arbeitslosenfürsorge, ist derart groß, daß man verstehen kann, wenn Wien auch auf diesem Gebiete mehr Mittel in Anspruch nehmen muß, als andere Städte und Länder. Die Wohnungsnot, die in allen Städten groß ist, ist in Wien ungeheuerlich. Dort müssen Tausende von Häusern gebaut werden, um die Not nur einigermaßen lindern zu können. Diese Aufgaben, alle zusammengenommen, werden von der Gemeinde Wien, und das anerkennen selbst die Gegner, das Ausland, in vorbildlicher Weise geleistet. Wien hat auf diesem Gebiete, auf dem Gebiete des Aufbaues, Dinge geleistet, die schon zurückgehen in die Zeit vor der Stabilisierung der Krone. Wien hat zeitgerecht valorisierte Steuern eingehoben. Wien hat sich zeitgerecht bemüht, die Steuerkraft seiner Bewohner voll auszuschöpfen, den Zusammenbruch zu verhindern. Es ist, glaube ich, kein Zeichen von besonderen Kenntnissen, wenn man Wien vorwirft, daß es nichts tue, ihm vorwirft, daß es von Geldern der Länder lebe, um seine Wirtschaft aufzubauen. Meine Damen und Herren! Wenn ich über diese Sache gestern und heute etwas weit ausholen mußte, so deshalb, weil bei der Debatte hier im Hause von der Gegenseite immer wieder unrichtige Zwischenrufe, Bemerkungen gemacht und Behauptungen aufgestellt werden, die mit der Wahrheit im strikten Widerspruche stehen. Herr Kollege Hartleb, wenn Sie in Ihrer Rede darauf verwiesen haben, daß hier auf unserer Seite das Gegenteil der Wahrheitsliebe zu suchen ist, während Sie und der Bauernbund diejenigen seien, die nur von dem Geiste der Wahrheits-

liebe besetzt sind, möchte ich Ihnen mit diesen meinen ziffermäßig belegten Ausführungen bewiesen haben, daß gerade Sie es mit der Wahrheit nicht genau genommen haben, sondern daß Sie das schöne Wort Demagogie sehr gut anzuwenden verstehen.

Nun zu dem Vorwurf von christlichsozialer Seite, Wien arbeite mit gestohlenen Geldern. Ich muß sagen, das ist wohl ein bißerl stark, hohes Haus. Ich möchte zur Illustration, wer mit gestohlenen Geldern arbeitet — wenn man den Ausdruck, um mit Ihren Worten zu sprechen, gebrauchen darf —, folgendes mitteilen, was jedenfalls für Sie und auch für das hohe Haus interessant zu hören sein wird. Sie wissen, daß der Weinzoll für einen Hektoliter Wein 30 Goldkronen beträgt (A u f t: „Auch noch mehr!“), teilweise auch mehr, je nach der Qualität des Weines, weiters daß ziemlich viel Wein in Österreich eingeführt wird und aus den Zolleinnahmen für diesen Wein jedenfalls dem Bunde ganz bedeutende Mittel zufließen. Nun müssen wir folgendes hören: Es besteht eine Steuerbefreiung auf Grund eines Belgrader Abkommens für den Meßwein, der in den katholischen Kirchen gebraucht wird. Man sollte vielleicht meinen, in den Kirchen werde sehr wenig Wein getrunken; ich habe auch noch nicht bemerkt, daß bei den kirchlichen Veranstaltungen viel Wein getrunken wird. Nun hat die Strafanstalt Karlau über 8 Hektoliter Meßwein steuerfrei zugewiesen bekommen. Das war selbst dem Finanzministerium, das diese Zuweisung dahin zu überprüfen hat, ob die Steuerfreiheit gerechtfertigt ist, zu viel, und die Finanzlandesdirektion hat wegen dieser Bewilligung eine Nase vom Ministerium bekommen. Denn 8 Hektoliter Meßwein werde die Karlau nicht brauchen; das sei daher eine Steuerhinterziehung im größten Maße. Das Stift St. Lambrecht hat 2 Waggon Meßwein bekommen. Der Zoll hiefür beträgt 60 Millionen Kronen. Die wurden dem Staat unterschlagen. Das Stift Rein hat 1 Waggon Meßwein bekommen und so geht das weiter. Schauen Sie, verehrte Anwesende, diese Zuweisungen, diese Ausnützung einer Bestimmung über Steuerbefreiung ist doch so kraß, daß man in diesem Fall wirklich von Steuerhinterziehung und gestohlenen Geldern sprechen kann; denn wenn schon ein Abkommen besteht, einen ganz bestimmten Wein, der nicht viel ausmacht, von der Steuer zu befreien, so sollte die Steuerbehörde doch wissen, glaube ich, daß dieser Wein nicht in Waggonladungen nach Österreich kommen kann. (P r i s i n g: „Die haben ja auch Patronatspfarren!“) Und daß die Sache nicht richtig ist, wird dadurch bewiesen, daß das Agrarministerium erklärt hat, das letztemal wird diese Befreiung in solchem Ausmaße zuerkannt. Ich glaube jedenfalls, daß so ungeheure Summen dem Staate nicht entzogen werden dürfen.

Zu einer anderen Sache. Der Herr Abg. H a r t l e b hat in seiner Rede, und zwar in längeren Ausführungen, sich besonders darüber mokiert, daß von einem unserer Parteifreunde ein von der Gegenseite gebrauchtes Wort, das schlecht ausgesprochen, witzig wiederholt wurde, daß das unzulässig und die Würde des hohen Hauses herabzusetzen geeignet sei. Ich möchte bemerken, daß wir nicht gezählt haben, wie oft Redner unserer Partei bei verschiedenen Bemerkungen von der Gegenseite ausgelacht wurden. Es ist

kindisch, wenn man solche Dinge hier hereinzieht, um einen Beweis zu führen, daß durch unsere Reden das Niveau der Verhandlungen in diesem hohen Hause herabgesetzt werde. Ich glaube, daß gerade der Herr Abg. H a r t l e b nicht Ursache hat, sich über solche Dinge besonders aufzuhalten. Wir hätten des öfteren Gelegenheit, über Dinge zu kritisieren, die vielleicht mehr geeignet wären, das Ansehen des hohen Hauses herabzusetzen. Wir haben es nicht getan, weil uns Kleinigkeiten nicht berühren, aber wenn Sie es wünschen, werden wir auch diese Dinge von nun an immer anführen. Ich glaube, daß gerade der Herr Abg. H a r t l e b nicht geeignet ist, über diese Dinge zu kritisieren. Wenn auch von unserer Seite hie und da schärfere und herbere Worte fallen, so immer deshalb, weil die Gegenstände uns veranlassen, in der schärfsten Weise dagegen Stellung zu nehmen und auf Zwischenrufe zu reagieren.

Und schließlich möchte ich noch das System der politischen Verfolgungen berühren, um zu beweisen, daß von unserer Seite nicht Behauptungen aufgestellt werden, die unbewiesen nur zu dem Zwecke gemacht werden, um in der Öffentlichkeit irgend welchen Eindruck zu erwecken oder den Gegner zu besudeln. Im Gegenteil, ich habe gestern noch Dokumente bekommen, die beweisen, daß dieser Gendarmerieinspektor O s s i n g e r, dessen Pensionierung durchgesetzt wurde auf Grund einer Reihe von Beanstandungen im Dienste, die auch einem jeden anderen Gendarmen, wenn es der Vorgesetzte will, ebenso gemacht werden können, mit Unrecht pensioniert wurde. Dieser Gendarmerieinspektor ist bereits im März 1920 nach Stainz versetzt worden, hatte zu diesem Zeitpunkte 25 Dienstjahre, darunter 20 Jahre als Postenkommandant. Er war die ganze Zeit strafflos und hat sieben Belobungen bekommen für die tadellose Ausübung seines gewiß schwierigen Dienstes. In dem Augenblick, wo er in Stainz den Dienst angetreten hat, konnte er aus gewissen Gründen nichts mehr recht machen, er wurde von einer Disziplinarverhandlung in die andere gedrängt, am 16. Dezember 1922 vom Dienste suspendiert und im Dezember vorigen Jahres pensioniert. Er muß heute samt seiner Frau und seinen Kindern von den geringen Pensionsbeträgen leben. Es sind dies keine bloßen Behauptungen, hohes Haus; ich habe hier die Dokumente vom Bezirksgerichte Graz, welche sagen, daß die wegen Mißbrauch der Amtsgewalt gegen diesen Gendarmerieinspektor erhobenen Vorwürfe, die ansonsten geeignet wären, das Strafverfahren gegen ihn einzuleiten, gegenstandslos sind. Ich habe Dokumente hier, die die einwandfreie Dienstführung auf verschiedenen Dienstposten beweisen; trotzdem wurde er wegen verschiedener Dinge diszipliniert und pensioniert, und an seine Stelle wurde der vom Landesrat Dr. H ü b l e r protegierte Revierinspektor F a l k gesetzt, der noch heute den Posten des pensionierten Gendarmerieinspektors O s s i n g e r in Stainz bekleidet. Gegen diesen durch Dr. H ü b l e r protegierten Gendarmen liegen ebenfalls 15 bis 20 ganz gleiche kleine Dienstvergehen vor, wegen derer man den O s s i n g e r pensioniert hat. Aber gegen F a l k wurde keine Diszi-

plinaruntersuchung verlangt; noch mehr, der Mann ist sogar in Untersuchung gestanden wegen eines Sittlichkeitsvergehens. Er hat zwar diejenigen geklagt, die ihn beschuldigt hatten; doch die betreffenden Personen, die Ankläger, wurden vom Gerichte freigesprochen (Rufe: „Hört!“), dadurch wurde das Sittlichkeitsvergehen des Falk im Dienste bewiesen und trotzdem ist er noch Postenkommandant in Stainz, an Stelle des Ossinger, der durch Dr. Hübler abgebaut und dessen Existenz vernichtet wurde. Sie sehen, daß für unsere Behauptungen der Beweis erbracht ist, daß ein System politischer Verfolgungen besteht, daß man dem einen das Leben unmöglich macht, wenn er nicht einer bestimmten Partei angehört, einen anderen aber, der dieselben Dinge macht, nicht pensioniert, sondern mit allen Mitteln hält. Der betreffende Akt ist beim Disziplinarssenat in Graz. Der Revierinspektor Falk ist eines Sittlichkeitsvergehens angeklagt und diese Untersuchung muß durchgeführt werden. Aber der Akt ist hier nicht weiterzubringen, er wird zurückgehalten. Weil man diesen so bemakelten Menschen nicht zum Postenkommandanten machen kann, wurde die Stelle eines Postenkommandanten in Stainz einem anderen Gendarmeriebeamten als Strohmann übertragen; aber der Falk ist de facto Postenkommandant-Stellvertreter und übt die Kommandogewalt auf diesem Posten aus. So schauen die Protegés des Herrn Landesrates Dr. Hübler aus, die an Stelle jener Gendarmen gesetzt werden, die wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt und gemahregelt wurden. Es sind das Beweise, die durch Dokumente erhärtet, unwiderleglich sind, die Ihnen beweisen müssen, daß wir nicht Obstruktion betreiben, wie es in Ihren bürgerlichen Zeitungen zu lesen steht, eine Obstruktion zum Fenster hinaus, aus bestimmten Gründen, sondern, daß wir eine Unmenge von Material, Beschwerden, Vorwürfe und Anklagen haben, die, wenn sie alle gebracht und durch Dokumente belegt werden sollten, unsere Zeit noch Wochen in Anspruch nehmen würden. Wir haben nicht Vorwürfe erhoben, die aus der Luft gegriffen sind, sondern wir haben für alle diese Dinge die Beweise und haben alle die Behauptungen, die dagegen sprechen, widerlegt. Wir müssen erklären, daß unsere Haltung keine Obstruktion ist, sondern sie bezweckt nur, dem Gegner endlich deutlich zu sagen, daß wir mit dieser Art der Verwaltung und dem System politischer Verfolgungen nicht einverstanden sein können. Ich möchte noch feststellen, daß die in der Presse heute mitgeteilte Behauptung nicht zutrifft, wonach das Dokument, das der Herr Landesrat Dr. Hübler an die Gendarmerie geschickt hat, durch die Gendarmeriegewerkschaft an mich gelangt wäre. Es ist dies eine böswillige Verdrehung; es ist aus dem stenographischen Protokolle ersichtlich, daß diese Behauptung von mir nicht gemacht wurde. Man hat sie mir jedoch unterschoben, um der Gendarmeriegewerkschaft eines auszuweisen. Ich muß bemerken, daß die verlogenen Berichte der bürgerlichen Presse, diese fortwährenden Verdrehungen nachgerade unerträglich werden. Zum Schlusse möchte ich noch eines erklären, daß wir unsere Haltung abhängig machen davon, daß unseren fortwährenden Beschwerden, Anklagen und Anwürfen, die

wir hier belegt erhoben haben und die beweisen, daß die Verwaltung tatsächlich beeinflusst ist, daß unseren Beschwerden wegen der politischen Verfolgungen, wie sie jetzt tatsächlich vorkommen, endlich Rechnung getragen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Tausk: Hohes Haus! Um etwas Abwechslung hereinzubringen, möchte ich zur Generaldebatte über den Voranschlag sprechen. Einiges über unseren Gegensatz zur führenden Partei, über den Mangel an Objektivität in der Verwaltung wurde schon von einigen Vordnern unseres Klubs gesagt, und es wird mir deshalb gestattet sein, mich mit den Äußerungen der Gegner ein wenig zu beschäftigen. Herr Landesrat Winkler hat in seiner Rede gesagt — und das war eine sehr kühne Behauptung —, daß bisher die Schule eine objektive Einrichtung gewesen wäre. Es wäre ja schön, wenn es so wäre, aber ich möchte dem Herrn Landesrat Winkler und allen jenen, die seiner Meinung sind, etwas darüber erzählen, wie objektiv die Einrichtung der Schule bisher war. Ich will nicht zurückgreifen bis auf Maria Theresia, damit Sie nicht erschrecken, wie lange die Darstellung etwa dauert, ich will nur aus meinen eigenen Erfahrungen und Erlebnissen einiges über die Objektivität der Einrichtung der Schulen, wie sie zur Zeit der Monarchie war, berichten. Ich kann Ihnen zum Beispiel etwas sagen aus der Zeit, als Wien unter christlicher Verwaltung, unter Lueger stand, zu der Zeit, als meine eigenen Kinder in die Schule gegangen sind. Im Jahre 1908 hatten wir das große Jubiläumsjahr, und da hat jedes Schulkind ein Jubiläumsbuch bekommen, darinnen war das Kaiserbild als erstes Titelblatt und am Vorjahlsblatt war das Porträt des Bürgermeisters Lueger. Lueger war ein sehr populärer Mann, und als dieser populäre Mann krank wurde, wurden täglich die Bulletins über sein Befinden ausgegeben und jeden Tag ist in den Schulen für Lueger gebetet worden. Da kann man doch nicht leugnen, daß die Schule eine objektive Einrichtung gewesen ist. Dazu habe ich eine unbefangene Äußerung meiner Kinder zu erzählen. Sie waren natürlich damals sehr klein und haben mich einmal gefragt, was ein Kaiser ist oder ein König, oder eine Kaiserin oder eine Königin, und ich habe mich nach meinen Kräften bemüht, ihnen das zu erklären. Und da sagte mein kleiner Bub zu mir: „Nicht wahr, Mutter, unser Kaiser heißt Lueger!“ So objektiv war damals die Schule, und ich könnte Ihnen noch anderes über die Objektivität sagen, aber ich glaube, gerade die Deutschnationalen wissen ja, wie wenig objektiv damals die Schule war. Die Christlichsozialen haben nicht darunter zu leiden gehabt, aber die Deutschnationalen könnten einiges davon noch wissen. Natürlich rührt das aus einer Zeit, als die Deutschnationalen noch Großdeutsche waren. Ich war noch ein kleines Mädchen, als der jetzige Bürgermeister von Wien, Landeshauptmann Seif, bei uns im Hause war, und er hat uns verschiedene schöne Sachen erzählt. Er war damals ein gemahregelter Lehrer und hat erzählt, daß ein deutschnationaler, ganz junger Lehrer bei der Sonnenwendfeier folgendes Gedicht vorgelesen hat, was ja den Großdeutschen sehr gut bekannt sein wird. Es lautet folgendermaßen (lieft):

„Schwarz ist das Laster
Und gelb ist der Neid,
Gelb ist die Bosheit
Und schwarz ist das Leid.
Schwarz ist der Satan
Und gelb ist sein Haus;
Gelb ist der Schwefel
Und schwarz ist so graus.
Schwarz ist die Finsternis
Und gelb ist bloß Schein;
Darum kann nur der Teufel
Ein Schwarzgelber sein!“

Es ist nicht viel daran an diesem Gedicht, es besteht ja hauptsächlich aus poetischen Bildern, und der einzige wirkliche Inhalt ist die Behauptung, die ich auch unterschreibe: Drum kann nur der Teufel ein Schwarzgelber sein! Und wegen dieses Vortrages bei der Sonnenwendfeier ist dieser junge Lehrer in Disziplinäruntersuchung gekommen, ist gemäßigelt und entlassen worden. Natürlich, damals hat es ja eine Koalition zwischen den Deutschnationalen und Christlichsozialen nicht gegeben, damals waren ja die Deutschnationalen noch deutschnational. Herr Landesrat Winkler hat bei seinen Angriffen auf die Schulpolitik auch gesagt, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten hätten im Landesschulrate eine Koalition gebildet und als schlechter Lateiner und als schlechter Interpret hat er gemeint, daß divide et impera heiße, die Christlichsozialen teilen mit den Sozialdemokraten, um herrschen zu können. Das hat aber einen anderen Sinn, das heißt, die anderen müssen zerteilt werden, damit man herrschen kann. (Zwischenrufe: „O nein!“) Er hat sich auch dann im allgemeinen beklagt über die Politisierung der Schule. Er hat wahrscheinlich die Zeit Hussareks vergessen und hat vergessen, daß die Schule immer politisiert war, ein Machtinstrument der herrschenden Klasse, und er beklagt sich jetzt über die Politisierung der Schule. Wenn man anfängt zu streiten, soll man sich vernünftigerweise zuerst über die Begriffe einigen, darüber verständigen, was für Begriffe man mit bestimmten Ausdrücken bezeichnet, und da möchte ich mich einmal mit Ihnen über den Ausdruck „Politik“ oder „Politisierung der Schule“ einigen. Wenn Sie unter Politisierung der Schule Korruption der Schule verstehen, Amtshandel, Bestechlichkeit, so werden Sie mich gewiß an Ihrer Seite finden, denn das ist das Verächtlichste und Niedrigste, was ich mir denken kann. Aber wie kommen Sie dazu, dem Worte „Politik“ einen solchen Inhalt zu geben? Haben Sie vielleicht in politischen Dingen das Maß von Ihren Schuhen genommen und glauben, daß jeder Politiker ein Haderlump sein muß? (Winkler: „Das ist gar nicht notwendig!“) Wenn man aber unter Politik nichts anderes versteht als den Kampf um die Verteilung der Rechte und Pflichten, den Kampf um die Verteilung der Güter und Lasten, und wenn man davon überzeugt ist, daß es Leute geben müsse, die diesen Kampf führen, damit das Gleichgewicht hergestellt werde, dann werden Sie nicht finden können, daß die Politik so verächtlich und schäbig sei. Ich weiß des weiteren, daß es in unseren Kreisen immer wieder solche Gestalten gibt, die sich selbstlos in diesen Kampf

stellen und möchte schließlich mit dem Dichter sagen: „Wenn ich das Gute nirgends finde, ich glaube daran, weil ich's in mir empfinde.“ Ich weiß, daß es Leute gibt, die in voller Hingabe ihrer Persönlichkeit, in Selbstenkäuferung, unter Verzicht auf alle möglichen Vorteile, es sich zur Aufgabe machen, die Verteilung der Lasten und Güter gerecht zu gestalten, und wenn Sie darunter Politik verstehen, dann kann man in der Politisierung der Schule nichts Schädliches erblicken. Wir halten es für notwendig, daß die Eltern, daß die Bevölkerung Einfluß darauf gewinnt, wem die Kinder zu Erziehung und Unterricht überantwortet werden. Wir halten das für gerechtfertigt und natürlich und werden deshalb vom Standpunkte der Demokratie aus immer bestrebt sein, der Bevölkerung diesen Einfluß auf die Schule auch zukommen zu lassen. Es kann uns nicht gleich sein, wer die Kinder unterrichtet, wer sie erzieht, denn in der Schule wird nicht nur nach dem Lehrplan unterrichtet, sondern selbstverständlich auch erzogen. Ich habe selbst viel zu lange unterrichtet — nicht an öffentlichen Schulen —, um nicht zu wissen, daß man aus dem scheinbar harmlosesten Gegenstand erziehlische Einflüsse geltend machen kann. Ich kann meinerwegen über das spezifische Gewicht etwas vortragen, über Flächeninhalt von Dreiecken und ich kann dabei erziehlische Einflüsse geltend machen. Ich könnte Ihnen solche Beispiele anführen. Um Sie zu überzeugen und damit Sie nicht glauben, daß dies eine leere Redensart ist, will ich Ihnen ein Beispiel sagen. Ich habe einen ziemlich großen Bauernjungen, der Geistlicher werden wollte, ein solider Bursche, der in Ihrem Sinne erzogen war, für die Aufnahmeprüfung in das Gymnasium vorbereitet und da haben wir auch vom spezifischen Gewicht, vom Kubikinhalte eines Liters gesprochen, vom spezifischen Gewicht des Goldes, und damals war gerade aktuell, daß für Franz Josef die Erhöhung der Zivilliste beansprucht wurde. Ich habe ihm ausgerechnet, was ein Dukaten wert ist, wie viel Gold in einem solchen enthalten ist, und dann sind wir auf das Vermögen seines Vaters zu sprechen gekommen und darauf, wie viel das ist, 24 Millionen Kronen — soviel hat damals die Zivilliste betragen. Da ist der Junge zur Überzeugung gekommen, daß das weit mehr ist, als seine Leute Vermögen haben, daß die Zivilliste ein arbeitsloses Einkommen ist, ganz abgesehen von den Einnahmen des Kaisers aus den ungeheuren Besitzungen, und als ihm dies zum Bewußtsein gekommen ist, da hat er mit der Hand auf den Tisch geschlagen und hat gesagt: „Da gehört aber doch etwas dazu!“ Er war einfach empört über diese ungeheure Forderung, die Zivilliste zu erhöhen, und ich hatte doch nichts anderes unternommen, als ihm das spezifische Gewicht, den Kubikinhalte, zu erklären. Wir werden selbstverständlich unseren Einfluß geltend machen, Leute, die unserer Gesinnung sind, in die Schule zu bringen, und das finde ich nicht gleichbedeutend mit der verwerflichen Politisierung der Schule; es ist auch selbstverständlich, daß die Lehrer ausgewählt werden sollen nach der Fähigkeit, nach Dienstalter und Qualifikation, aber die Gesinnung bildet einen Bestandteil der Qualifikation, das ist selbstverständlich, und ich möchte ... (Winkler: „Wenn der Bezirksschul-

inspektor heute bei den Sozialdemokraten und morgen bei den Christlichsozialen beliebt ist!") Ich will dem Herrn Landesrat Winkler nichts entgegnen in einer Sache, in der wir gewissermaßen einer Meinung sind. Sagen Sie mir offen: Sie werden in Ihren Reihen Leute finden, die nicht charakterfest sind, und wir werden solche Leute auch bei den Sozialdemokraten finden, das können wir nicht bestreiten, denn auch wir können niemandem mit einer Blendlaterne ins Herz schauen. So wenig vielleicht die Christlichsozialen wirklich behaupten können, daß alle Menschen, die mit ihren Prozessionen mitgehen, ihre Kirchen füllen und die in ihren Matrikeln als gute Christen eingetragen sind, auch wirklich gute Christen sind, ebenso kühn wäre die Behauptung, wenn wir sagen wollten, alle Millionen, die heute bei der sozialdemokratischen Partei sind, sind mit Herz und Geist Sozialisten. Das können wir nicht behaupten. Aber was Sie sagen, das sagt nicht, daß das sozialdemokratische Programm schlecht ist und daß unsere Forderungen verwerflich sind, sondern es sagt, daß der eine oder andere ein schlechter Sozialdemokrat ist. Wir erleben es täglich, daß getaufte christliche Verbrecher vor Gericht gestellt werden, daß sie als schwere Verbrecher bis zum Galgen gelangen. Niemand hat deshalb gesagt, daß das Christentum schlecht ist, sondern man sagt, er war ein schlechter Christ. Wenn Sie bei dem einen oder anderen eine schlechte Handlung nachweisen und wenn Sie mich überzeugt haben, daß es sich so verhalten hat, so werde ich sagen, das ist ein schlechter Sozialdemokrat. Um das handelt es sich, daß wir Interesse haben, Lehrer unserer Gesinnung zu Lehrern unserer Kinder zu machen. Das ist eine gerechtfertigte Forderung, denn die Gesinnung halten wir für das höchste, und ich möchte da das Wort Rahels zitieren: „Hoch steht über aller Begeisterung, selbst über Genie und Talent, die Gesinnung.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Für Parteigeschäfte, für Amtshandel und dergleichen sind wir nicht zu haben. Es kommen oft Leute zu mir bei Bewerbungen, weil die Leute eine so schlechte Meinung von der Schulaufsichtsbehörden haben, und weil Sie diese Meinung verbreitet haben. Sie können überzeugt sein, daß ich diesen Leuten sage: „Es freut mich sehr, Sie kennen zu lernen, aber ich bedaure, daß Sie sich diese große Mühe machen. Lassen Sie doch Ihre Qualifikation für sich sprechen. Es ist doch beschämend, von einem Mandatsträger zum anderen zu laufen.“ (Winkler: „Dann sind Sie ein weißer Rabe, ein Engel!") Ich bin weder weiß, noch schwarz, vom Raben ebenso entfernt wie vom Engel, ich bin einfach rot. Wie war die Schule bisher? Können Sie sich nicht an unsere Schullesebücher erinnern und an den schönen Geschichtsunterricht. Dieser Unterricht hat in nichts anderem bestanden, als in Geschichten, zum Beispiel in der rührenden Erzählung, daß eine Erzherzogin in Ischl ihr Kinderwägelchen selbst geschoben hat. So tugendhaft war sie! Das muß unseren Kindern beigebracht werden, daß die Erzherzogin in Ischl ihr Kinderwägelchen selbst geschoben hat, oder eine Geschichte von der Kaiserin Elisabeth. Auch wenn die Geschichte wahr wäre, ist sie so lächerlich, so fürchtbar färsil und byzantinisch, daß es zum Speien ist. Das war eine

Geschichte von einem Kinde, das im Regen weinend gestanden ist, weil es seine Mutter verloren hat. Die Kaiserin Elisabeth, die spazieren gegangen ist, hat das Kind nach Hause geführt. Das ist ein großes Opfer und eine unerhörte Heldentat. Inzwischen hat sich der Himmel ausgeheitert und die Kaiserin hat den Regenschirm der Familie geschenkt, und in dieser Familie wird nun der Regenschirm als Heiligtum bewahrt. Das war der Geschichtsunterricht in der bisher so objektiven Schule. Und was wollen Sie von der militärischen Gesinnung sagen: „Wer will unter die Soldaten, ...“, „Büchchen, wirfst du ein Rekrut, Merk dir dieses Liedchen gut...“. Und aus diesem Gesichtswinkel, weil wir wollen, daß die Eltern ein Recht haben, zu verlangen, daß Lehrer ihrer Gesinnung auch ihre Kinder unterrichten, sind wir gegen die konfessionelle Schule. Gewiß haben Sie Recht, Ihre Kinder in Ihrer Weltanschauung und Gesinnung zu erziehen, aber die Schule muß allen gemeinsames Wissen vermitteln. Den Religionsunterricht erteilen Sie nach Ihrem Herzensbedürfnis, wo Sie wollen. Ich bin dafür bekannt in meiner Partei, daß ich dafür nicht nur aus einer praktischen Erwägung, sondern auch aus innerster, ernster Überzeugung bin. Ich bin dafür bekannt. Aber gegen die konfessionelle Schule sind wir deshalb, weil das die Bevorrechtung einer Machtgruppe bedeuten würde, weil sie bedeuten würde, daß die Kinder anderer, die einer anderen Gesinnung sind, in dem Geiste erzogen werden müssen, den ihnen die Mehrheit eines Staates aufzwingen will.

Nun wurde uns in der Finanzausschusssitzung zum Voranschlag erklärt, daß 20 Prozent für die konfessionellen Schulen beige-steuert werden sollen, und zwar aus Ersparungsrücksichten. Das bedeute eine so große Ersparnis und immer wieder haben Landesrat Paul und Dr. Enge, der diesen Antrag vertreten hat, uns vor Augen geführt, was das für eine Ersparnis sei, wie gut es für das Land sei, wenn es nur den fünften Teil der Lehrergehälter zu den Kosten der konfessionellen Schulen beitrage. Nehmen wir an, es wäre ein Ersparnis, weil alle die Kinder, die in die Klosterschule gehen, in die öffentliche Schule gehen müßten und wir für die Lehrer die ganzen Gehälter zahlen müßten. Könnte es ein Argument sein, daß wir um einer Ersparnis willen unsere Kinder verkaufen an eine Machtgruppe, daß wir den Einfluß auf die Schule und Erziehung ausliefern an eine Machtgruppe? Wenn wir das wollten, warum nicht gleich an B o s e l? Es hats ja S e i p e l mit der Universität in Wien schon so gemacht. Er schenkt zwar den Reichsten der Reichen und den neuen Reichen die Steuern in hohem Maße, er ermäßigt sie ihnen, er stundet sie ihnen, er will nicht, daß sie ihren Pflichtteil an den Staat zahlen, und die Volksvertreter über diese Steuern verfügen können und in würdiger Art die Hochschulen für das ganze Land erhalten können. Er macht zuerst Geldgeschenke und kommt dann um Gnade betteln. Und B o s e l will der Mäzen sein, will die Hochschulen erhalten. Erst beraubt er den Staat durch die Steuerhinterziehungen, er kann sich unter den Augen der verantwortlichen Faktoren

auf Kosten der Bevölkerung schamlos bereichern, man duldet es, daß er die Pflicht gegen den Staat nicht erfüllt, aber dann sitzt diese Gesellschaft der allerreichsten Leute bei der großen Tafel in Frack, Smoking oder Jaquet und die Frauen legen zu jeder Mahlzeit eine neue Toilette an. Und von dieser Gesellschaft von Goldes Gnaden wird die Hochschule erhalten. Wir glauben, daß es unwürdig ist, auf eine solche Art für die Stätte der Wissenschaft zu sorgen. Über die Steuern sollen die verfügen, denen das Wohl des Volkes anvertraut ist, die gewählten Volksvertreter. Wir werden schon die Hochschulen und die Institute dotieren, wir werden nicht warten auf das, was dem Bosel oder Castiglioni als richtig erscheint oder was er zu geben geneigt ist.

Es hat Dr. Hübler angekündigt, daß wir wahrscheinlich Anstoß nehmen werden, daß Subventionen eingestellt sind für einzelne Hochschulgruppen. Im vergangenen Jahr hat unser Standpunkt zu dieser Frage mein Klubkollege Saringer gekennzeichnet. Das hat dem Dr. Hübler, wie er sich ausgedrückt hat, wehe getan, daß ein bodenständiger Mann, dem das Deutschtum aus seinem ganzen Wesen strömt, sich dieser Sache annimmt. Damit es ihm nicht wehe tut, werde ich heuer unseren Standpunkt zu dieser Frage kennzeichnen. Wir sind dafür, daß der Jugend Gelegenheit zum Studieren geboten werde, und zwar nicht nur den Söhnen der besitzenden Klasse, sondern auch — und das ist eine alte Forderung von uns — den Söhnen aus dem Volke, den Proletariern. Wir möchten, daß Studenten gefördert werden, die ihre Ehre dareinsetzen, ausgezeichnete Prüfungen zu machen, aber nicht solche, die ihre Ehre dareinsetzen, dadurch ausgezeichnet zu werden, daß sie statt der Staatsprüfung ein Ehrenwort geben. An solchen Studenten haben wir kein Interesse, nicht nur aus Rücksicht der Konkurrenz, weil wir uns sagen, es ist eine ungerechte Bevorzugung, gegen Ehrenwort eine Prüfung abzulegen und an die Futterkrippe zu kommen, während die anderen im Schweiße ihres Angesichts ihren Doktor- oder Ingenieurgrad erwerben müssen, sondern weil es auch eine Gefahr für die ganze Bevölkerung bedeutet, im wahrsten Sinne des Wortes eine Gefahr für die Kranken, die solchen Ärzten überantwortet sind, eine Gefahr für die Sicherheit. Wer wird noch leichten Herzens im gewohnten Vertrauen, in den Eisenbahnzug einsteigen, und über die Eisenbahnbrücke fahren, wenn unsere technischen Hochschüler nicht mehr Prüfungen machen, sondern ihr Ehrenwort abgegeben, daß sie den Stoff beherrschen? Von diesem Gesichtspunkte sind wir gegen die Förderung solcher Studenten. Aber auch die Rechtsprechung möchten wir nicht in den Händen solcher wissen, die an solchen Hochschulen zu Richtern ausgebildet werden. Sie kommen zum Lande um Subventionen. Wir wissen, daß die Söhne der Bourgeoisie im Fechten geübt werden, damit sie dann nicht linkisch sind bei der Rechtsprechung. Nun, uns sind linkische Richter lieber, als solche, die ihre Rechtsanschauung von dem Kommandorufe herleiten: „Rechts schaut!“ Der Herr Abg. Doktor Oberegger hat eine Entdeckung gemacht, er hat entdeckt, daß die Sozialdemokraten international gesinnt sind. Das ist eine großartige Entdeckung. Wir

waren auch bisher gewohnt, in den Ausführungen unserer Gegner vollkommen neue Erfindungen zu finden. Wir haben gefunden, daß Sie etwas vorgebracht haben, was nicht in Wirklichkeit vorhanden war. Aber jetzt sind Sie auch noch unter die Entdecker gegangen und Dr. Oberegger hat sich bei seinen Ausführungen einer Broschüre bedient, die von einem chauvinistischen Deutschnationalen geschrieben ist, und da gibt es Daten über die tschechische Schule in Wien, die er hier vorgebracht hat. Außerdem gibt es darinnen ein Zitat — und es bleibe dahingestellt, ob es richtig oder unrichtig ist — welches einem chauvinistischen tschechischen Bürgerlichen und Imperialisten entlehnt ist. Es ist selbstverständlich, daß wir einen tschechischen Chauvinisten genau so verurteilen wie einen deutschen, und daß wir uns dadurch nicht überzeugen lassen können, daß Tschechnationale und Imperialisten irgend welche unberechtigte Anschauungen vorgebracht haben.

Dr. Oberegger hat auch von den Kriegsgreueln im Ruhrgebiet erzählt. Als ob wir jemals den französischen Imperialismus und Chauvinismus gutgeheißen und verherrlicht hätten! Darauf ist bereits mein Klubkollege Wolf zu sprechen gekommen. Wir sind der Ansicht, daß man zur Versöhnung und zum Frieden nicht kommen kann, wenn man immer wieder Repressalien anwendet und immer wieder Haß säet und Haß ernten muß, immer wieder von Gewalt spricht und zur Gewalt aufruft. Ich könnte Ihnen andere Beispiele erzählen, die die Nationalisten aller Länder sehr beschämen würden. Da war die sozialistische Arbeitervertreterin Lucie die Gardin, die auf dem sozialistischen Kongresse in Hamburg war, die auch vor zwei Jahren auf einem pazifistischen Kongresse in Wien war und abends in einer großen Versammlung gesprochen hat. Sie ist eine Belgierin, wurde nach Kriegsausbruch von den Deutschen verschleppt, in ein deutsches Interniertenlager gebracht und ist dort fürchterlichen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen, hat wirklich alle Kriegsgreuel am eigenen Leibe verspürt. Und in die Heimat zurückgekommen, hat sie dort ein Hilfswerk organisiert für deutsche Kinder. Von den Deutschen hat sie alle Mißhandlungen und Schikanen erfahren müssen und für die deutschen Kinder hat sie als französische Belgierin ein Hilfswerk organisiert. Sie war den größten Anfeindungen im Bürgertume und in den nationalistischen Kreisen im eigenen Lande ausgesetzt und die Frauen, die sich daran beteiligt haben, sind beschimpft worden. In sehr wirkungsvoller Weise hat sie das vorgetragen. Man hat diese Frauen beschimpft und hat zu ihnen gesagt: „Vous êtes des Boches!“ „Ihr seid Boches“, und sie haben gelassen darauf geantwortet: „Voilà, nous sommes des Boches!“ „Nun, so sind wir halt Boches“, würden wir das in unser Steirisch übersetzen. Sie hat sich nicht entmutigen lassen und hat ihr Hilfswerk für die deutschen Kinder fortgesetzt. Ich habe hier noch mehr Beispiele mitgebracht, obwohl Sie sich selbst, wenn Sie nur guten Willens sind und die Augen offen halten, solche Beispiele zu Hunderten und Tausenden beschaffen könnten. Es hat keinen Sinn, den Haß zu verewigen, zur Gewalt aufzurufen. Nur einen Haß wollen wir nähren im Herzen, und zwar

den Haß gegen den Krieg, nur einen Krieg wollen wir führen, den Krieg gegen den Haß.

Landesrat Dr. Hübler ist nun auf sein beliebtes Thema der Ständevertretungen gekommen. Es ist das begreiflich. Seine Partei ist klein geworden, das besagt wohl, daß Sie nur mehr wenig Gesinnungsgegnossen finden. Ihre früheren Genossen finden nämlich bei Ihnen die Gesinnung nicht mehr (Beifall bei den Sozialdemokraten) und für Ihre heutige Gesinnungslosigkeit finden Sie erfreulicherweise nur wenig Genossen. Darum glauben Sie, daß es leichter sein wird, Ständesgegnossen als Gesinnungsgegnossen zu finden und selbstsamerweise hat sich der Bauernbündler Hartleb angehängt an diese Forderung nach einer Ständevertretung. Was glauben Sie, was soll damit gewonnen werden? Hartleb hat gesagt: „Wir lehnen den Klassenkampf ab.“ Die natürliche Folgerung heißt: Wir wollen einen Ständekampf. Was wäre damit gewonnen, wenn der Klassenkampf beseitigt würde und der Ständekampf an seine Stelle träte? Das wäre eine bedeutende Verschlechterung und ich will Ihnen einmal sagen, wie sehr wir in unseren eigenen Reihen uns bemühen, diesen Interessenpartikularismus zu beseitigen. Ich kann Ihnen erzählen aus den Umsturztagen, wo wir den Leuten sehr oft unter Preisgabe unserer Popularität und der Interessen der einzelnen Schichten das Gesamtwohl vor Augen geführt haben. Wir haben in unseren Aktionen sehr oft Gelegenheit, den Unterschied zwischen Syndikalismus und Sozialismus zu erklären und gerade in den Umsturztagen, wo verworrene Begriffe von der Sozialisierung herumgeschwirlt sind, haben wir oft Gelegenheit gehabt, sehr gründlich diesen Unterschied auseinanderzusetzen und wenn wir damals geordnetere Zustände behalten haben als viele unserer unglücklichen Nachbarstaaten, so danken Sie und wir das nicht zum letzten unserer gründlichen und mühevollen Aufklärungsarbeit. Wenn sich nun die Bergarbeiter vorstellen in einem einseitigen einfältigen Begriffe von Sozialisierung, der Bergbau müßte den Bergarbeitern gehören oder die Eisenbahner meinen, die Eisenbahn gehöre dann den Eisenbahnern, dann bemühen wir uns, ihnen das zu erklären, ihnen zu erklären, daß das kein wirklicher Sozialismus ist. Denn dieser Ständesegoismus könnte die ungeheuerlichsten Blüten treiben und ein Stand wäre dann in der Lage, die ganze übrige Volkswirtschaft an der Gurgel zu fassen. Die Bergarbeiter allein wären in der Lage, wenn wir solche Ständevertretungen fördern würden, die ganze Wirtschaft zu erdroffeln, die Eisenbahner allein wären in der Lage, die ganze Volkswirtschaft an der Gurgel zu halten, Sie alle, ob sie sich nun Ärzte, Lehrer oder Landwirte und Handwerker nennen. Wir haben die Ständevertretung nie gepredigt, wir haben das Wohl der Gesamtheit gepredigt, wir haben gesagt, alle Arbeitsmittel in die Hand der Gesellschaft! Wenn wir von Klassenkampf reden, wollen wir, daß alle Arbeitsmittel in die Hand der ganzen Gesellschaft kommen, damit nicht eine bevorzugte Schichte ein Monopol auf die Arbeitsmittel hat. Das verstehen wir unter Klassenkampf und darum können wir an eine solche undurchdachte Forderung, daß man an Stelle des Klassenkampfes die Stände-

vertretung setzen soll, nicht denken. Ein Vortrag, ein einfacher Aufklärungsvortrag genügt, um die Massen von der Unhaltbarkeit einer solchen Forderung zu überzeugen. Sie haben natürlich bei Ihren Ständevertretungen gewisse Interessengemeinschaften im Auge. Wir verstehen unter diesen nichts anderes als die Gemeinschaft an Interessen, wenn wir das Wort Interesse für das Wort Zinsen setzen. Sie wissen, die Leute sagen, so und so viel haben sie Interessen. Eine solche Interessengemeinschaft haben Sie so wie so in der Steirerbank.

Wir haben ein Interesse daran, daß an unseren Hochschulen Menschen ausgebildet werden, die nicht nur gute Ärzte, Verwaltungsbeamte, sondern auch objektive Richter sind. Gewiß, auch heute gibt es gerechte und objektive Richter; aber wir wissen auch, daß es heute auch Richter gibt, die als schlechte Lateiner und schlechte Richter „fiat justitia, pereat mundus“ übersetzen, „bei der Gerechtigkeit muß die Welt zu Grunde gehen.“ (Rufe: „Sehr richtig!“)

Über die Drosselung der Schule hat schon mein Kollege Wolf gesprochen. Ich möchte Ihnen, damit Sie mir nicht vorwerfen können, ich spreche nicht zum Voranschlage, einige Ziffern über die Drosselung der Schule vor Augen führen. Dieser Auszug, den ich hier von der offiziellen Behörde, vom administrativen Referenten des Landesschulrates bekommen habe, ist schon mehrere Wochen alt und es kann sein, daß sich gewisse Daten in der Zwischenzeit verändert haben. Darnach wurden aufgelassen folgende Parallelklassen:

- in Ehrenhausen die Parallelklasse I; Gesamtzahl dieser Klasse nach Auflösung der Parallele 45;
- in Gams bei Gieslau die Parallelklasse II (59);
- in Gnas die Parallelklasse I (51);
- in Großwilferdorf die Parallelklasse II (76);
- in Judendorf-Seegraben die Parallelklasse I (49), die Parallelklasse V (73);
- in Schölbing die Parallelklasse I (67);
- in Waltendorf die Parallelklasse I (62).

In den Schulen Loipersdorf und Söchau wurden neben der Auflösung von Parallelen eine Umgruppierung des Schülermaterials vorgenommen. Die Schülerzahl in Loipersdorf ist: I. Klasse 23 Schüler, II. Klasse 22 Schüler, III. Klasse 32 Schüler, IV. Klasse 156 Schüler, zusammen 233 Schüler.

Nach der Neugruppierung: I. Klasse 23 Schüler, II. Klasse 55 Schüler, III. Klasse 73 Schüler, IV. Klasse 82 Schüler.

Im Laufe des Winterhalbjahres kommen — ist im amtlichen Texte vermerkt — je 8 Schüler weg.

Dasselbe ist in Söchau. Nach der neuen Verteilung sollen 78, 68, 73 Kinder in einer Klasse werden.

Was bedeutet der amtliche Vermerk „Im Laufe des Winterhalbjahres fallen 8 Schüler weg.“ Der bedeutet, daß der eine oder andere dann 14 Jahre alt wird; und statt daß man die Eltern bewegen will, die Kinder weiter die Schule besuchen zu lassen, spekuliert man schon darauf, daß der eine oder der andere 14 Jahre alt wird. Man unterstützt die Kurzsichtigkeit der eigenen Eltern und rechnet damit, daß man keine neuen Lehrer zu halten braucht, wenn die Kinder weniger werden. Zur Begründung wird dann angeführt, daß wahrschein-

lich nicht so viele Schüler die Schule tatsächlich besuchen, daß das ja nur die eingeschriebenen Kinder seien. Ich habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß wir es nicht dulden werden, daß nur die Zahlen der die Schule faktisch besuchenden Kinder zur Grundlage genommen werden, sondern nur die Zahl derer, die verpflichtet wären, die Schule zu besuchen. Die Leute haben in manchen Gegenden eine Neigung, die Kinder von der Schule fernzuhalten, sowie sie auch keine besondere Neigung haben, Gemeindeumlagen zu zahlen und Schulhäuser zu bauen. Wenn man nun die Leute, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken, für dieses Verbrechen, das sie an dem Kinde begehen, noch belohnt, so dürfen wir das nicht dulden. Wir haben nun im Einvernehmen mit der Mehrheit dieses Hauses die Strafen für die Schulversäumnisse hinaufgesetzt. Landesrat Paul hat sich zum Sprecher für reaktionäre Milderungsanträge gemacht. Es sind nämlich auch für Schulversäumnisse Arreststrafen vorgesehen, 1. im Nichteinbringungsfalle der Geldstrafen und dann 2. als Strafe, die gleich als Arreststrafe ausgesprochen wird. Da wäre die Arreststrafe 24 oder 48 Stunden und Landesrat Paul hat den Antrag vertreten, daß diese Strafen auf solche von 12 Stunden herabgesetzt werden, damit man am Abend die Strafe antreten, im Arrest schlafen und in der Früh den Arrest wieder verlassen kann, dafür, daß man sein Kind nicht in die Schule schickt. Ja, andere Teile der Rechtspflege und das Strafrecht nehmen auf dieses Bedürfnis des „Oba schlafens“ auch nicht Rücksicht und wenn ein Mensch sich etwas anderes zu schulden kommen läßt, so muß er die Zeit finden, seine Strafe abzusitzen. Und nun können wir nicht die Ansicht teilen, daß gerade das Verbrechen an dem Kinde eines der berücksichtigungswürdigsten sei. Denn das bedeutet, wenn man ihnen das wenige an Schulbildung noch auf verbrecherische Weise vorenthält, daß sie es ihr Leben lang werden büßen müssen. Ich kann Ihnen da eine Sache erzählen, die ich aus eigener Erfahrung weiß: Da habe ich einen alten Holzknecht gekannt, über 50 Jahre, und der war Mitglied des Vereines „Freie Schule“, nicht des Vereines „Kindersfreunde“, den wir heute haben, sondern damals, als das noch ein ganz bürgerlicher Verein war. Und der Knecht hat das folgendermaßen begründet: Ich habe keinen Vater gekannt und meine Mutter war bei einem Onkel im Dienst. Sie hätte mich gerne in die Schule geschickt, aber der Onkel hat mich zur Arbeit gebraucht und hat mich schon frühzeitig als Knecht verwenden können. Und da hat er den Pfarrer veranlaßt, er soll die Mutter überreden, daß sie mich nicht in die Schule schickt, weil er mich braucht als Ersatz für einen Knecht. Und der Pfarrer hat sich wirklich dazu hergegeben und hat der Frau gesagt: „Laß ihn doch beim Onkel, dort lernt er arbeiten und mehr braucht er nicht; er wird doch bloß ein Bauernknecht.“ So ist er nicht zur Schule gekommen, „und so — hat der alte Holzknecht erzählt — „und so, habe ich nicht lesen und schreiben gelernt. Katechismus habe ich gelernt, aber später hat mich niemand gefragt, ob ich den Katechismus kann, aber alle haben gefragt, ob ich lesen und schreiben kann. Aber weil ich es nicht gekannt habe, hat mich niemand genommen und so bin ich ein

Holzknicht geblieben. Jetzt, mit 50 Jahren habe ich lesen und schreiben gelernt — in der Analphabetenschule.“ Und die, die das verbrochen haben, die sind schuld daran, daß so ein alter müder Mensch mit 50 Jahren in der Analphabetenschule sitzen muß. Und das wollen wir nicht haben, dagegen wenden wir uns, und solange wir nicht die Gewähr haben, daß Sie das Schulwesen in einer Weise fördern wollen, die auch uns genehm ist, die auch wir gutheißen können, solange werden wir nicht das richtige Vertrauen zu Ihnen haben.

Es ist auch ein Kapitel im Voranschlag, das die bauerlichen Fortbildungsschulen beinhaltet, im Volksmund, in unseren Kreisen die sogenannten Steinbergerschulen. Wir sind sehr für diese bauerlichen Volksbildungsschulen eingenommen und uns gefallen gerade diese Steinbergerschulen. Ich muß sagen, ich persönlich halte in meiner Vertrauenseligkeit — ich muß es so nennen, denn eine Gewähr dafür, daß meine Menschenkenntnis die richtige ist, habe ich nicht — ich halte den Herrn Kaplan Steinberger für einen ehrlichen Volksmann und seine Schule für eine gute Schule. Ich möchte da ein Wort aus Lessing variieren, das allen bekannt ist. Lessing läßt den Prinzen in Emilie Galotti sagen: „Wenn der Rat eines Irren gut ist, muß ihn ein gescheiter Mann ausführen.“ Und ich sage, wenn einmal ein Klerikaler für die Verbreitung des Wissens ist, dann müssen Nichtklerikale seine Pläne ausführen. Es ist möglich, daß Herr Steinberger es ehrlich meint mit der Verbreitung des Wissens und Hebung des Volkswohls, aber die, die die Schulen leiten, die machen daraus eine Agitationsstätte für die christlichsoziale Partei. Und deswegen werden wir auch über diese Schule wachen und wir werden die Mittel im Voranschlag nur solange bewilligen, als wir die Gewähr haben, daß diese Schulen der bauerlichen Fortbildung und dem Volkswohle dienen, aber daß sie nicht mißbraucht werden als Agitationsstätten für die christlichsoziale Partei. Mißbraucht in mancherlei Sinn, und zwar deshalb, weil sie nicht nur öffentliche Mittel mißbrauchen, sondern, weil sie auch die Zeit und den guten Glauben aller, die in ihre Schule kommen, mißbrauchen.

Nun hat sich der Herr Landesrat Winkler auch mit der Wohnungspolitik beschäftigt. Wir haben voriges Jahr schon darauf hingewiesen, was für ein verfehltes Argument die Beseitigung des Mieterschutzes ist. Ich könnte Ihnen unschwer das stenographische Protokoll vom vorigen Jahr aufschlagen, und ich würde nichts wiederholen, wenn Sie nicht durch Ihre eigenen Äußerungen bewiesen hätten, daß Sie alles vergessen haben und durch den Beweis Ihrer Unbelehrbarkeit uns zu Wiederholungen zwingen würden. Es ist ganz klar, daß es der Gesamtheit, der Bevölkerung viel weniger kostet, wenn alle, die eine Wohnung haben, als Ausgleichskosten einen Teil zur Erstellung neuer Wohnungen, die mit den alten im gleichen Preise gehalten sind, beitragen, als wenn alle Wohnungen, auch für die, die heute schon Wohnungen haben, hinaufgeschraubt werden auf einen Preis, den die Herstellung und Verzinsung der neuen Wohnungen kostet. Dann müssen die neuen viel teurer wohnen

und die alten auch. Und von diesem Ertrag werden keine neuen Wohnungen erbaut, sondern der fließt in die Tasche der Hausherren. Dann haben wir keine Kontrolle, die Hausherren können diese Beträge zur Frankenspekulation verwenden oder auch zu Geschäftszwecken, eine Gewähr, daß davon neue Häuser gebaut werden, haben wir überhaupt nicht. Wir haben im vorigen Jahre verlangt, daß ein Teil der Gebäudesteuer den Gemeinden — 40 oder 50 Prozent, darüber ließe sich reden, wir werden unseren Minderheitsantrag in der Spezialdebatte vorbringen — den Gemeinden zur Errichtung von Wohnungen und Schulbauten überantwortet werden soll. Im Gegensatz dazu haben Sie in das Gesetz hineingenommen, daß die Gemeinden und auch das Land neben der Landesgebäudesteuer keine wie immer geartete Wohnbausteuer einführen darf. Mit dieser Bestimmung haben Sie den Wohnungslosen jeden Trost genommen, das haben Sie leicht über das Herz gebracht, aber für die Hausherren haben Sie heute Ihr Herz entdeckt. Voriges Jahr haben Sie schon beschlossen, daß der Hausherr für die Einhebung der Steuer samt Zuschlägen den 15fachen Vorkriegszins als Vergütung bekommen soll. In gewalttätiger Interpretation des Gesetzes hat die Finanz-Landesdirektion und auch einige Herren von der Beamtschaft der Landesregierung das Gesetz so ausgelegt, daß die Hausherren für die Zuschläge, die die Gemeinde einhebt, noch einmal den 15fachen Zuschlag, beziehungsweise den 15fachen Vorkriegszins bekommen, als ob das eine doppelte Mühe wäre. Noch nicht genug, haben Sie heuer eine Erhöhung dieser Vergütung vorgenommen. Jetzt sollen die Hausherren für die Einhebung den 20fachen Vorkriegszins bekommen und wenn eine Gemeinde eine gleich hohe Umlage einhebt, noch einmal das 20fache und wenn ein Bezirk eine solche Umlage einhebt, noch einmal den 20fachen Vorkriegszins. Den Hausherren den 60fachen Vorkriegszins aus den Taschen der Mieter zu schenken, haben Sie kein Bedenken getragen.

Sie sehen, daß wir aus dieser Ihrer Haltung kein Vertrauen zu Ihnen gewinnen können. Sie glauben wahrscheinlich, daß Sie im Dienste der Wählerschaft, die Sie vertreten, im Dienste Ihrer eigenen Partei etwas großartiges tun, wenn Sie Ihre Mehrheit rücksichtslos in den Dienst der Partei stellen und nur die Interessen Ihrer Wähler vertreten. Die Interessen der gesamten Wähler vertreten Sie aber nicht, das ist nachgewiesen worden, Sie vertreten die Interessen der Banken, der Industrieherrn und der Hausherren. Uns täuschen die Mitläufer, die Sie unter den Wählern haben, nicht darüber, daß Sie längst keine christlich-soziale Partei mehr sind. Und wollen Sie glauben machen, daß Sie die Interessen der gesamten Wählerschaft vertreten? Aber selbst wenn Sie die Interessen Ihrer Wählerschaft vertreten würden, so würden Sie Ihrer Sache keinen guten Dienst erweisen. Denn es handelt sich nicht darum, daß Sie Ihre Mehrheit ausnützen, um Ihre eigene Partei zu stärken, sondern darum, daß man als Landesregierung und Landesverwaltung nicht das Vertrauen zur Autorität untergräbt und erschüttert. Denn damit sägen Sie selbst den Ast ab, auf dem Sie sitzen. Wenn Sie das Vertrauen in

die Objektivität untergraben und erschüttern, dann haben Sie Ihrer Partei einen sehr kurzlebigen Dienst erwiesen. Wir haben es erlebt, daß bei der Verleihung der Bundesbürgerschaft große Ungerechtigkeiten vorgekommen sind und wir wünschen, daß auch in dieser Hinsicht die Verwaltung etwas objektiver und gerechter gehandelt wird.

Wir haben keine großen Forderungen an Sie, wir sind uns ganz klar darüber, daß in der Demokratie die Kräfteverhältnisse der Verwaltung und Regierung proportional sein müssen zu den Kräfteverhältnissen der Wählerschaft und der Bevölkerung. Aber Übergriffe, Vergewaltigungen der Minderheit wollen wir nicht dulden, wir wollen eine objektive Verwaltung haben, wir wollen die Gewähr haben, daß die Geschäfte der Verwaltung im Geiste der Gesetze geführt werden. Und wenn wir diese Gewähr haben werden, dann werden wir Ihren Anträgen und Ihren Gesetzen nicht mehr den Widerstand entgegensetzen, den Sie uns aufgezwungen haben. Wenn wir die Gewähr haben werden, daß Sie gleiches Recht für alle Staatsbürger gelten lassen, daß Sie das Recht in der Verwaltung gleichmäßig allen Staatsbürgern gegenüber handhaben, dann werden wir Vertrauen gewinnen, nicht vielleicht zu Ihnen als Partei und Regierungsmehrheit, aber das Vertrauen, welches in jedem Staate und Lande objektiv gelten muß, daß die Handhabung der Gesetze eine für die Allgemeinheit halbwegs befriedigende ist. Wenn wir dieses Vertrauen haben werden, dann werden wir vielleicht zur Auffassung kommen, daß wir uns einigen können. Dann werden wir einen Voranschlag, wie der, welcher uns vorliegt, mit anderen Augen ansehen, dann werden wir auf eine sachliche Prüfung, in eine Spezialdebatte eingehen. Wir haben noch mancherlei Beschwerden über die Verwaltung und werden den Herrn Landeshauptmann zu gegebener Zeit wieder bei Einzelheiten an solche Beschwerden erinnern. Wir werden ihn dazu bringen, diesen Beschwerden Rechnung zu tragen. Für diesmal wollen wir es damit genug sein lassen, daß wir Ihnen sagen: Keine Parteiherrschaft, sondern Demokratie, wenn wir diese Gewähr haben, dann werden wir den Voranschlag zur Hand nehmen und sagen: Gebt dem Lande, was des Landes ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Saringer: Hohes Haus! Es haben meine Vorredner verschiedene Verfügungen des Herrn Landeshauptmannes zum Gegenstand der Debatte im hohen Hause gemacht, weil dadurch ganz besonders die Interessen einer Gruppe in einer Weise gefördert wurden, die nicht zu rechtfertigen ist. Ich möchte da besonders verweisen auf die berühmte Verordnung wegen des Hausherrenvorschlages, in welcher eine Auslegung des Wohnungsanforderungsgesetzes an den Tag gelegt wird, die den Interessen der Mieter keinesfalls entspricht und auch nicht dem Geiste des Gesetzes und endlich auf eine Verordnung, die in der letzten Zeit aufgehoben worden ist und die sich mit der Versicherung landwirtschaftlicher Dienstboten befaßt. Es ist in dieser Verordnung festgelegt worden, daß jene Besitzer, welche die Zusicherung geben, daß sie den bei ihnen beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in der ersten acht Wochen Lohn, Unterkunft und Verpflegung ge-

währen, daß sie diese um eine Klasse niedriger versichern können, wenn sie darauf verzichten, daß ihnen für diese Zeit das Krankengeld ersetzt wird. Aus dieser Verordnung haben sich in der Praxis Dinge ergeben, die eine Rechtlosigkeit der versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeigeführt haben. Andererseits muß auch gesagt werden und das war mit ein Grund, warum die Verordnung schließlich doch aufgehoben worden ist, daß diejenigen Dienstgeber, die sich dieser Verpflichtung unterworfen haben, eigentlich eine Leistung übernommen haben, die über das Gesetz hinausgeht. Nun aber, wie sieht es bei denjenigen aus, die aus irgend welchen Gründen gezwungen waren, den Dienstplatz zu verlassen, entweder wegen Krankheit vom Dienstplatz weggegangen sind oder später erkrankt sind, da ja in den meisten Fällen die Angehörigen dieser landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen so arme Leute sind, daß sie nicht in der Lage sind, erwachsene Kinder aus ihrem Einkommen zu erhalten und die daher darauf angewiesen sind, daß die erkrankten Angehörigen auch eine entsprechende Versicherung haben. Es hat sich in einem Fall ergeben, daß eine erkrankte Person deswegen vom Dienstplatz weggegangen ist, weil man sich um sie nicht entsprechend gekümmert hat und gezwungen war, bei Verwandten Unterkunft zu suchen. Das Bezirksgericht, welches, nachdem die Krankenkasse auf diese Verordnung verwiesen und jeden Ersatz mit Ausnahme von Arzt und Medikamentenkosten verweigert hat, angerufen wurde zu dem Zwecke, um die Existenz des Betroffenen möglich zu machen, hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß nur die Krankenkasse das Recht hat, Regreßansprüche zu stellen, der betreffende Erkrankte hat nach dieser Richtung kein Recht. Nebenbei möchte ich noch sagen, wie es in vielen solchen Fällen zugeht, und was charakteristisch ist für die Behandlung von armen Kranken, daß bei der Verhandlung, die dann vor dem Landesgerichte durchgeführt worden ist, im Berufungsverfahren der Armenvertreter vor Beginn der Verhandlung erklärt hat, daß er die Verantwortung gegenüber der Partei übernimmt, das Protokoll unterschrieben hat und vor der Verhandlung weggegangen ist. Das möchte ich nur nebenbei gesagt haben, das charakterisiert so recht eine Rechtsprechung, wenn die Vertreter, die durch den Staat bestimmt werden, auf eine solche Art und Weise ihre Aufgabe auffassen. Nun ist ja diese Verordnung in der letzten Zeit auf Betreiben meiner Parteigenossen aufgehoben worden und ich will hoffen, daß es nicht wieder zu derartigen Zusicherungen kommen wird. Gesagt muß werden, daß während dieser Zeit, als die Verordnung in Geltung war, und sie ist ja seinerzeit erlassen worden aus dem Grunde, um der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Krankenversicherung angenehmer zu gestalten, sich solche Zwischenfälle ergeben haben, daß für diejenigen, die eigentlich das zwingende Recht haben, und die Krankenversicherung ist ein zwingendes Recht, dem sich niemand entziehen kann, der versicherungspflichtig ist, dieses zwingende Recht aufgehoben wurde. Es ist doch für die Krankenversicherung vollkommen gleichgültig, aus welchem Grunde der Betreffende den Arbeitsposten verläßt, ob freiwillig oder nicht, maßgebend ist für die Ansprüche,

ob er weiterhin erwerbslos ist, ob er postenlos ist oder ob er nicht in einem anderen versicherungspflichtigen Verhältnis ist, und weiter entscheidet darüber, ob ein Anspruch besteht, der Arzt und sonst niemand, weil ja nur der Arzt über die Erwerbsunfähigkeit und die Dauer derselben zu entscheiden hat. Es kann nicht gesagt werden, daß irgend welche unberechtigte Ausnützung möglich ist. Tatsache ist aber, daß durch diese Art, die Versicherung zu umgehen, man zu einer Sachlage gekommen ist, welche die Betroffenen sehr schwer geschädigt hat.

Wir haben schon im vergangenen Landtag einen Antrag eingebracht, wegen Neugestaltung der Herbergen, auch da sehen wir, welche Saumseligkeit an den Tag gelegt wird, und die Mehrheit des hohen Hauses sich der Verantwortung nicht bewußt ist, die sich daraus ergibt. Herr Kollege Pichler hat in seinen Ausführungen uns vor Augen geführt, welche Opfer die Gemeinde Bruck für die Durchführung dieser Aufgabe bisher bereits aus eigenem gebracht hat und durchleuchten lassen, daß es auch im Interesse der Bevölkerung gelegen ist, jene mittellosen Personen, die auf der Arbeitsuche von Ort zu Ort müssen, so rasch als möglich fortzubringen, aber nicht jede Gemeinde ist in der Lage, solche Mittel aufzubringen und gerade deswegen nicht, weil sie den Aufwand hiefür nicht von vornherein so präliminieren kann, wie es notwendig ist. In einer Zeit der Krise ist es selbstverständlich, daß dazu mehr Mittel notwendig sind, wie bei einer besseren Konjunktur, und da kommt es auch darauf an, welche Industriezweige in der betreffenden Gegend besonders zu berücksichtigen sind, da dann wahrscheinlich weniger Mittel aufgewendet werden müssen. Die Aufhebung der seinerzeitigen Naturalverpflegsstationen war nach dem Zusammenbruche darauf zurückzuführen, daß sie zum großen Teile nicht mehr in Anspruch genommen wurden. Es ist allerdings festzustellen, daß wir eine solche Art von Herbergen nicht wieder haben wollen und es auch nicht haben wollen, daß jene berühmten Plakate in jedem Orte angenagelt werden, auf denen es geheißen hat, daß nach § 2 des Vagabundengesetzes jeder abgeschoben wird, der sich nicht ausweisen kann usw.

Es sind im Budget auch verschiedene Beträge festgesetzt, die sich mit den Ausgaben für den Schub fassen. Da ist man ja verpflichtet, gewisse Ausgaben zu machen, wenn es unbedingt notwendig ist, aber es ist nicht unsere Aufgabe, etwa diese Sache mit dem in Zusammenhang zu bringen, daß dies eine Aufgabe der Fürsorge, eine Aufgabe unserer Verwaltung sein müsse, die von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß es unter Umständen doch möglich ist, durch Ermöglichung von Reisen auch dem Unbemittelten leichter zu einer entsprechenden Arbeit zu verhelfen. Es ist dann auch von verschiedenen Aufgaben gesprochen worden, die in das Referat des Herrn Landesrates Paul fallen, bezüglich der Straßenerhaltung, Meliorationen und verschiedenen Regulierungen usw., und da muß gesagt werden, daß auch die Landesverwaltung sich zum Teile eine Schuld aufladet dadurch, daß in diesem Referat nicht so gearbeitet wird, wie es im Interesse der Durchführung der einzelnen Projekte notwendig wäre. Im

Winter sollten zum mindesten alle jene Projekte fertig gestellt werden, die dringend gemacht werden müssen und alle rechtlichen Vorberatungen und Kommissionen durchgeführt werden, die es dann ermöglichen, bei Beginn der günstigen Jahreszeit die Bauten wirklich in Angriff zu nehmen. Trotzdem wir im Bezirke Voitsberg bereits im Vorjahre uns mit verschiedenen notwendigen Bauten befaßt, dieselben vorberaten und der Landesregierung alles vorgelegt haben, ergibt sich die Tatsache, daß auch im heurigen Jahre mit den Arbeiten nicht zu einer Zeit, die günstig wäre, begonnen werden kann, weil der Amtschimmel nicht so schnell in Bewegung zu bringen war. Wir haben im Finanzausschusse für die Beträge, die für diese Zwecke festgelegt sind, unter der Voraussetzung gestimmt, daß die notwendigen Investitionen durchgeführt werden, damit wir dadurch für die Volkswirtschaft etwas leisten. Etwas befremdend hat im Finanzausschusse schon im Vorjahre und auch heuer wieder das Verhalten des Herrn Landesrates G a s z in Bezug auf die Förderung der gewerblichen Fortbildungsschulen angemerkt und verschiedene meiner Parteigenossen haben daran eine energische Kritik geübt. Ich möchte nur sagen, daß wird endlich und schließlich auch in dieser Frage zu einem Ziele kommen müssen, welches annehmbar ist und es ist anzuerkennen, daß ein wesentlich höherer Betrag beschlossen wurde, als von der Landesregierung vorgeschlagen war. Das ist aber ein Bedürfnis, das auf Grund der bisherigen Vereinbarung mit der Lehrerschaft und mit allen in Betracht kommenden Faktoren gerechtfertigt ist und jedenfalls ist es notwendig, daß auch das diesbezügliche Gesetz in absehbarer Zeit und so rasch erledigt wird, daß bereits bis zum nächsten Semester auf Grund des neuen Gesetzes alle Vorschläge gemacht werden können, die von den Gemeinden und vom Lande erstattet werden müssen und es ist notwendig, diese Sache so zu fördern, wie es das Interesse der Gewerbetreibenden erfordert. Es ist auch von verschiedenen Seiten darüber Klage geführt worden, daß den Gemeinden verschiedene Vorwürfe von der Landesregierung gemacht wurden, daß Streichungen gemacht werden, wenn ihre Voranschläge nicht so begründet sind, oder die Einnahmen, zu denen sie nicht die notwendigen Unterlagen haben, sich als irrig erwiesen. In Bezug auf die Einnahmen der Gemeinden ist es Tatsache, daß sich viele, insbesondere Landgemeinden, darüber keine Klarheit verschaffen können, daß aber Anforderungen an sie von der Landesregierung in Bezug auf die Fürsorge der dort heimatberechtigten Kinder gestellt werden, die nicht erfüllt werden können. Es muß also auch da eine gewisse Möglichkeit offen bleiben, zu Beschlüssen zu kommen, die den einzelnen tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen. Es ist für mich besonders befriedigend, daß bei der Bedeckung meine Einwendungen auch von der Gegenseite anerkannt wurden in Bezug auf die Durchführbarkeit der Verbrauchsabgabe, wie sie jetzt genannt worden ist. Ich habe damals schon als erster im Finanzausschusse erklärt, daß es besondere Schwierigkeiten haben wird, daß diese Steuer überhaupt eingebracht werden könnte. Es ist jedenfalls richtig, daß dazu ein ganz bedeutender Apparat notwendig wäre,

und ich begrüße es deshalb, daß wir es erreicht haben, daß wir nicht dazu gekommen sind. Ich begrüße es deshalb, weil wir damit eine Forderung erreichen, die dahin geht, daß eine solche indirekte Belastung der Bevölkerung nicht gemacht werden kann. Es haben sich verschiedene Herren der Gegenseite mit den Ausführungen meiner Parteigenossen befaßt und es hat insbesondere Herr Abg. H u b e r gestern seine Rede dazu benützt, um einen Fall von der Gemeinde Hartberg herauszugreifen, in dem er einem sozialdemokratischen Funktionär dieser Gemeinde sehr weitgehende Vorwürfe gemacht hat, die diesen zu einem Menschen stempeln, der wirklich nicht in die Öffentlichkeit gehört. Unser Parteiblatt hat darüber eine Darstellung gebracht, die jedenfalls einen ganz anderen Schluß zuläßt. Es wird jedenfalls möglich sein, auch amtliche Mitteilungen zu erhalten und nach diesen amtlichen Mitteilungen eine entsprechende Richtigstellung zu machen. Es ist jedenfalls von vornherein merkwürdig, wenn man eine solche Gemeinde zu einem solchen Vorwurf herausucht. Es muß gesagt werden, daß gerade in einer Gemeinde, wo eine bürgerliche Mehrheit ist, ein sozialdemokratischer Funktionär nicht jene Bewegungsfreiheit hat, wie dort, wo er eine Mehrheit hinter sich hat und weiß, daß das, was er verfügt, von seinen Parteigenossen verantwortet wird und eine Rechtfertigung finden kann. Es wird dieser Funktionär, der einer Minderheit angehört, sich hüten, aus eigener Machtvollkommenheit irgend welche Überschreitungen zu bewilligen, er müßte sich die Sicherheit verschaffen, daß die anderen auch damit einverstanden sind, sonst wäre er der Gefahr ausgesetzt, daß er selbst dafür bürgt, was dadurch an Ausgaben veranlaßt wird. Außerdem ist es so, daß im Strafverfahren eine solche Forderung nach einem Armutszeugnisse nicht so gehandhabt wird, wie im Zivilverfahren, und daß deshalb auch diese Behauptungen, die sich daran knüpfen, nicht zu rechtfertigen sind.

Weiters möchte ich sagen, daß die anderen Ausführungen, die gebracht worden sind, zum großen Teil von meinen Parteigenossen behandelt worden sind, aber das eine muß ich zum Schlusse sagen, daß wir jedenfalls uns alle diese Äußerungen, die gefallen sind, unter die Lupe nehmen und Gelegenheit nehmen werden, darauf zurückzukommen, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß durch diese Debatte so manches aufgeklärt wurde und daß den Herren manches vor Augen geführt wurde, was notwendig war, zu sagen. Es ist deshalb jedenfalls wünschenswert, daß, wenn wir zur Spezialdebatte kommen, die Herren etwas mehr Verständnis unseren Anträgen entgegenbringen und wir hoffen, daß sie dann jene Anträge, die wir im Interesse der Sache zu stellen gezwungen sind, auch annehmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung. Die Fortsetzung der Sitzung findet statt heute Nachmittag um 4 Uhr.

(Die Sitzung wird am 8. Mai, um 1 Uhr 5 Minuten mittags unterbrochen und vom Präsidenten R ö s t l um 4 Uhr 5 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich nehme die Sitzung wieder auf und fahre in der Behandlung der Tagesordnung fort. Ich erteile vorerst das Wort Herrn Abg. Gföller.

Gföller: Hohes Haus! Im Verlaufe der Generaldebatte hat Herr Hartleb sich bemüht, uns eine Lehre zu geben, im politischen Leben den Anstand zu bewahren und auch in taktischen Fragen anständig zu bleiben. An diese Ausführungen möchte ich anknüpfen und möchte damit in Verbindung bringen, daß der Herr Abg. Wihan gemeint hat, daß unser Auftreten in dieser Budgetdebatte das erste Auftreten der Kleinbauernorganisation in einer politischen Körperschaft gewesen sei. Ich gebe zu, daß vielleicht in diesem hohen Hause das erstmal ein Vertreter der Kleinbauernvereinigung gesprochen hat, ich möchte aber aufmerksam machen, daß es den Herren vom Bauernbund bekannt sein muß, daß von den Sozialdemokraten nicht zum erstenmal in agrarischen Angelegenheiten Stellung genommen worden ist. Vor allem möchte ich aufmerksam machen, daß es meiner bescheidenen Meinung nach ebenfalls zum politischen Anstand gehören würde, daß man nicht Behauptungen aufstellt, von denen man nicht überzeugt sein kann. Ich möchte als Beweis dafür, daß wir nicht das erstmal bei agrarischen Fragen zugunsten der Kleinbauern eintreten, nur einige Beispiele herausgreifen, weil es unmöglich ist, auf die Fülle des Beweismaterials im Verlauf der Debatte zu verweisen. Ich möchte darauf verweisen, daß Dr. Renner in den Jahren 1907 und 1908 ein beinahe ausführliches agrarisches Programm dem damaligen Reichsrat vorgelegt hat. Ich möchte darauf verweisen, daß auch unsere Anträge wegen Staffelung der Grundsteuer, Abstufung der Grundsteuer nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe, durchaus kein Novum darstellen, daß dieser Gedanke sehr alt ist und daß im Jahre 1910 der Abg. Dr. Renner im Vereine mit dem Abg. Dr. Diamant einen ähnlichen Antrag im Reichsrate eingebracht hat, der allerdings weiter gegangen ist als jener Antrag, den wir heute gestellt haben. Der Antrag des Herrn Dr. Renner ist damals dahin gegangen, zum Grundsteuergesetz eine Novelle vorzulegen, nach der nicht der Katastraleinertrag für die Grundsteuern maßgebend sein soll, sondern daß ein Gutskataster angelegt wird, damit die Steuerbehörde ein Bild der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft vor sich hat, weil der Reinertrag nur einen unvollkommenen Behelf für die Bemessung der Grundsteuer darstellt. Nach einem Gutskataster wäre es möglich gewesen, die Wirtschaft des Bauern anzusehen, ob sie groß oder klein, ob sie leistungsfähig ist oder nicht, ob sie verschuldet oder schuldenfrei ist, und schließlich, ob das Einkommen aus diesem Besitz ein Arbeitseinkommen oder ein kapitalistisches Einkommen ist. Aber wie es uns auch heute sehr oft geht, ist es auch unserem damaligen Antrag gegangen. Auch dieser sehr gut gemeinte Antrag, der geeignet gewesen wäre, eine Grundsteuer nach der Belastungsmöglichkeit der Bauernwirtschaften zu schaffen, wurde schon damals abgelehnt. Ich könnte auch darauf verweisen, daß auch nach dem Umsturze im Nationalrate von den Rednern unserer Partei zu den agrarischen Fragen Stellung ge-

nommen wurde und daß unsere Anträge immer auf den Schutz der kleinen, der schwachen Bauernwirtschaften abgezielt haben. Ich möchte noch zwei Beispiele auch aus diesem hohen Hause bringen, weil aus den Ausführungen des Herrn Abg. Wihan und des Herrn Abg. Hartleb hervorgeklungen hat, als ob die Sozialdemokraten in diesem hohen Hause das erstmal die Agrarfrage entdeckt hätten. Ich verweise darauf, daß zum Beispiel im Jahre 1907 unser Parteigenosse Ressel bei der Behandlung eines Gesetzentwurfes für den Alpenschutz gegen das Aufkaufen der Bauerngüter Stellung genommen, auf eine Reihe von Beispielen verwiesen und auch die bekannte Servitutsfrage gestreift hat. Er hat auch Stellung genommen zu dem damaligen Gesetzentwurf für Regelung der Holz-, Weide- und Forstproduktenbezugsrechte und auf die schwierige Lage des Gebirgsbauern hingewiesen, daß die kleine Bauernwirtschaft die erste ist, die von den großen aufgekauft werden wird. Wenn in diesem hohen Hause noch ein Zweifel darüber bestehen würde, ob das richtig ist, daß wir schon seit jeher in diesem Sinne zu den agrarischen Fragen Stellung genommen haben, dann möchte ich den Herren und Damen empfehlen, sich nur diese beiden Bände anzusehen. Es ist also nicht richtig, daß wir erst seit dem Umsturze zu den agrarischen Fragen Stellung genommen haben oder seitdem unser Parteigenosse Dr. Bauer über diese Frage gesprochen hat. Ich möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Wihan darauf verweisen, daß ich schon in meinen ersten Ausführungen darauf hingewiesen habe, daß wir selbst dafür sind, daß die Ausfuhrabgaben, die heute noch für die Landwirtschaft bestehen, aufgehoben werden. Aus diesem Grunde haben wir im Finanzausschusse für Aufhebung der Ausfuhrabgabe für Geflügel und Obst gestimmt, weil wir der Überzeugung sind, daß das Notmaßnahmen waren, die der Krieg zur Folge gehabt hat, und daß die Folgen des Krieges heute soweit aufgehoben sind, daß man dafür stimmen kann. Wenn man die Frage der Ausfuhrabgabe für Vieh überhaupt prüft, so müßte man auch einmal darüber nachdenken, ob es nicht günstig wäre und ob es nicht möglich wäre, die Ausfuhr von Zuchtvieh nicht zu forcieren, und ob man nicht erwägen soll, das Zuchtvieh, das wir heute in das Ausland schicken, im Inlande zur Melk- und Mastwirtschaft zu verwenden, weil es widersinnig erscheint, daß wir Zuchtvieh ausführen und anderseits Mastvieh aus Ungarn einführen, wie es auch unsinnig erscheint, daß wir Milch aus Ungarn und Jugoslawien und Butter sogar aus Dänemark einführen, während man glauben müßte, daß wir den Bedarf im eigenen Lande decken könnten, weil das auch eine Verminderung unseres Defizits in der Handelsbilanz bedeuten würde und auch für die Volkswirtschaft von Bedeutung wäre.

Der Herr Abg. Wihan hat weiters in der Zollfrage gemeint, daß, wenn die Zölle nicht eingeführt worden wären, ein Sinken der Produktion die Folge gewesen wäre. Ich kann mich dieser Schlussfolgerung des Herrn Wihan nicht anschließen, weil wir doch das Ergebnis der Erhebungen des Ackerbauministeriums haben, die das Gegenteil beweisen. Wir können aber auch aus dem Zolltarife aus 1906 und

den Verhältnissen von damals einen Schluß auf die heutigen Verhältnisse nicht ohneweiters ziehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir im alten Österreich noch Tschechien und Galizien gehabt haben, in denen es eine Getreideproduktion im größeren Stile gegeben hat. Heute haben wir nur einen kleinen Teil von Getreidebauern, ferner weil unsere heutigen Getreidebauern zu den Gutsbesitzern gehören und weil nur Niederösterreich und höchstens noch Oberösterreich wesentlich für den Getreidebau in Betracht kommen. Aus diesen Gründen und aus den Gründen, die der Herr Abg. Leichin geschildert hat, können wir doch nicht sagen, daß wir Zölle einführen sollen, die den Getreidebauern schützen, aber alle anderen Schichten im Staate belasten würden. (Ing. Wihany: „Ich sprach von den landwirtschaftlichen Zöllen!“) Auch die anderen Zölle bedeuten nicht nur eine Belastung für eine Schichte der Bevölkerung, sondern sagen wir für drei Viertel unserer Bevölkerung. Nun hat der Herr Abg. Wihany noch gemeint, daß er die Ideen des Hoffmeisters als Beamten des Ackerbauministeriums ablehne. Ich möchte richtigstellen, daß ich nicht von den Ideen eines Hoffmeisters gesprochen habe, sondern nur von den statistischen Ziffern, die dem Hoffmeister als Beamten des Ackerbauministeriums zur Verfügung gestanden sind und daß es sich damals um amtliche Ziffern gehandelt hat, die von dem Großgrundbesitz freundlichen Leuten beeinflusst worden sind. Die Großgrundbesitzer haben alles Interesse gehabt für einen Hochschutzzoll, und gerade deshalb ist es nicht einzusehen, daß die Ziffern zu ungunsten der Bauernschaft gefälscht worden wären. Allerdings ist diesem Grundbesitz das Ergebnis aus der Statistik sehr ungelegen gekommen, weil die Zölle nachteilig für die kleine und mittlere Bauernschaft gewirkt haben. Aus diesen Gründen sind wir dazu berechtigt, kein Mißtrauen gegenüber diesen Ziffern zu haben. Soviel zu den Ausführungen des Herrn Abg. Wihany.

Nun möchte ich mir gestatten, noch einiges zu den Ausführungen eines Kollegen in diesem hohen Hause zu sagen, dessen Ausführungen mich tief enttäuscht haben. Es sind dies die Ausführungen des Kollegen Kandler. Ich muß offen gestehen, von einem Manne, wie es der Herr Kandler ist, hätte ich mir mehr erwartet. Aber wenn es überhaupt möglich ist, zu den Ausführungen des Herrn Kandler Stellung zu nehmen, so ist man gezwungen, diese Ausführungen einigermaßen auszubauen oder zu stilisieren, andernfalls würde es schwer sein, dazu etwas zu sagen. Nachdem aber der Herr Kandler im Finanzausschuß erklärt hat, daß er nicht nur der Vertreter der Industrie, der Vertreter der Landwirtschaft, sondern auch der Vertreter des Automobilklubs (Wallisch: „Hört!“) sei, so ist es doch unmöglich, an den Ausführungen des Herrn Kandler vorüberzugehen. Ich möchte mir ersparen, darauf zu antworten, daß der Herr Kandler meint, daß ihm die ganze Budgetierungsmethode nicht gefällt. Ich möchte nur sagen, daß ich es berufeneren Parlamentariern überlasse, in dieser Richtung Herrn Kollegen Kandler die nötigen Auskünfte zu geben. Ich möchte nur auf eines ver-

weisen. Herr Abg. Kandler hat sich bemüht gefühlt, es hier in diesem Hause freudig zu begrüßen, daß es seinem Parteigenossen Dr. Uhrer gelungen sei, die Landesverbrauchsabgabe zu Fall zu bringen, und es weiter seinem Parteigenossen Prisching gelungen sei, einen Ersatz für diese Abgabe zu finden. Mir kommt das komisch vor, weil es für mich den Anschein hat, als ob der Kandler im Ausschusse ein anderer wäre, als der Kandler hier im Hause. Aus den Ausführungen Kanders im Ausschusse ist so hervorgeklungen, als ob er die Verbrauchsabgabe als eine Wohltat für die Landwirtschaft begrüßt, während er jetzt im Hause begrüßt, daß es seiner Partei gelungen sei, diese zu Fall zu bringen. (Kandler: „Weil sich die Verhältnisse geändert haben!“) Abg. Kandler hat dann weiter davon gesprochen, daß die Grundlagen der Steuerkraft das Vermögen und die Vermögensvermehrung seien (Kandler: „Und die Arbeit!“), und die Arbeit, wenn ich richtig verstanden habe. Ich anerkenne diesen Grundsatz. Besonders wir sind der Auffassung, daß die Steuerkraft aus dem Vermögen und aus der Vermögensvermehrung vor allem kommt. Ich begreife den Herrn Abg. Kandler nicht, warum er da nicht die nötigen Schlüsse zieht und nicht seinem Parteigenossen Prisching Vorschläge unterbreitet, wie es möglich sei, das Vermögen und die Vermögensvermehrung zu einer entsprechenden Steuerleistung für das Land heranzuziehen. Abg. Kandler hat eine richtige Behauptung aufgestellt, hat aber nicht den Mut gehabt oder nicht dürfen, auch die richtige Schlussfolgerung daraus zu ziehen; er ist so hintennach damit gekommen, daß man auch die Exportindustrie nicht zu hoch besteuern dürfe, weil dadurch wieder die heimische Bevölkerung getroffen sei. Auch das ist bis zu einem gewissen Ausmaße richtig, aber wenn Abg. Kandler sich nach jeder Richtung gegen die Steuern wehrt, verstehe ich nicht, wo Landesrat Prisching überhaupt die Steuern hernehmen wird. Er ist dann eigentlich bolschewistischer, als wir Sozialdemokraten es in diesem Hause sind, nachdem schon wir in Fragen der Besteuerung nach der Meinung der Gegner Steuerbolschewisten sind. Aber wenn er schon so ist, dann darf er es nicht nur mit Worten sein, sondern muß seine Partei dahin bringen, daß sie es auch in der Tat wird, und muß selbst auf die Gefahr hin das tun, daß er vielleicht nicht mehr der Vertreter des Automobilklubs sein kann. (Rufe: „Sehr richtig!“ — Kandler: „Das hätten Sie sich ersparen können!“) Abg. Kandler hat noch folgende Entdeckung gemacht: Er hat entdeckt, daß die Landwirtschaft auch für die Konsumenten sehr wichtig sei. Ich war außerordentlich überrascht über diese Neuheit, das habe ich in meinem Leben noch nie gehört, und sicher wird es meinen Parteigenossen und wahrscheinlich auch den übrigen Mitgliedern des hohen Hauses neu sein, daß die Landwirtschaft auch für die Konsumenten äußerst wichtig ist. Ich möchte darauf erwidern, daß ich an eine solche Entdeckung nicht geglaubt hätte, wenn ich nicht dieses Erkenntnis sozusagen schon mit der Muttermilch eingesogen hätte. Ich möchte auf eines verweisen. Vielleicht hat Abg. Kandler das so gemeint, daß es Konsumenten gibt, die meinen,

die heimische Landwirtschaft ist für uns nicht von ausschlaggebender Bedeutung, weil wir den größten Teil der Lebensmittel einführen müssen und dem Konsumenten es gleich sein kann, ob er heimische oder, sagen wir, „zugereifte“ Lebensmittel zu sich nehmen wird. Ich glaube, wenn Abg. Kandler den angefangenen Gedanken zu Ende gebracht hätte, so hätte er sagen müssen: Die besondere Bedeutung der Hebung der heimischen Landwirtschaft liegt darin, daß durch eine vermehrte Erzeugung der heimischen Landwirtschaft die Handels- und Zahlungsbilanz für uns günstig beeinflusst wird und daß darin vor allem der Hauptvorteil liegt wie der Vorteil der Förderung der Landwirtschaft bei uns liegt.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Abg. Hartleb. Herr Abg. Hartleb hat gemeint, daß die Stellung, die wir bezogen haben gegenüber dem Wiederbesiedlungsgesetze, nicht ganz echt sei. Er hat das zwar nicht ausgesprochen, aber man hat das deutlich zwischen den Zeilen lesen können, und als Beweis wollte er auf die Sozialisierungsfrage, die nach dem Umsturze eine Rolle gespielt hat, hinweisen. Ich möchte sagen, daß er sich bessere Argumente gegen uns suchen muß, wenn er beweisen will, daß wir gegen die Wiederbesiedlung seien, daß er dann nicht die Frage der Sozialisierung als Argument führen darf, weil diese ja noch viel radikaler ist und noch viel weiter gegangen wäre, als das Wiederbesiedlungsgesetz es tut. Ich möchte mir erlauben, bei dieser Gelegenheit auch darauf aufmerksam zu machen, daß gegenüber der Meinung des Herrn Abg. Hartleb wieder meiner bescheidenen Meinung nach die politische Unständigkeit sich nicht nur hier in diesem Hause zeigen soll, sondern diese auch draußen in den Wählerversammlungen zur Geltung kommen soll, und wird ein wahrhaft anständiger Politiker auch draußen in den Wählerversammlungen nicht mehr sagen, als seiner wirklichen Überzeugung entspricht. Da möchte ich nun darauf verweisen, nachdem sich Kollege Wagner meldet, daß sowohl die Christlichsozialen als auch die Bauernbündler draußen fortwährend gerade den Kleinbauern die Schaudergeschichten von den Gefahren der Enteignung durch die Sozialdemokraten erzählen. (Wagner: „Wo habe ich das gesagt?“) Sie vielleicht nicht, aber Leute von Ihrer Partei. (Wagner: „Warum haben Sie meinen Namen genannt?“) Vielleicht haben Sie es auch gesagt, weil Sie sich betroffen fühlen. Ich möchte darauf verweisen, daß die ganzen Agitatoren gegen uns auf dem Lande von diesem Gedanken unserer bürgerlichen Gegner leben, von dem nähren sie sich, und ich halte keinen einzigen von den bürgerlichen Parteien für so dumm, daß er selbst dieses Argument glauben würde. Denn wenn man etwas mehr als seine eigene Zeitung lesen würde, müßten Sie schon längst wissen, daß uns das nie eingefallen ist, und wenn wir draußen aus einem Zettelkasten, der den einzelnen Sekretären zur Verfügung steht, angebliche Aussprüche von sozialdemokratischen Führern als Beweis dafür hören, so möchte ich darauf verweisen, daß insgesamt diese Sprüchlein nicht wahr sind, denn schon seinerzeit hat gerade der vielfach genannte Parteigenosse Kautsky darauf hingewiesen, daß es unmöglich wäre, an eine

Enteignung der Kleinbauern wirklich zu denken. Schon dieser hat in seinem berühmten gewordenen Buch „Die Agrarfrage“ darauf hingewiesen, daß eine sozialistische Ordnung alles Interesse daran haben würde, die Existenz dieser kleinbäuerlichen Kreise zu heben. (Ing. Witzan: „In der ‚Agrarfrage‘ steht das?“) Wir können Gelegenheit nehmen, das Gesagte gemeinsam im Originalbuche nachzulesen. Da ist genau unterstrichen (liest): „Der Landarbeiter und der Kleinbauer, die heute wohl in der Gesellschaft am stiefmütterlichsten bedacht sind, müssen in einer solchen Situation (nämlich in der Zeit, wenn die Sozialisierung verwirklicht werden würde) sehr begehrt werden, also zu einer höchst günstigen sozialen Stellung gelangen. Wie kann man annehmen, ein sozialistisches Regime werde die Bauern von ihren Feldern vertreiben! Das wäre Wahnsinn, der weit selbst über das Maß dessen hinausginge, womit die skrupellosesten und albernsten unserer Gegner uns behaftet erklären. Ein sozialistisches Regime wird, schon im Interesse der Volksernährung, die Lage der Landwirte so vorteilhaft als möglich zu gestalten suchen müssen. Ein proletarisches Regime hat aber auch alles Interesse, die Arbeit des Bauern möglichst produktiv zu gestalten, ihn also mit den besten technischen Behelfen zu versehen. Die Sozialdemokratie wird dem Landmann, anstatt ihn zu expropriieren (zu enteignen), die vollkommensten Produktionsmittel zur Verfügung stellen, die ihm in der kapitalistischen Ara völlig unzugänglich sind.“

Ich möchte noch darauf verweisen, wenn Sie leugnen wollen, daß die allgemeine Entwicklungstendenz, die von uns behauptet wird, daß die nicht auf die Landwirtschaft zutrifft, daß wir heute in der Landwirtschaft das Genossenschaftswesen sich immer mehr entwickeln sehen. Wir sehen heute kleinbäuerliche Genossenschaften am flachen Lande, die gemeinsam Maschinen einkaufen und dann den einzelnen Angehörigen dieser Genossenschaft zur Verfügung stellen, die gemeinsam einen Teil ihrer Arbeit erledigen. Wir sehen im Gebirge die landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften, die Verwertungs-, Verkaufsgenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Viehzucht-, Getreidegenossenschaften, und diese Aufzählung läßt sich wie eine Ziehharmonika erweitern. Was ist das? Das ist der Beweis dafür, daß es auch dem Kleinbauern auf dem Lande nicht möglich ist, in der kapitalistischen Welt, nur allein auf sich gestellt, den Existenzkampf zu bestehen. Da sind schon die Korporationen, die genossenschaftlichen Zwecken dienen, um einen Teil der Arbeit gemeinsam zu machen, gemeinsam zu übernehmen. Wir sind der Auffassung, so sehr Sie sich gegen eine Entwicklungsrichtung in der Wirtschaft stemmen, die zu einer sozialistischen Wirtschaft führen muß, so sehr sind Sie selber durch die Tatsache der kapitalistischen Ordnung gezwungen, einer sozialistischen Wirtschaftsordnung in die Hand zu arbeiten, wobei meiner Meinung nach diese Genossenschaften, soweit ihre Mitglieder gleiche Pflichten und gleiche Rechte haben, eigentlich schon eine Vorstufe zu einer gemeinwirtschaftlichen sozialistischen Ordnung darstellen. Vielleicht könnte man behaupten, daß es sogar sozialistische Keimzellen sind, und wenn Sie sich heute mit Gewalt dem Gedanken, dieser

Anschauung verschließen, daß durch diese Genossenschaften der künftige Gang der Entwicklung vorgezeichnet wird, so werden Sie doch der Geschichte nicht entkommen und werden sich den Tatsachen dieser Entwicklung beugen müssen, zum Wohle der Kleinbauern.

Abg. Hartleb hat weiters darauf verwiesen, daß unser „Kleinbauer“, die Zeitschrift unserer Vereinigung über die neue Landes-Zentralmolkerei geschrieben hat, und daß der Bericht über diese Gründung, über diese Molkerei nicht richtig sei, da viele Vereinigungen als Gesellschafter, als Mitglieder vorhanden seien, in denen auch Kleinbauern als Genossenschafter sind.

Ich gebe schon zu, daß vielleicht hauptsächlich die Genossenschaften als Mitglieder dort sind — das ist nämlich aus den bürgerlichen Zeitungen gar nicht ersichtlich gewesen — aber trotzdem könnten doch meiner Meinung nach kleine Besitzer im Vorstand dieser Genossenschaft vertreten sein. Aber aus diesem Berichte sehe ich keine kleinen Besitzer, sondern ich sehe Gutsbesitzer, Großbauern und vielleicht einige Mittelbauern, die noch in dieser Genossenschaft vorhanden sind. Der Herr Kollege Hartleb hat sich bemüht, den Herrn Kottulinsky uns aus dem Berichte anzuführen. Ich möchte verweisen, daß wir auch noch andere im Vorstande haben und von der Redaktion sind die Titel ja aus bürgerlichen Blättern übernommen worden. Da haben sie einen Lederer, Gutsbesitzer in Semriach, Zuhorner, Gutsbesitzer in Herbersdorf, Kraft, Gutsbesitzer in Hafendorf, und Sie werden nicht behaupten können, daß der Kraft ein kleiner Besitzer sei, denn er gehört meiner Meinung nach zumindest zu den Großbauern. Dann haben Sie den Herrn Kottulinsky, Herrschaftsbesitzer in Neudau, Viktor Steiner, Gutsbesitzer in St. Georgen ob Judenburg, Michael Reinish, Güterdirektor auf Schloß Pfannberg von Mayr-Melnhof, sicherlich auch kein Kleiner. (Winkler: „Es sind im ganzen 28 und da haben Sie eben die Großen herausgenommen!“) Schauen Sie, wie mir bekannt ist, ich habe mich mit der Redaktion ins Einvernehmen gesetzt, wurde dieser Bericht aus Ihrem Blatt entnommen und wenn Ihr eigenes Blatt über die eigenen Vereinigungen nicht richtig berichtet, dann dürfen Sie für solche Fehler nicht einen andern verantwortlich machen. Ich möchte noch aufmerksam machen, daß, wenn auch der Herr Abg. Wihaný sich dagegen wehrt, daß die einflussreichste Stelle, der Vorstandstellvertreter, der Herr Kottulinsky ist, daß dieser doch einer der größten Besitzer ist und daß kein — ein paar würden doch hinein gehören — daß kein Kleinbauer in dieser Genossenschaft übrig bleibt. Der Herr Kollege Hartleb hat dann einen angeblichen Gegensatz zwischen diesem Artikel und einem späteren Artikel des „Kleinbauern“ gefunden, in dem wir für die Genossenschaften geschrieben haben. Ich verstehe den Herrn Abg. Hartleb nicht, er ist so intelligent, daß er wirklich einen Zeitungsbericht lesen kann. Und die Kleinbauernvereinigung hat sich seit ihrer Gründung für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ausgesprochen, allerdings auch dagegen ausgesprochen, daß in diesen Genossenschaften lediglich die größeren und größten Besitzer das Wort

haben sollen und weiter dafür, daß in diesen Genossenschaften auch die kleinen Besitzer zur Geltung kommen sollen, weil zum größten Teil die Kleinen andere Interessen zu vertreten haben, als das bei den großen Besitzern der Fall ist.

Und nun sind wir überhaupt grundsätzlich der Meinung, wie ich schon früher ausgeführt habe, daß das Genossenschaftswesen für die Entwicklung und für die Existenzsicherung der Landwirtschaft außerordentlich wichtig ist und wir sind auch der Meinung, daß nicht die Preisfrage die einzige, oder alleinentscheidende Frage für die Existenzmöglichkeit der Landwirtschaft ist. Wenn gegen die Preispolitik der bürgerlichen Bauernparteien von unseren Parteigenossen Stellung genommen wird, so nur aus dem Grunde, weil es nicht wenige bürgerliche Bauernvertreter gibt, die die Frage der Preise der landwirtschaftlichen Produkte zum A und O der Agrarfrage zu machen bereit sind. Wir sind der Meinung, daß die Hauptfrage des Existenzkampfes die Frage des Ausnützens des vorhandenen Bodens und der Steigerung der Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit ist. Und wenn wir uns fragen, wie es möglich ist, die Produktion zu heben, so sagen wir, dadurch, daß eine planmäßige Anwendung der landwirtschaftlichen Wissenschaft auch in der Landwirtschaft Platz greift. Wie ich in einem Teile meiner ersten Ausführungen auch auf eine andere Frage hingewiesen habe, die wir für die Entwicklung unserer Landwirtschaft für außerordentlich wichtig halten, so möchte ich nebenbei bemerken, daß ich es für außerordentlich nützlich halten würde, wenn von unserem Lande einmal ein Landesmeliorationsplan entworfen würde, wenn wir ein Bild darüber hätten, welche Böden wir in Steiermark haben, welche Böden in Steiermark brach liegen, welche noch zu meliorieren sind, damit man systematisch und planmäßig an die Meliorationen gehen kann, weil heute die Sache so ist, daß in jener Gegend zuerst etwas gemacht wird, wo die Bevölkerung sich am meisten rührt und mangels der nötigen Rührigkeit bleiben andere Gegenden zurück. Und da meine ich, daß dieses System auf die Dauer zu Ungerechtigkeiten führt, zu einem volkswirtschaftlichen Nachteil, und daß es sehr nützlich wäre, auch darüber einen Plan auf längere Zeit auszuarbeiten, damit man ein Bild über die bestehenden Bodenverhältnisse hätte und nach diesem Bild systematisch die Meliorationsarbeiten in Zukunft machen könnte.

Als wichtige Frage erachte ich auch die Zusammenlegung der Gründe, die Kommassation, und da muß ich auf die Tatsache verweisen, daß uns leider die Art der Sanierung, wie man sie heute übt, auch nach dieser Richtung die größten Schwierigkeiten macht. Die Agrarbehörden mußten ebenfalls abbauen, sie leiden unter Personalmangel und sie sind nicht imstande, die nötigen Arbeiten für die Wiederbesiedlung zu leisten, sie sollen jetzt für die Durchführung des Altschuhgesetzes sorgen und ebenso für die Kommassationen, die Durchführung der Zusammenlegung der Gründe sorgen. Nun sind alle diese schönen Programmpunkte auf dem Papier, solange wir es nicht möglich machen, daß die bestellten Be-

hören auch wirklich in der Lage sind, diese Pläne durchzuführen.

Ich wäre weiter der Meinung, daß es ein außerordentlich nützliches Mittel sein würde, daran zu denken und daran zu schreiten, Musterwirtschaften aufzurichten, nicht nur in der schablonenmäßigen Form, die wir heute haben, sondern solche, in denen nach rationellen Betriebsmethoden gearbeitet wird, in denen auch die neuesten Ergebnisse der Agrarwissenschaft angewendet werden, so daß die Bauernschaft, der Bauernstand Musterwirtschaften vor sich hat, an denen er die Ergebnisse der angewendeten Wissenschaft sehen kann. Außerdem würde es ein dankbares Mittel sein, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, indem man Versuchshöfe schaffen würde, an denen die Agrarwissenschaftler arbeiten könnten, um so die Agrarwissenschaft und agrarwissenschaftliche Forschung zu unterstützen.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor *Ahrer* hat im Laufe der Debatte unter anderem darauf hingewiesen, daß es für uns leicht sei, in der ländlichen Bevölkerung beziehungsweise beim Landarbeiterstand zu agitieren, weil wir uns darauf beschränken, den Leuten natürlich eine Verkürzung der Arbeitszeit, bezahlte Überstunden usw. zu versprechen, und er hat sich bemüht, uns zu verwarnen, weil diese Dinge wieder produktionsverfeuernd wirken müßten und die Lage der Arbeiter weiter verschlechtern würden. Meine Herren, ich muß gestehen, daß mir diese Frage, die der Herr Dr. *Ahrer* angeführt hat, als dieselbe Frage erscheint, die die Industriellen immer aufwerfen, das Problem der „hohen Löhne“. Auch die Industriellen sind der Meinung, die hohen Löhne der Arbeiter sind schuld daran, daß es der Industrie so schlecht geht und wenn sie den Arbeiter und Angestellten wieder einmal schäbiger Löhne zahlen könnten, dann würde sofort die Industrie aufblühen. Ich meine, daß es auch in der Landwirtschaft nicht so ist, daß es für die Landwirtschaft nicht vom Vorteil sein würde, wenn es auch für die Landwirtschaft gelänge, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken, ihnen das Wenige an Arbeiterschuß wieder zu nehmen, weil ich vor allem der Meinung bin, daß das mit der Steigerung des Ertrages der Landwirtschaft wohl sehr wenig zu tun hätte, sondern im Gegenteil, daß solche praktische Versuche eher eine Ertragssteigerung unserer Landwirtschaft gefährden müßten, denn die Industrie sowohl, als die landwirtschaftlichen Unternehmer übersehen immer wieder den psychologischen Faktor „Mensch“, der in der Werkstätte, im landwirtschaftlichen Betriebe tätig ist, der nicht nur als Maschine anzusehen ist, die zu arbeiten hat, sondern daß es doch vor allem notwendig ist, — und insbesondere wir glauben diese Aufgabe überall zu erfüllen — diesen Menschen zu einem sittlichen Charakter zu erziehen, ihm Pflichtgefühl, soziales Verantwortlichkeitsgefühl beizubringen, ihn zu einem Menschen zu erziehen, der sich dessen bewußt ist, daß auch von seiner Arbeit, von seinen Anstrengungen nicht nur sein eigenes Wohl, sondern das Wohl der Gesamtheit abhängt. Wir sind der Meinung, daß diese Dinge ebenso wichtig sind, als die technische Ausge-

staltung der Betriebe und die Anwendung der Agrarwissenschaft in der Landwirtschaft. Wir sind aber auch der Anschauung, der Auffassung, daß die Voraussetzung für ein solches Verantwortlichkeitsgefühl nur darin gegeben ist, daß der Arbeiter sieht, daß auch die Gesellschaft wieder für ihn sorgt, daß auch der Arbeiter eine angemessene Lebenshaltung führen kann. Wenn Sie den Arbeiter auf das Niveau eines Kuli herunterdrücken, dann dürfen Sie nicht an seinem sittlichen Charakter, an sein Verantwortlichkeitsgefühl appellieren. Wenn es aber gelingt, den Arbeiter auch materiell zu heben, dann wird es möglich sein, sein Verantwortlichkeitsgefühl zu steigern und es wird möglich sein, durch Berücksichtigung dieses psychologischen Faktors eine Ertragssteigerung in der Landwirtschaft zu erzielen.

Ich möchte nebenbei auch darauf verweisen, daß es eine große Lüge ist, mit der sich die Herren Industriellen selbst belügen, daß der Achtfundentag ein Unglück für die Industrie sei, daß er die Produktion hindere, daß er die Produktion überhaupt herabdrücke usw. Ich möchte darauf verweisen, daß ich erst jüngst Gelegenheit hatte, von Arbeitern zu hören, daß im Einvernehmen mit dem Chef die Arbeitszeit nicht 8 Stunden betrage, sondern auf 6 Stunden herabgesetzt wurde, weil sowohl der Chef, als auch die Arbeiter die Überzeugung haben, die erprobte Überzeugung haben, daß sie in 6 Stunden ebensoviel zu erzeugen in der Lage sind, als sie früher es in 8 Stunden waren. Wenn die Zeit dazu vorhanden wäre, würde ich auch in der Lage sein, noch andere Beispiele zu bringen, die ziffernmäßig beweisen, daß seit der Einführung des Achtfundentages die Produktion nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen ist, und daß das Lohnprozent trotz Einführung des Achtfundentages in der Hüttenindustrie, in der Eisenindustrie in Wirklichkeit gesunken und nicht gestiegen ist. Ich meine, es ist leider ein Fehler unserer Unternehmer, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie, sich nicht zu dieser Erkenntnis durchringen zu können, weil ich der Überzeugung bin, daß, wenn es einmal möglich wäre, daß sich die Unternehmer zu dieser Erkenntnis durchringen, daß dann viele soziale Konflikte ausbleiben würden und andererseits vielleicht jene Steigerung der Produktion zu erwarten wäre, als sie bei den Methoden nicht der Fall sein können, die heute die Unternehmer anzuwenden belieben. Zum Schluß noch eines. Herr Abg. *Wihany* hat im Verlaufe dieser, meiner Ausführungen neuerdings den Ausdruck von *Kautsky*, den ich zitiert habe, bestritten. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen und nur kurz sagen, daß Sie eigentlich nur davon leben, daß es bei den Sozialdemokraten Theoretiker gegeben hat, die die Überzeugung hatten, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft von der kapitalistischen Ordnung zum Untergang bestimmt ist und die diese Äußerungen verdrehen, daß sind die sogenannten anständigen, bürgerlichen Politiker, die sagen, „die Sozialdemokraten wollen den Kleinbauern draußen umbringen, sie haben ein Interesse daran und deshalb haben die Kleinbauern von den Sozialdemokraten nichts zu erwarten“. Ich gebe ruhig zu, daß es solche sozialistische Theoretiker ge-

geben hat, ich gebe zu, daß es Widersprüche in der Auffassung über die Agrarfrage unter den Theoretikern gegeben hat, ich gebe das zu, weil ich nicht so präpotent bin, zu erklären, wir haben das Um und Auf jeder Wissenschaft gestressen und haben das Recht, die anderen zu schulmeistern, weil wir der Überzeugung sind, daß wir immer wieder zu lernen haben, daß sich die Entwicklung bis ins kleinste Detail nicht im voraus bestimmen läßt, sondern schließlich jede Entwicklung auf Wechselwirkungen beruht, so daß auch die Wissenschaft immer wieder ihre Erkenntnisse umändern muß und ich möchte mit den Worten schließen, die einst ein Großer in unserer Partei nach dieser Richtung geprägt hat und die auch heute noch in dieser und in anderen Fragen für unsere Partei gelten und die deutlich sagen, was nach dieser Richtung von unserer Partei zu halten ist. **Bebel** hat gelegentlich einer Zukunftsstaatsdebatte im Jahre 1893 im deutschen Reichstage gesagt: „Wir sind nicht nur eine, wie Sie sagen, revolutionäre Partei, wir sind auch eine vorwärtstrebende Partei, eine Partei, die ständig lernt und die in ständiger geistiger Mauerung begriffen ist, eine Partei, die nicht die Meinung hat, daß ein heute ausgesprochener Satz und eine heute als richtig gehagte Anschauung unzweifelhaft und unfehlbar für alle Ewigkeit feststeht.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich das hohe Haus, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Behandlung der dringlichen Anfrage der Herrn Abg. **Oberzaucher** und Genossen wegen Abwesenheit des Herrn Landeshauptmannes und auf Grund einer Vereinbarung mit den Herren Anfragestellern auf Anfang der morgigen Sitzung verschoben wird.

Es gelangt nunmehr zum Worte der Herr Abg. **Zenz**.

Zenz: Hohes Haus! Die Herren von der Gegenseite haben mich wegen der Angelegenheit **Erös** zu wiederholtenmalen apostrophiert, ob dies nun in der Form geschehen ist, wie es der Würde des hohen Hauses entsprochen hätte, überlasse ich ihrem eigenen Nachdenken. Ich bitte aber vor allem folgendes zur Kenntnis zu nehmen. **Erös** ist nicht ein Jude, sondern römisch-katholisch, die Aufnahme in den Gemeindeverband erfolgte nicht vom Pfarrer, sondern von der Gemeinde und ich bin durchaus nicht so herrschsüchtig, daß der Gemeinderat von St. Kathrein am Hauenstein unter meiner Botmäßigkeit steht und tun muß, was ich will, sondern er hat aus freier Entschliebung die Aufnahme vorgenommen, und zwar hat der Gemeinderat wegen der Aufnahme kein Hindernis vorgesunden. **Erös** ist mehrfacher Wiener Hausbesitzer und Obmann des Automobilklubs. Darin hat sie keine unehrliche Lebensweise erblicken können. **Erös** ist nun mit den Wienern, mit den Herren **Seiß** und **Breitner**, in Konflikt geraten, da diese ein Gesetz erlassen wollten, das er als ungerecht erkannt, zumindestens so aufgefaßt hat und gegen diese gesetzliche Bestimmung hat er sich aufgelehnt. Die Gemeinde St. Kathrein war nun der Anschauung, daß dies ein politisches Vergehen sei und es war ihr bekannt, daß

im Freistaate Österreich für politische Vergehen ein Asylrecht besteht und daß dieses Asylrecht von den Herren Sozialdemokraten mit allem Nachdrucke in den Jahren 1919 und 1920 verteidigt worden ist. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte, einige wenige Beispiele zur gefälligen Kenntnis zu nehmen. Der „Arbeiterwille“ vom 6. Juni 1919 berichtet, „daß **Vela Kun** in Kollenhof unter den Bauern ein großes Blutbad anrichtete und dabei 400 Bauern zugrunde gegangen sind. (Rufe: „Hört!“) Bald darauf ergriff **Vela Kun** die Flucht und landete in Österreich“. Darüber berichtete der „Arbeiterwille“ vom 3. August 1919: „**Vela Kun** läßt sich in Wien internieren, statt auf den Barrikaden zu kämpfen, die Wiener Polizei möchte den Kommunisten ausliefern.“ Am 9. August berichtet der „Arbeiterwille“: „Auf eine gestern im Stadtrate gestellte Anfrage, betreffend die Verhaftung und Abschiebung des ungarischen Kommunistenführers, teilte Bürgermeister **Reumann** in einer Stadtratsitzung mit, er sei nicht der Polizeibüttel der ungarischen Bourgeoisie und des ungarischen Feudaladels. Es liege ihm ferne, die Polizei auf flüchtende Mitglieder der Räterepublik zu beßen oder ihre Abschiebung zu begehren, da er entschiedener Anhänger der Freizügigkeit sei.“ Der „Arbeiterwille“ vom 13. August 1919 berichtet dann mit der Überschrift: „Das Asylrecht der ungarischen Kommunisten und die Treibereien der Reaktion“: „Maßgebend für den Entschluß der Staatsregierung, den Volkskommissären Asylrecht zu gewähren, waren die Gründe der politischen Nützlichkeit und des demokratischen Prinzips. Wenn breite Kreise der Bevölkerung das Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit nicht billigen, ist dies dadurch zu erklären, daß die Bevölkerungskreise über die Gründe nicht näher informiert sind. Die Regierung muß aber an den Grundsätzen der Demokratie festhalten, auf die unser Staatswesen gegründet ist. Hoffentlich wird jetzt das reaktionäre Geheiß verstummen.“ Am 25. November 1919 hielt Genosse **Eisler** in den Juliensälen eine Versammlung ab, wobei er erklärte, daß das Häuflein Kommunisten, das wir im Staate Österreich beherbergen, ausgehend von dem Grundsatz, den politisch Verfolgten ein Asylrecht zu gewähren, den Unmut der bürgerlichen Presse hervorgerufen habe. Demgegenüber wolle Redner mit aller Deutlichkeit erklären, daß es die Regierung als Aufgabe eines Staates betrachten müsse, in dem Sozialdemokraten mitwirken, jeden politisch Verfolgten der ganzen Welt das Gastrecht einzuräumen. Im „Arbeiterwille“ vom 5. Jänner 1920 heißt es: „Wir haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß Deutschösterreich den Namen eines demokratischen Staatswesens verdiene, indem es der alten Tradition der bürgerlichen Demokratie entsprechend, das Asylrecht für politische Flüchtlinge wahr.“ (**Pongráz:** „Was ist mit den Flüchtlingen von Wohlsdorf?“) Ich habe nur jenen Fall zu besprechen, der sich in St. Kathrein abgespielt hat. Und in gleicher Weise treten die Herren für den Schutz der bayrischen Kommunisten ein. Nach diesem Vorbilde glaubte die Gemeindevertretung von St. Kathrein kein Unrecht zu begehen, wenn sie einem von Wiener So-

zialdemokraten politisch Verfolgten das Asylrecht gewährte. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Riemer: „Gleiches Recht für alle!“ — Wallisch: „Sie werden bald Sozialdemokrat sein!“ — Riemelmoser: „So lange der Wallisch dort ist, nicht!“ — Wallisch: „Sind Sie der Vormund dort drüben?“)

Von den sozialdemokratischen Rednern haben sich einige Herren auch mit der bäuerlichen Frage beschäftigt, und zwar hat Herr Lehrer Ault in orthodoxer Weise über die Bauernfrage gesprochen. Er hat die altüberlieferte Ansicht, welche die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren in diesem hohen Hause immer zum Ausdruck gebracht haben, wiedergegeben, denn wer in den Jahren 1919 und 1920 diesem hohen Hause angehört hat, wird wissen, daß, wenn damals die Sprache über die Bauern gekommen ist, es war dies ziemlich oft der Fall, wir immer die gleiche Sprache vernehmen konnten, wie sie nun Herr Ault geführt hat, nur noch mit größerer Leidenschaftlichkeit und größerem Haß. Unter diesen Rednern hat sich damals beständig auch der Abg. Gföller befunden und seine Reden haben sich damals von denen der übrigen sozialdemokratischen Reden in gar nichts unterschieden, er war damals in dieser Hinsicht auch noch orthodox, während er heute bereits ein Reher geworden ist (Heiterkeit) und eine neuzeitliche Lehre für die Bauern verkündet. Er hat in seiner Rede mehrmals um die Gunft der Kleinbauern geworben und sich zugunsten der Kleinbauern ausgesprochen. Es ist nun merkwürdig, in den vergangenen Jahren haben wir von Seite der Sozialdemokraten nie gehört, daß es Großbauern und Kleinbauern gebe. (Leichin: „Da haben Sie geschlafen!“) Wir haben immer nur gehört von den wucherischen Agrariern und von den schlemmenden Bauern, aber niemals von dem Unterschied zwischen Klein- und Großbauern. Nun ist Kollege Gföller mit seinem Studium so weit vorgeschritten, daß er darauf gekommen ist, es gibt kleinere und größere Bauern, aber er hat es unterlassen, zu sagen, wer ein kleiner Bauer und wer ein großer Bauer ist. Er hat uns nicht die Definition gegeben. Ich will nun dieses Versäumnis nachholen. In einem im Nationalrate ausliegenden Antrage, den die Sozialdemokraten eingebracht haben, ist die Definition des Kleinbauern enthalten, es heißt darin, es gehört zu den Kleinbauern ein Besitzer, dessen Besitz den doppelten Ertrag dessen abwirft, was zur Ernährung einer siebenköpfigen Familie notwendig ist. Also wer auf seinem Grunde nicht mehr als 14 Personen zu ernähren in der Lage ist, der gehört zu den Kleinbauern. Nach dieser Begriffsfeststellung gehören beinahe alle steirischen Bauern zu den Kleinbauern. Die mittelfteirischen Bauern bis zu einem Flächenausmaße von ungefähr 30 Joch und die Gebirgsbauern, je nach der Lage, bis zu ungefähr 200 Joch, also die größte Mehrzahl der steirischen Bauern gehört darnach zu den Kleinbauern und hat die Beglückung durch die Herren Abg. Gföller und Leichin zu erwarten. Wie die Beglückung, welche die Herren der großen Mehrzahl der steirischen Bauernschaft bringen wollen, aussieht, hat uns der Herr Gföller unklugerweise verraten. Er hat näm-

lich gesagt: Wir sind für immer gegen die Lebensmittelzölle, denn sie sind nach der Gestaltung unseres Staates ein wirtschaftlicher Irrsinn. Als Ersatz für den notwendigen Zollschutz hat er den Bauern als Rettungsmittel eine Monopolanstalt im Getreideverkehr angepriesen, die jedenfalls nach den bewährten Grundsätzen der Kriegsgetreideanstalt eingerichtet worden wäre und die jedenfalls ebenso segensreich gewirkt haben würde, wie die Kriegsgetreideanstalt, die den Kleinbauern das Brotgetreide und sogar das Samengetreide weggenommen hat, einen großen Teil verderben ließ (Leichin: „Eine Einrichtung der K. k.!“) und was nicht verdorben ist, mit großem Gewinne dann weiterverkauft hat, die Kriegsgetreideanstalt, welche es verhindert hat, daß Getreide und Mehl zu einem Zeitpunkte eingeführt werden durfte, wo es bereits möglich gewesen wäre, damit sie ihre alten und teuren Vorräte noch an den Mann bringen konnte, die sie zufolge des Monopols befeßen hat. Wenn die Kriegsgetreideanstalt nicht gewesen wäre, hätte unser armes Volk nicht so lange Maisbrot mit Kleie essen müssen. (Machold: „Dann hätten Sie überhaupt die längste Zeit nichts zu essen gehabt!“) Die Kleinbauern haben diese Kriegsgetreideanstalt in guter und dauernder Erinnerung, und ich kann mir lebhaft vorstellen, wie die Ihnen in die Arme fliegen werden, wenn Sie ihnen erzählen werden, wir wollen ihnen wieder eine solche Monopolanstalt bringen. (Leichin: „Ist doch eine monarchistische Einrichtung gewesen!“) Schauen Sie, Herr Leichin, ich hindere Sie nicht in Ihrer Bauernrettung (Bichl: „Gelingt Ihnen ja-auch gar nicht!“), ich mache Sie nur aufmerksam auf eine kleine Einseitigkeit, die Sie bei Ihrer Fürsorge um die steirischen Bauern begehen. Sie sprechen nur von Getreide, vielleicht gehört das Fleisch, die Milch, die Eier, die Butter, das Fett heute nicht mehr zu den Lebensmitteln, weil Sie, wenn Sie von Zollschutz sprechen, nur vom Zoll für Getreide reden, nicht aber auch vom Zoll für Vieh und dergleichen (Rufe: „So ist es!“) und wenn Sie vor den Kleinbauern von einem Zollschutz für Vieh reden würden, müßten Sie Ihre Reden jedenfalls anders einrichten müssen, als wenn Sie lediglich nur von Getreide sprechen. Gerade der Kleinbauer hat ein lebhaftes Interesse daran, daß er sein einziges Stück Vieh, sein einziges Schwein, das er im Jahre zu verkaufen hat, und das seine einzige Einnahmequelle ist, um einen möglichst guten Preis verkaufen kann, damit er seine Ausgaben für das ganze Jahr bestreiten kann. Und Sie wollen den Bauern, den Sie in Schutz nehmen, gerade in dieser wichtigsten Einnahmequelle schutzlos dastehen lassen. Sie lehnen die Lebensmittelzölle ab. Zur Zeit der Lebensmittelnöte haben Sie gerufen: Gebt uns Fleisch. Wenn Sie vom Kleinbauern reden, müssen Sie auch über den Viehzoll reden, und das verschweigen Sie und das haben Sie auch hier in diesem hohen Hause verschwiegen. (Zwischenruf: „Ist ja nicht richtig!“) Die Aufgabe des Kleinbauernturns und des mittleren Bauernturns ist durchaus nicht darin zu erblicken, daß es lediglich Nahrungsmittel liefert für jene Bevölkerungskreise, die nicht Landwirtschaft betreiben, die

Hauptaufgabe dieses Bauerntums, das die große Mehrheit in unserem steirischen Bauernstande bildet, ist, der menschlichen Gesellschaft, dem Volke, den übrigen Berufsständen die Volkskraft zu liefern, denn der Kleinbauer verzehrt von dem, was er erzeugt, verhältnismäßig weniger als der große Besitzer, dafür ernährt er eine verhältnismäßig größere Anzahl von Personen als der große Besitzer und aus diesem Kreise schöpfen die anderen Berufsstände den wertvollen Nachschub. Und gerade diese Kategorie des Bauernvolkes, die die höchste Aufgabe zu leisten hat, die Volkskraft für das Volk zu schaffen, gerade diese Kategorie wollen Sie schutzlos der Konkurrenz des Auslandes preisgeben. (Rufe: „So ist es!“)

Wenn sich jemand auf Kezlerpfade begibt, dann kommt ein Unheil heraus, er verwickelt sich in Widersprüche und diese Widersprüche sind auch dem Kollegen Gföllner nicht erspart geblieben. Es haben die bürgerlichen Parteien zum Schutze der Kleinbauern in der landwirtschaftlichen Krankenkasse eine Staffelung der Beiträge eingeführt, nach der die größeren Besitzer mehr leisten sollen zur Entlastung der kleinen Besitzer. Es war das ein praktischer wirklicher Schutz der Kleinbauern, aber merkwürdig, auf einmal bekamen die Sozialdemokraten eine solche Hochachtung vor der Heiligkeit des Gesetzesbuchstabens, daß sie nicht mehr ruhen konnten, bis diese Verordnung wieder verschwunden ist. (Rufe: „Hört!“) Den Schutz der Kleinbauern haben sie ganz und gar vergessen, die Heiligkeit des Gesetzesbuchstabens ist ihnen oben angestanden und es war ganz köstlich, als der Herr Abg. Gföllner in diesem hohen Hause schon seine Kleinbauernrede gehalten hatte, hat er sich wiederum am 5. Mai auf den Standpunkt gestellt, daß die Beitragsleistung für die landwirtschaftliche Krankenkasse zwischen Klein- und Großbauern gleich sein müsse, daß die Gleichstellung anzustreben sei, denn es sei ein unerträglicher Zustand für die Dauer, daß die großen Besitzer und die bei diesen bediensteten Diensthofen mehr Beiträge leisten sollen, als die Kleinbauern. (Leichin: „Das hat damit gar nichts zu tun!“) Das hat damit sehr viel zu tun. Kommt denn das Geld, das die Kleinbauern für die landwirtschaftliche Kasse zahlen, aus einem anderen Sack, als das Steuergeld, fließt es nicht aus den gleichen Taschen, aus den gleichen Einnahmen heraus? (Leichin: „Nur keine Demagogie betreiben!“) Wo bleibt da der sonst bewährte sozialdemokratische Grundsatz, daß der wirtschaftlich Stärkere für den wirtschaftlich Schwächeren Opfer bringen müsse. (Leichin: „Hier handelt es sich um den Schutz der Kranken!“) Ich sehe hier eine direkte Verleugnung dieses sozialdemokratischen Grundsatzes. Wir wissen ja, worum es Ihnen zu tun ist bei der Kleinbauernorganisation. Sie führen dieselbe durch auf Befehl Ihres Obergeronnen Dr. Otto Bauer, damit Sie für die nächsten Wahlen sich die entsprechende Mehrheit sichern. Da ist der Zweck ganz offen ausgesprochen. Nur meine ich, meine lieben Herren, soll es dabei ehrlich und anständig zugehen und man soll dabei nicht mit Widersprüchen arbeiten, wie ich sie Ihnen aufgezeichnet habe. (Leichin: „Das werden wir erst sehen, ob das Widersprüche

sind!“) Der Herr Abg. Wolf hat es uns vorgestern gesagt, wozu Sie diese Macht brauchen, um Ihr ersehntes Ziel durchzuführen, Abschaffung des Religionsunterrichtes in der Schule, dazu brauchen Sie die Stimmen der Kleinbauern, und um dieses Ziel zu erreichen, springen Sie über alle Widersprüche hinweg. Bei diesem Punkte, meine Herren, finden wir uns in gerademwegs gegensätzlicher Anschauung und Auffassung. Sie huldigen der materialistisch-atheistischen Weltanschauung und nach Ihrer Auffassung stammt der Mensch vom Affen ab (Lebhafte Heiterkeit. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) und durch Evolutionismus (Zwischenruf: „Dann hängen Sie selbst der materialistischen Weltanschauung an.“) ist dieser Affe zu dem geworden, was er heute ist. Nun, meine Damen und Herren, kennt die Wissenschaft nicht bloß einen Evolutionismus, eine Entwicklung nach vorne, sondern auch den Atavismus, eine Rückbildung zur Urform. Es entzieht sich naturgemäß unserer Beurteilung, ob Sie in sich die wissenschaftliche Überzeugung tragen, daß die Menschheit sich in einer rückläufigen Entwicklung zum Stammvater befindet. (Leichin: „Das kann man an Ihnen beobachten!“) Im Reiche des Orangutang ist jeder Religionsunterricht vollständig überflüssig, dafür stimmen auch wir. Nun haben wir aber über die Aufgabe des Religionsunterrichtes aber eine andere Auffassung als Sie, weil unsere Weltanschauung eine andere ist und unsere Ansicht über Menschenwürde und Menschenbestimmung eine andere ist als die Ihrige. Nach unserer Auffassung ist die Religion von vorneherein etwas für den Menschen Verpflichtendes, etwas Gegebenes, gerade so wie die Naturgesetze etwas Gegebenes und wir ihnen unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht. Und so kann sich nach unserer Auffassung kein Mensch den Verpflichtungen entziehen, die die Religion ihm auferlegt, weil es nicht im Belieben des Menschen steht, sein Verhältnis zu seinem Schöpfer zu ändern und seine ihm vom Schöpfer gegebene Bestimmung willkürlich und nach Belieben abzuändern. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Sie stimmen mit uns in einem Punkte überein, daß es gestattet ist, ein Kind zum Schulbesuche zu verhalten, selbst wenn die Eltern dafür nicht das notwendige Verständnis aufbringen. Da stimmen wir vollständig überein. Warum? Weil wir sagen, höher noch als das Recht der Eltern steht das Recht der Kinder auf eine Ausbildung. Nun aber wollen wir die Ausbildung, deren Berechtigung Sie uns zugeben, auch auf den Religionsunterricht erstreckt wissen, und zwar deshalb, weil das Kind ein Anrecht hat, auch über diese wichtige Frage Aufschluß zu erhalten in den Grundzügen und es haben die Eltern nicht das Recht, den Kindern diesen grundlegenden Unterricht zu verwehren (Beifall), gerade so wenig wie die Eltern das Recht haben, den Kindern das Lesen und Schreiben zu verwehren, das Lernen in diesen Gegenständen. Und sehen Sie, wir stehen auf diesem Standpunkte, weil wir wissen, daß über den Menschen Schicksalsstunden im Leben kommen können und leider nur zu oft kommt es dann vor, daß auch der Einfluß der Eltern machtlos ist. Und wie sollen Eltern auf ihre Kinder

einwirken in schweren Schicksalsstunden, wenn die Eltern lange begraben sind und das Kind einsam und verwaist durchs Leben geht? Da braucht das Kind den Einfluß der Religion (Beifall), jene höchsten sittlichen Grundsätze, die auf seinen Willen bestimmend einwirken. Schauen Sie, meine Herren, darum sagen wir, daß wir unentwegt auf der Forderung beharren werden, daß dem Kinde in der Schule der Religionsunterricht geboten werden muß unter allen Umständen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. — Regner: „So lange Sie die Kraft haben!“) Es wäre eine enge Auffassung von der Aufgabe des Religionsunterrichtes, sollte er nur den Zweck etwa haben, die Kirchen zu füllen. Den hat er nicht. Er hat die Aufgabe, den Menschen in den schlimmsten Schicksalsstunden einen Halt zu geben. Wir wissen, meine Damen und Herren, daß gar mancher mit der Kirche gebrochen hat, lange Zeit mit Religion nichts zu schaffen gehabt hat, daß er aber in seinen schwersten Lebensstunden dort angeknüpft hat, was er auf der Schulbank gelernt hat (Zustimmung.), und daß nur diese seine Anknüpfung ihn vor dem Falle und dem Untergange gerettet hat. Wir wissen auch, daß es Menschen gibt, die zeitlebens der Religion sogar feindlich gegenübergestanden sind, die aber in einer Stunde, die keinem erspart bleibt und wo alle Illusionen schwinden, dort angeknüpft haben, was sie in der Schulbank in Religion gelernt haben und das war ihr Trost in der letzten Stunde, in der sie am Verlöschen waren. Nun, meine Herren, frage ich Sie, können Sie die Verantwortung übernehmen, müssen Sie es nicht als ein Verbrechen bezeichnen, wenn Sie nun das Bestreben haben, das Kind ganz und gar ohne jeden Religionsunterricht aufwachsen zu lassen, das dann gar keine Verbindung mit dem anknüpfen kann, was in sein jugendliches Herz hineingelegt worden ist. Sie begehen an der Menschheit ein Verbrechen, und ich sage Ihnen, manch solcher, den Sie religionslos haben aufwachsen lassen, wird nach schweren Kämpfen, nach schwerem Ringen zur Erkenntnis kommen, die Sie ihm geflüstertlich vorenthalten haben, der wird auftreten als Ihr Ankläger, weil Sie den Religionsunterricht verhindert haben, er wird auftreten als Verfechter unseres Standpunktes. Und das, meine Herren, werden gerade die Edelsten und Besten sein, die sich da durchringen. (Wichl: „Da können Sie uns nur dankbar sein!“) Man sollte jenen aber füglichweise diesen harten Kampf ersparen und man soll so viele andere, die sich nicht durchzuringen vermögen, nicht schußlos preisgeben. Es wäre verlockend, das gigantische Ringen der Geistesgrößen der Geschichte durchzugehen, die sich vom Irrtum zur Wahrheit durchgekämpft und es als die glücklichste Stunde empfunden haben, als sie das „Credo“ ausgesprochen, das der Katechet dem Kinde in der Schule beten lehrt. Ich will nicht in vergangene Zeiten zurückgreifen. Ich will Ihnen Moderne bringen, denn Sie sind ja so ganz modern. Sie kennen den Herrn Förster (Leichin: „Das war nicht Ihr Freund!“) und hoffentlich anerkennen Sie ihn auch als einen Pädagogen. Er war Atheist, und ist der Pädagoge der Neuzeit. Gerade der bezeichnete den Religions-

unterricht als das ganze Um und Auf des Unterrichtes überhaupt und der ganzen Erziehung. Dieser Herr Förster sympathisiert sonst in vielen Stücken mit Ihnen, er hat sich aber zu dieser Erkenntnis durchgerungen. Es ist Ihnen der Name Hermann Bahr wohl bekannt, ebenfalls ein Kämpfer um die Ideale des Glaubens, und Strindberg, den Sie gewiß als einen Modernen gelten lassen, sagt: „Wenn man 20 Jahre alt ist, hat man das Welträtsel gelöst, wenn man 30 Jahre alt ist, fängt man an, darüber nachzudenken, und ist man 40 Jahre alt, findet man es als unlösbar.“

Als Strindberg 40 Jahre alt war, er war Materialist und Atheist, hat er sich zur selben Anschauung bekannt, die Sie verteidigen, und gerade dieser Materialismus und Atheismus hat ihn zur Verzweiflung getrieben an der Welt und an dem Leben, und gerettet hat ihn das katholische Glaubensbekenntnis. Dieses hat ihm alles gerettet, seine Kunst, sein Leben.

Wenn die hervorragendsten Geistesgrößen sich so mühsam durchkämpfen müssen zur Wahrheit, begehen Sie dann nicht ein Verbrechen am Volke, dem die Geistesstärke nicht gegeben ist und das nicht in der Lage ist, durch jenen Kampf sich zur Wahrheit durchzuringen? Ich will auch einen aus Ihren Reihen nennen, vielleicht kennen Sie ihn? Ilmo Camelli, der im Alter von 17 Jahren mit großem Feuereifer sich den Reihen der Sozialisten angeschlossen hat, der mit der russischen Revolutionärin Gutschkoff verkehrte, der mit Bisolatti den sizilianischen Bauernaufstand organisierte und leitete, der mit Bisolatti und seinen Genossen gesungen: „Krieg dem Kriege, und Tod dem Tode“, diesen Camelli, der bei einer Abendfahrt in später Dämmerstunde, begeistert von seinen sozialistischen Idealen an der Seite Bisolattis den Gesang der Liebe gesungen hat. Welche Entwicklung hat dieser Mann gemacht? Die Entwicklung von einem Freiheitskämpfer zum Sozialisten und dann zum Priestertum. Im Jahre 1905 hat er sich zum Priester weihen lassen. Der hat sich durchgekämpft und durchgerungen (Köstler: „Er kann ja trotzdem noch Sozialdemokrat geblieben sein!“), obwohl er mit großer jugendlicher Begeisterung und mit Feuereifer die sozialistische Lehre in sich aufgenommen hat. Schauen Sie, meine Herren, daraus leite ich ab, Sie begehen ein Unrecht am Volke, ein schweres Unrecht an den Kindern, wenn Sie ihnen den Religionsunterricht vorenthalten. (Leichin: „Wir wollen ihn diesen nicht vorenthalten!“) Was Kollege Wolf zur Begründung seiner Anschauung (Resel: „Sie können ja Ihre Kinder religiös erziehen lassen!“) Ich weiß nicht, Herr Landesrat Resel, ob es hier angängig ist, so geschmacklos zu sein. Wenn Sie diesen Anspruch erheben, so lasse ich Ihnen denselben, aber ich hätte die Meinung, daß ein so alter Parlamentarier in etwas anständigeren und feineren Formen reden sollte. (Resel: „Ich werde Ihnen sagen, von Kindern werden die reden, die Kinder haben. Das ist nicht unanständig!“ — Wichl: „Herr Pfarrer, Sie haben ja keine Kinder, wir haben sie und wir müssen

die Kinder erziehen. Wir müssen für die Kinder aufkommen und darum werden wir entscheiden, wie sie erzogen werden!") Wenn nun der Herr Kollege Wolf zur Begründung dieses sozialdemokratischen Standpunktes Dinge angeführt hat, die er mit einem wissenschaftlichen Mäntelchen zu umkleiden versucht hat, so gebe ich ihm den Rat, er soll sich seine theologische Wissenschaft nicht aus Pamphleten und Schmähschriften holen, sondern aus ernsthaften wissenschaftlichen Werken und offiziellen theologischen Lehrbüchern, und wenn er das tut, so würde es ihm künftig unmöglich sein, solch widersinnige Dinge über die Religion hier vorzubringen, wie er es getan hat. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite des Hauses.) Und wenn der Herr Kollege Wolf gesagt hat, daß die christliche Religion eine nihilistische Auswirkung hat, so frage ich ihn, wie er angesichts der zweitausendjährigen christlichen Kulturgeschichte imstande war, diesen Anspruch zu tun. Ich sage, Sie haben gelassen ein großes Wort ausgesprochen, aber deshalb sind Sie noch kein großer Mann. Und wohin die Ausschaltung des Religionsunterrichtes in der Schule führt, sehen Sie zum Beispiel in Frankreich, dort hat man den Religionsunterricht in der Schule abgeschafft und ihn dafür in den Gefangenenhäusern eingeführt. Ich glaube, wir alle miteinander wünschen nicht, daß wir in den Gefangenenhäusern erst einsehen mit der Herzensbildung, die in der Schule im jugendlichen Alter schon hätte geleistet werden sollen.

Der Herr Kollege Wolf hat sich auch mit der Kongrua beschäftigt, das sind die Bezüge der Geistlichen. Da sage ich Ihnen, Sie haben sich wohl in vielen Stücken geirrt. Wenn Sie den Wunsch haben, eine genaue Aufklärung über die Besoldungsverhältnisse der Geistlichen zu erhalten, erkläre ich mich Ihnen gegenüber bereit. Aber ich glaube nicht, daß es angezeigt ist, solche Dinge im Hause zu erörtern, die mit der Budgetdebatte nichts zu tun haben, und wollte ich ein wenig boshaft sein, so könnte ich Ihnen, Herr Kollege Wolf, die Bezüge der Obergenossen aufzählen und Ihnen beweisen, daß sie durchaus nicht darben. Aber ich würde so eine Sache für geschmacklos halten. (Wolf: „Es handelt sich hier um öffentliche Bezüge!“ — Pichler: „Wir erzählen ja nichts von Pfarrer-Kath'ln, davon könnten wir auch etwas erzählen!") Ich hätte das Empfinden, daß ich mich in der Öffentlichkeit eines geistigen Tiefstandes schämen müßte, wenn ich solche Dinge hier zur Sprache bringen wollte.

Meine Herren! Unsere Stellung zum Budget ist gegeben (Regner: „Vielleicht ist etwas Erbauendes darin? Wird uns nicht schaden, weil wir ohnedies nicht in die Predigt gehen!") durch die Verantwortung, die wir im vollen Bewußtsein vor dem ganzen Volke tragen. Wir wissen, daß dasselbe manche unerfüllte Wünsche aufweist und aufweisen muß, wir haben aber zum gesunden Urteil des Volkes ein solches Vertrauen, daß bei ihm die Einsicht obwaltet, daß die Folgen solch ungeheurer Erschütterungen, die wir durchgemacht haben, nicht in sehr

kurzer Frist behoben werden können. (Lebhafter Beifall.)

Wallisch: Hohes Haus! Ich würde mich versucht fühlen, auf die letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Jenz recht ausführlich zu antworten, denn er hat solche Dinge behauptet, die sehr leicht widerlegt werden können, und zwar recht gründlich. Weil aber jetzt nicht die katholische Religion zur Diskussion steht und weil ich weiß, daß jeder Bekehrungsversuch hier im hohen Hause ohnedies aussichtslos ist, die Gegenseite ist schon so hartgesotten, daß Hopfen und Malz verloren ist, so möchte ich nur sagen, daß eine Sache schon sehr schlecht stehen muß, wenn der Vertreter einer Religion hier aufstehen muß und mit der Abstammungslehre, besonders aber mit Affen zu argumentieren gezwungen ist. Wenn wir über die evolutionistische Fortentwicklung oder über Atavismus sprechen und die Frage aufwerfen, wer ist für die Fortentwicklung und wer für die Rückwärtsentwicklung, dann können wir die Vertreter für die Rückwärtsentwicklung nicht auf unserer Seite, sondern ganz bestimmt auf Ihrer Seite feststellen. Es hat der Herr Kollege Jenz auch die Behauptung aufgestellt, daß man den Leuten nicht die Möglichkeit nehmen soll, sich irgend einer Religion anzuschließen oder aufgeklärt zu werden, in dieser oder jener Religion. Es gibt gegenwärtig, wenn ich nur einige Zahlen anführe, über 400 Millionen Christen verschiedener Konfession, sie sind noch gespalten in verschiedene Untergruppen und es gibt dann über 200 Millionen Mohammedaner und über 500 Millionen Buddhisten, die alle ganz verschiedene Götter haben, ganz verschiedene Dinge anbeten. Nun, meine Herren, da stellen wir uns als Sozialdemokraten auf den Standpunkt, es soll sich jeder Mensch, wenn er zur Vernunft kommt, selbst entscheiden, welcher Religion, welchem Bekenntnis er sich anschließen will. Es darf nicht der Staat vorschreiben: Weil du in einem katholischen Staate geboren bist, mußt du Katholik sein, weil du in einem mohammedanischen Staate geboren bist, mußt du Mohammedaner sein, und weil du in einem buddhistischen Staate geboren bist, so mußt du Buddhist sein. Aber wer sich freiwillig zum Christentum bekennt, wer freiwillig der katholischen Kirche angehören will, der soll ihr angehören, das werden wir niemanden verübeln. Wir brauchen es gar nicht, daß der Herr Kollege Jenz uns die verschiedenen Herren, die sich zur katholischen Kirche bekannt haben, hier vorgeführt hat. Wir können feststellen, daß es in England sozialdemokratische Abgeordnete gibt, die am Sonntag in der katholischen Kirche Festpredigten halten, so etwas könnten wir uns in der Kirche des Herrn Gimpl oder des Herrn Prisching nicht vorstellen. (Prisching: „Das sind ganz andere Sozialdemokraten!") Wenn Sie nach England fahren, so werden Sie sich überzeugen, daß dort die Herren Konservativen auch andere sind, nur sind dort die Katholiken oder die Priester ganz anders veranlagt. (Pichler: „Keine Diener des Kapitalismus wie hier!") Wenn dort die Arbeitslosen notleidenden und darben, so fühlt sich der Priester verpflichtet, diese Arbeitslosen zusammenzuberufen, ihnen nicht nur eine Predigt zu

halten, sondern den Weg zu weisen, wie sie zu einem besseren oder größeren Stück Brot kommen können. Wenn Ihre Vertreter in Österreich auch so wären, so würden die Gegensätze hier nicht so große sein. Gerade in diesem England, besonders in Irland hat man die Kirche vom Staate getrennt. Dort wird man nicht verlangen, es muß der Religionsunterricht in den Schulen eingeführt werden. Es ist in England wahrhaftig so, es muß kein Mensch an dem Religionsunterricht teilnehmen. Diese Leute, die Sozialdemokraten in England, sagt Kollege Prisching, sind so festsche Kerle (Prisching: „Ganz andere Leute!“), sind ganz andere Leute und wir wünschen, daß das Volk Österreichs sich auch so weit entwickeln möge. Und die Leute sind dort so weit gekommen, ohne gezwungen zu sein, einen Religionsunterricht in der Schule als Pflichtunterricht aufzunehmen. Wer seine Kinder in der Religion unterrichten will, der kann das tun, die Eltern sollen darüber entscheiden, aber es soll von uns, die wir in dieser Frage eine andere Meinung haben, nicht verlangt werden, daß unsere Steuergelder dazu verwendet werden. Das ist der große Unterschied und ich muß sagen, daß es eines katholischen Priesters absolut nicht würdig ist, wenn er, wie der Abg. Zenz, aufsteht und sagt, ich könnte auch kommen und die Bezüge von ein paar Obergegnossen anführen. Damit hätten Sie ruhig auch kommen können, obwohl Sie das nichts angeht, da Sie nichts dazu beitragen. Diese Bezüge unserer Funktionäre können wir jederzeit verantworten. Ich bitte, sich daher solcher Verdächtigungen zu enthalten, wenn Sie sich als Verteidiger des guten Tones betrachten.

Es ist auch nicht ganz richtig, wenn der Herr Kollege Zenz sich als Verteidiger des Herrn Erös ausgeworfen hat und sich in dieser Frage auf den „Arbeiterwille“ oder gar auf die sozialdemokratische Partei beruft. Die sozialdemokratische Partei steht nach wie vor, auch heute noch, auf dem Standpunkt, daß jeder Mensch, mag er welche politische Vergehen immer begangen haben, das Recht hat, ein Mitspracherecht zu genießen. Die kommunistischen Volkskommissäre haben das Mitspracherecht auch genossen. In dem Momente aber, als sich Bela Kun in die Politik einmengen wollte, wurde er so, wie die anderen Kommisäre, interniert und dazu haben auch die Sozialdemokraten beigetragen, weil sie auch diesen Personen das Recht abgesprochen haben, sich in unsere Angelegenheiten einzumengen. (Spak: „In der 1. Klasse in Steinhof!“) Herr Kollege Spak, ich werde sofort auf diese Sache kommen. Erös hat (Zwischenruf: „Aber Bela Kun ist ein Verbrecher!“) Er war jedenfalls ein gleicher Verbrecher, wie es Hitler in Bayern ist. Hitler war auf dem besten Wege, das gleiche zu tun, was Bela Kun in Ungarn getan hat. Was ist mit ihm geschehen? Er hat einige Jahre Festung bekommen, man gibt ihm eine Bewährungsfrist und er wird dann freigelassen. (Zwischenrufe: „System Bela Kun!“) Ich bitte, es kommt alles, eines nach dem andern. Ich habe hier die Aufgabe übernommen, einiges über unseren Standpunkt zu dieser Frage vorzutragen. Ich glaube, es wäre sehr verlockend, dem

Herrn Kollegen Zenz eine gründliche Antwort zu erteilen, aber ich sehe, es ist vergebliche Mühe und wir werden dieses Drängen auf einem anderen Gebiete berücksichtigen.

Ich muß nun auf einige Ausführungen der Herren Vorredner zurückkommen. In erster Linie hat sich Herr Kollege Witzan riesig darüber aufgehalten, daß ich ihm irgendwie das Privilegium auf Jauche und Dünger absprechen will, er glaubt eben, es ist sein ausführliches Privilegium, die ganze Welt mit Jauche und Dünger zu besprühen. Wir haben nicht das Verlangen, das gleiche zu tun. Wenn ich während meiner Rede festgestellt habe, daß eine so wichtige Sache, wie es die Volkswirtschaft ist, nicht mit Parteipolitik zu verbinden ist, so habe ich nicht die Absicht gehabt, Herrn Abg. Witzan sein Hauptargument wegzunehmen. Des weiteren wäre es notwendig, daß Herr Kollege Hartleb, der in der letzten Zeit hier im hohen Hause so auftritt, als würde er die Weisheit mit dem großen Löffel zu sich genommen haben, so muß ich schon sagen, daß, wenn man diese Selbstgefälligkeit des Herrn Kollegen Hartleb beobachtet, einem das Gedicht von Heinrich Heine einfällt: „Es saß ein kleiner Wanzerich auf einem Pfennig und spreizte sich.“ So ähnlich benimmt sich der Herr Abg. Hartleb. Er glaubt, jeden abtrumpfen zu können; wenn man es so macht, muß man sich schon Argumente bedienen, Dinge anführen, die den Tatsachen entsprechen, nicht aber so, wie es Herr Abg. Hartleb bisher getan hat. Weiters hat Herr Abg. Peintinger die unrichtige Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokraten gegen die Dienstbotenprämien gewesen wären. Nun muß ich doch in dieser Debatte richtigstellen, daß es die Sozialdemokraten waren, die dieses Mißverhältnis zur Sprache gebracht haben und hätte Herr Abg. Peintinger einen diesbezüglichen Antrag gestellt, so wären die Sozialdemokraten nicht dagegen gewesen. (Dr. Enge: „Peintinger hat als Berichterstatter sofort aufmerksam gemacht.“) Peintinger hat nichts gesagt, sondern wir haben die Sache zur Sprache gebracht und Abg. Peintinger ist dann aufgestanden und hat einen diesbezüglichen Antrag gestellt. (Dr. Enge: „Ich wiederhole nochmals, Sie berichten falsch im Hause. Peintinger hat als Berichterstatter den Antrag gestellt. Zumindest sage ich, Sie irren sich!“) Der Antrag Peintinger wurde gestellt, nachdem ich und Gföller die Sache zur Sprache gebracht haben. (Zwischenruf Dr. Enge.) Ich muß feststellen, daß wir uns nicht gegen die Erhöhung der Dienstbotenprämien gewendet haben und es daher unrichtig ist, wenn behauptet wird, wir hätten dagegen gestimmt. Nun noch eine Sache, die Herr Kollege Huber gestern hier mit großem Pathos vorgetragen hat. Der Herr Kollege Huber hat gestern erklärt — und das scheint ihn stark geschmerzt zu haben, daß man den sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden eigentlich nichts Schlechtes nachsagen kann. Der einzige Herr Abg. Hornik, der gegen die sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde Bruck etwas vorgebracht hat, erhielt durch meinen Freund Pichler eine gründliche Abfuhr. Da also den sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden nichts nachgesagt werden kann,

Herr Abg. H u b e r aber den Sozialdemokraten unbedingt eins versehen will, so schildert er einen angeblichen Fall eines sozialdemokratischen Funktionärs in einer Gemeinde mit großdeutsch-christlichsozialer Mehrheit. Herr Abg. H u b e r hat sich als Ankläger der Sozialdemokraten aufgeworfen und hat hier eine Sache wissentlich falsch vorgetragen und das ist das Unanständige. Während von Ihrer Seite immer verlangt wird, man soll der Würde des hohen Hauses entsprechend, nur Tatsachen vortragen, die man auch beweisen kann, hat Herr Kollege H u b e r sich verstanden, die Behauptung aufzustellen, ein Sozialdemokrat hätte einen Armen bei der Gurgel gepackt, ihn gewürgt und so weiter. Eine solche Behauptung wurde aufgestellt, obwohl der Herr Abg. H u b e r selbst wissen mußte, daß das alles nicht wahr ist. Wenn man nun mit einer Sache vor den Landtag kommt, so sollte man sich doch besleißigen und so gewissenhaft sein, sich vorher überzeugen, ob diese Dinge auch wahr sind, sonst muß man es sich gefallen lassen, daß man öffentlich als Lügner hingestellt wird. (R i e m e l m o s e r: „Die Tatsache kann ich Ihnen sagen, daß der Sozialdemokrat K l e i n e g g e r den Armen mißhandelt hat!“) Diese Tatsache ist nicht wahr, denn es ist amtlich festgestellt worden, daß der Betreffende, von dem Herr Kollege H u b e r sprach, neunmal wegen Gewalttätigkeit vorbestraft und wegen seines Verhaltens gegenüber dem Bürgermeister zu acht Tagen Arrest verurteilt worden ist. Das Verfahren gegen K l e i n e g g e r wurde vom Richter eingestellt, weil kein Grund zum Einschreiten gegen K l e i n e g g e r vorhanden war. Das ist die Tatsache, und der Richter — die Richter sind, wie Sie behaupten, unpolitisch — mußte das feststellen. Ich stelle fest, daß in Hartberg sich 2 Sozialdemokraten im Gemeinderate befinden. In Hartberg haben die Christlichsozialen und Großdeutschen gemeinsam die Mehrheit, die Großdeutschen sind Ihre Koalitionsgenossen, sie gehen mit Ihnen durch dick und dünn, sind ein Körper und eine Seele. Wenn man Sie angreift, so schreien die Großdeutschen und greift man die Großdeutschen an, so schreien Sie. Das ist nicht nur hier, sondern in allen übrigen Vertretungskörpern. Wie kann man aber in einer Gemeinde, wo die Sozialdemokraten die verschwindende Minderheit bilden, eine sozialdemokratische Mißwirtschaft bloß dulden. Für uns ist diese Rede des Herrn Kollegen H u b e r der beste Beweis dafür, daß man den sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden wirklich nichts vorhalten kann.

Nun muß ich aber noch eine Sache zur Sprache bringen, die gerade von Herrn Kollegen J e n z immer im hohen Hause vorgebracht wird und Herr Kollege H u b e r hat sich auch bemüht, das gleiche zu tun. Ich weiß, daß in letzterer Zeit einige Herren der bürgerlichen Parteien besonders meine Person und Bela K u n sich als Agitationsmittel ausgesucht haben. Es fehlen Ihnen eben die Argumente, sie haben keine Tatsachen, die sie den Sozialdemokraten vorhalten könnten, daher erfinden sie etwas und lügen frisch drauflos. (Dr. E n g e: „W a l l i s c h ist doch eine Tatsache!“ — J e n z: „Sind Sie eine imaginäre Größe?“) Etwas wird schon hängen bleiben, das ist Ihre Auffassung.

Ein Agitator der Christlichsozialen Partei, der während des vergangenen Wahlkampfes mit dem Herrn Kollegen P r i s c h i n g als Wanderredner herumgefahren ist, hat die Behauptung aufgestellt, der W a l l i s c h hat 20 Bauern umgebracht, und so ein schrecklicher Mensch kandidiert für die sozialdemokratische Partei. Herr Kollege P r i s c h i n g, der über diese Dinge viel besser aufgeklärt ist, hätte zumindest dem Christlichsozialen Parteisekretär D ö t t l i n g sagen müssen, „sagen Sie so etwas nicht in meiner Anwesenheit, das ist eine Unwahrheit“, er hat es aber ruhig zugelassen, daß es in einer anderen Versammlung wieder gesagt worden ist und in der dritten und vierten Versammlung wieder und als wir den Herrn D ö t t l i n g beim Bezirksgerichte zur Verantwortung gezogen haben, da wollte dieser Herr auskneifen. (Dr. E n g e: „Der W a l l i s c h hat ihn zur Verantwortung gezogen!“) Unsere Partei hat ihn zur Verantwortung gezogen, ich wurde beauftragt, die Klage einzubringen, weil man solchen Verleumdern endlich einmal den Mund stopfen muß. Die Verhandlung wurde immer wieder hinausgeschoben, und er mußte schließlich einbekennen, daß es ihm nicht möglich ist, einen Wahrheitsbeweis für eine solche Behauptung zu erbringen. Und jetzt sehen wir die gleiche Art hier im hohen Hause. Die Herren von der Christlichsozialen Partei und vom Bauernbunde sind über ein solches billiges Fressen sehr erfreut und beißen sich in den fetten Bissen hinein und haben sich bereits schon so fest hineingebissen, daß sie ihn überhaupt nicht mehr loslassen können. Nun muß ich doch entwickeln, wie die Dinge, von denen soviel gesprochen wird, wirklich geschehen sind. Herr S t r o h m a i e r, er gehört dem hohen Hause an, hat sich in einer Versammlung bei Leibnitz unterstanden, die Behauptung aufzustellen, daß ich in Ungarn Bauern anganagelt hätte. (Zwischenruf: „Sie vielleicht nicht, aber die Regierung in Ungarn.“) Da müssen Sie schon den Beweis erbringen, wenn Sie eine so schwerwiegende Beschuldigung aufstellen, und es ist eine große Unverschämtheit, gegenüber Leuten, die nicht anwesend sind, Behauptungen aufzustellen, die nicht wahr sind. Ich habe mich noch nie unterstanden zu behaupten, daß Herr Kollege P r i s c h i n g jemanden umgebracht oder bestohlen habe, zu einer solchen Behauptung werde ich mich niemals erniedrigen, Sie glauben aber, daß die Sozialdemokraten vogelfrei sind und da bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, daß wir uns eine solche Behandlung unter gar keinen Umständen gefallen lassen können, und wir werden jeden einzelnen bei den Ohren erwischen und ihm sein Lügenmaul stopfen. (H a r t l e b: „Die Bauern werden Sie bei den Löffeln erwischen!“ — Lebhafter Unruhe. — Zwischenruf: „Hätten Sie nur in Fürstensefeld etwas länger gewartet!“) Das zeigt Ihre echt christliche Gesinnung, wenn Sie sagen, ich hätte in Fürstensefeld warten sollen, also scheinen Sie doch die Absicht gehabt zu haben, Ihre politischen Gegner umzubringen oder durchzuprügeln. (Dr. E n g e: „Das böse Beispiel verdirbt die guten Sitten!“)

Meine sehr Verehrten, ich will Ihnen heute nur einen kurzen Überblick geben, damit die anständigen Menschen sich ein Bild darüber machen können, was in

Ungarn geschehen ist. Ich werde Ihre Geduld nicht zu sehr in Anspruch nehmen, aber ich muß es tun, damit der, der anständig ist, in Zukunft solche lügnereische Behauptungen nicht mehr aufstellen kann, das will ich tun, weil ich sonst zu andern Mitteln greifen müßte. Die Sozialdemokraten kämpfen schon seit 60 Jahren für eine friedliche Entwicklung (Stromaier: „Das hat mein eigener Schwager gespürt!“) Auch die ungarische Sozialdemokratie hat nichts anderes getan, als die österreichische Sozialdemokratie. Sie hat in den Jahren 1905, 1906, 1907 bis zum Kriege das Wahlrecht sich zu erkämpfen getrachtet, und es hat im Jahre 1905 sogar der Kaiser Franz Josef eingesehen, daß ein Wahlrecht geschaffen werden soll, und er hat den General der Infanterie Fejervary damit beauftragt, das allgemeine gleiche Wahlrecht in Ungarn einzuführen. Tatsache ist, daß zu jener Zeit die Arbeiterschaft in Ungarn sich zu einer politischen Partei überhaupt nicht vereinen konnte, sie waren rechtlose Paras, sie mußten geheime Vereinigungen schaffen. Es ist auch den Großgrundbesitzern in Ungarn im Jahre 1905 gelungen, die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zu verhindern. Wie wurden die Abgeordneten in Ungarn gewählt? Es war so, daß der eine Abgeordnete von 26 Personen gewählt wurde, die Arbeiter jedoch in den Städten konnten 10.000 Stimmen für ihre Partei abgeben und haben trotzdem keinen Abgeordneten entsenden können. Tatsache ist, daß die Arbeiterschaft vor dem Kriege absolut keinen Vertreter weder im Parlament noch in der Gemeinde hatte. Daher konnten sie sich auch nicht die Überzeugung verschaffen, ob man in den gesetzgebenden Körperschaften ein Verständnis für die Schmerzen der Arbeiter und Kleinbauern hat. Es hat in Ungarn eine Kleinbauernbewegung überhaupt nicht gegeben. Der Kleinbauer hatte kein Wahlrecht, weil er nicht über 5 Gulden Steuer gezahlt hat. Im Jahre 1908 hat der Minister des Innern Andrássy die Metallarbeitergewerkschaft aufgelöst. Was in Österreich schon vor 30 Jahren zu Recht bestanden hat, wurde in Ungarn verwehrt. Im Jahre 1913 ist in den Straßen von Budapest Blut geflossen, weil die Arbeiterschaft sich das Wahlrecht erkämpfen wollte und der Graf Tisza hat die Soldaten in die Arbeiter hineinschießen lassen und Arbeiterblut ist in den Straßen geflossen, aber das Wahlrecht hat man ihnen trotzdem nicht gegeben. Im Herbst 1913 hat man sich endlich entschlossen, auch den Arbeitern ein Wahlrecht zu geben, aber so, daß 75 Arbeiter so viel Stimmrecht hatten, als ein einziger Fabrikant oder Großgrundbesitzer. Es ist begreiflich, daß das eine Provokation der Arbeiterschaft und nicht dazu angetan war, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu erhöhen. Im Jahre 1914 hätte das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Volksvertretung eingeführt werden sollen, es ist nicht zustande gekommen, weil der Krieg ausgebrochen ist. Die Arbeiter haben auch ihre wenigen Rechte noch verloren. Den Arbeitern, den Eisenbahnern war es verboten sich zu organisieren, öffentliche Beamte durften sich keiner Organisation anschließen, man hat ihnen das Vereinigungsrecht geraubt und so ist der Krieg mit seinem schrecklichen Zusammen-

menbruche gekommen. Im Jahre 1918 hatte die Arbeiterschaft im Parlament und in den Gemeinden keinen einzigen gewählten Vertreter, und nun setzen Sie sich einmal in die Lage dieser Arbeiter und auch der Kleinbauern, der landwirtschaftlichen Arbeiter in erster Linie, versetzen Sie sich in die Lage dieser Menschen, die bisher von der Obrigkeit unterdrückt wurden. Die Sozialdemokraten haben immer für die friedliche Austragung der Gegensätze auch in Ungarn gesprochen, sie haben das gleiche in Ungarn getan, was sie in Österreich getan haben, sie sind in eine Koalitionsregierung mit den sogenannten Unabhängigen und den sogenannten Radikalen eingetreten, sie haben sich bereit erklärt für die friedliche Entwicklung zu arbeiten und zu kämpfen. Bela Kun ist gekommen und hat die Sozialdemokraten des Verrates geziehen, er hat behauptet, daß die Sozialdemokraten sich verkauft hätten. Die Sozialdemokraten sind trotzdem auf dem einmal beschrittenen Wege geblieben, sie wollten weiter den friedlichen Weg gehen und sie haben mitgeholfen den Bela Kun einzusperren, weil er mit den Waffen in der Hand gegen das herrschende System gekämpft hat. Was ist nun eingetreten? Wir haben den Belagerungszustand in Szegedin und anderen größeren Orten gegen die Kommunisten proklamieren müssen, weil sie erklärt haben, jeder, der im Felde gewesen ist, hat Anspruch auf 5000 bis 6000 Kronen Abrüstungsgebühren, das ist im Jahre 1919 ein großer Betrag gewesen. Wir haben erklärt, das ist nicht möglich. Wir geben das nicht, wir haben schwere Kämpfe gegen die ausgerüsteten Soldaten führen müssen, wir sind aber in diesem Kampfe standhaft geblieben. Wer aber nicht standhaft war, das waren die Herren Bürgerlichen. Der Obergespan von Szegedin hat einer Kommunistendeputation erklärt, daß er die Abrüstungsgebühren als berechtigt anerkenne. Wir Sozialdemokraten haben erklärt, das ist nicht gerechtfertigt. Stellen Sie sich vor, was das bedeutet hätte zu jener Zeit, jedem Menschen, der im Felde gewesen ist, 5000 bis 6000 Kronen zu geben. Das wäre Wahnsinn gewesen. Dann kam der 18. März 1919. Es kam ein Ultimatum des Oberstleutnants Vng, die Demarkationslinie um 20 Kilometer zurückzuziehen, ein den Ungarn gehöriges Gebiet preiszugeben. Was war die Antwort? Die Sozialdemokraten haben erklärt, nachdem die Franzosen die Machthaber sind, müssen wir uns dem fügen, und werden wir trachten, herauszuholen, was trotzdem herausgeholt werden kann. Was haben die bürgerlichen Herren getan? Sie haben die Regierung im Stiche gelassen, sind aus der Koalition ausgetreten und haben erklärt, Sozialdemokraten, seht wirtschaftet ihr allein. Was mußten diese tun? Sollten sie auch die Leute den Franzosen überlassen? Sie mußten sich entschließen, entweder allein zu regieren, oder auch sagen, Kommunisten, macht ihr, was ihr wollt. Den Kommunisten ist es gelungen, einen Teil dieser, seit Menschenalter unterdrückten Arbeiter, die bisher von der herrschenden Klasse so brutal ausgebeutet worden sind, auf ihre Seite zu bekommen, und sie hätten die Regierung übernommen, und wir hätten uns abseits stellen können. Was wäre aber da geschehen? Es wäre tatsächlich Schreckliches vollführt worden, und da haben nun die

Sozialdemokraten, weil die Herren von der bürgerlichen Seite in Ungarn das Volk im Stich gelassen haben und weil eine andere Stütze nicht zur Verfügung gestanden ist, mit den Kommunisten sich in eine Koalition eingelassen. Es ist das gleiche geschehen, was früher mit den Bürgerlichen in Österreich war, auch eine Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Wir wissen, daß in Österreich keine enge Freundschaft zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten entstanden ist, daß die beiden Parteien nicht eine Partei geworden sind, sie haben ihr Verhältnis zueinander schon längst wieder gelöst. Ebenso war es in Ungarn, die Sozialdemokraten sind durch den Zusammenschluß mit den Kommunisten keine Kommunisten geworden und die Kommunisten sind keine Sozialdemokraten geworden. Bei Schaffung der Volkskommissariate wurde neben jeden Kommunisten ein Sozialdemokrat in das Volkskommissariat entsendet, damit diese sich gegenseitig kontrollieren, neben jeden Sozialdemokraten ein Kommunist. So wurde die Koalition geschlossen, wie man das in Österreich mit den Christlichsozialen getan hat. Und jetzt komme ich zu dem Schaudermärchen, das uns der Herr Pfarrer Jenz schildert, wonach der „Arbeiterwille“ im Juni 1919 berichtet hätte, daß in einem Orte 400 Bauern niedergemetzelt worden sind. Ich gebe zu, daß der „Arbeiterwille“ einen solchen Bericht gebracht hat, weil der „Arbeiterwille“ an das Korrespondenzbüro angewiesen war. Er hält aber solche Berichte auch nicht immer für richtig. Der „Arbeiterwille“ hat auch den Bericht gebracht, daß bei den Wahlen in Deutschland so und so viele gewählt worden sind und später hat sich herausgestellt, daß die Summe nicht richtig war, weil verschiedene Korrespondenzbüros verschiedene Nachrichten brachten. Ich will Ihnen einen Fall schildern, woraus Sie sehen können, wie der Terror ausgesehen hat. Zum Beispiel: Die Bauern von Kecs-kemet haben sich zusammengeschlossen. Sie wurden von den Großgrundbesitzern aufgeheßt, weil man dem Grafen Pallavicini 70.000 Joch Felder enteignet hat und den landwirtschaftlichen Arbeitern zur Bearbeitung und Auznießung zugewiesen hat. Dieser Graf Pallavicini hat die Kleinbauern aufgeheßt und sie mit Waffen in der Hand gegen das Sowjetregime losgelassen. Die Bauern wurden niedergeworfen, sie wurden entwaffnet und vor das Gericht gestellt. Man hat die Rädelsführer zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, sie dann aber sofort wieder freigelassen. So hat der blutige Terror ausgesehen. Das ist die einzige Tat, die in Kecs-kemet sich ereignet hat. In Transdanubien, wo Emmerich Karolyni über 400.000 Joch verloren hat, dort ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Aber das eine sei festgestellt: es wurden die Leute nicht so hingerichtet, wie Sie das hinzustellen belieben, sondern ein jeder wurde vor ein Revolutionstribunal gestellt und auf diese Weise sind insgesamt während vier Monaten 135 Personen hingerichtet worden. Meine Damen und Herren! Das geben wir zu. Die Sozialdemokraten waren damit nicht einverstanden und da muß ich feststellen, daß unser Genosse Kunfi deshalb von den Kommunisten fast erschlagen worden ist, weil

er sich gegen diese Dinge zur Wehre gesetzt hat; der ganze Kampf hat sich gegen die Bluturteile gerichtet und aus diesem Grunde haben auch die Sozialdemokraten den Bela Kun bei erster sich bietender Gelegenheit über die Grenze geschoben. Es wäre möglich gewesen, die Verhältnisse sich friedlich entwickeln zu lassen. Man hat das aber nicht getan und ist mit brutalem Terror aufgetreten. Jetzt möchte ich noch eines feststellen. Während der vier Monate habe ich mich in einem Gebiete befunden, wo über 500.000 Menschen gewesen sind, das halb so groß ist wie Steiermark, in diesem Gebiete ist nicht ein einziger Mensch hingerichtet worden, keinem einzigen ist gewaltsam irgend etwas geschehen. Aber in Kecs-kemet allein hat man in einer Nacht 46 Personen in den Wald hinausgeführt und dort hat man ihnen bei lebendigem Leibe die Haut vom Körper heruntergezogen, angenagelt hat man sie an die Bäume im Walde, Frauen hat man vergewaltigt und bei lebendem Leibe begraben. Das ist in einem Gebiete geschehen, wo nicht ein einziger Mensch während der Räterediktatur eingesperrt worden ist. Wir haben während dieser Zeit Versammlungen abgehalten, wo der Versammlungsvorsitzende die Versammlung eröffnet hat mit den Worten: „Gelobt sei Jesus Christus“. Ich stelle fest, daß an Versammlungen, wo ich gesprochen habe, auch katholische und reformierte Geistliche teilgenommen und das Wort ergriffen haben, indem sie erklärten, jetzt ist das wahre Reich, die Völkerverbrüderung gekommen, jetzt können wir uns mit allen Menschen gleich betrachten. (Jaklitsch: „Das ist nicht wahr, das ist unter dem Zwange der Verhältnisse geschehen!“) Es haben die bürgerlichen Zeitungen, die die Tatsache feststellten, auch feststellen müssen, daß nicht mehr geschehen ist. In Czegled, wo während der Räterediktatur kein Mensch hingerichtet worden ist, hat man unter dem christlich-nationalen Kurs in einer Nacht 89 Personen mit Draht zusammengebunden, hinausgeführt zur Theiß und hat sie dort hineingestoßen, so daß sie, wie man Ragen oder Mäuse ersäuft, alle ertrunken sind. Unter dem christlich-nationalen Kurse hat man das getan, der heute in Ungarn herrscht. Tatsache ist, daß während der Schaffung der Ordnung in Ungarn, während der letzten vier Jahre über 10.000 Menschen auf die Art und Weise hingerichtet worden sind. Einen Mann, namens Korvin, der nie einem Menschen etwas zuleide getan hat, hat man ordnungsgemäß im Sinne eines richterlichen Urteils aufgehängt, obwohl er während der Räterediktatur verhindert hat, daß Leute hingerichtet wurden. Wenn wir solche Dinge sehen, muß man schon fragen, ob Sie ein Recht haben, uns Vorwürfe zu machen. Sie kennen diese Dinge, Sie wissen das, was sich vor Jahren ereignet hat, daß die erwachenden Madjaren Bomben in eine freiheitliche Versammlung im Elisabeth-Kasino hineingeworfen haben und dort Menschen dadurch gestorben sind, zu Weihnachten ist in Czongrad eine Tanzunterhaltung gewesen, dort hat man auch Bomben hineingeworfen, so daß Frauen gestorben sind. Darüber entrüstet sich niemand. Aber einem Menschen, dem man nichts nachweisen kann, dem machen Sie Vorwürfe. Ich erkläre jeden als ge-

meinen Lügner und Ehrabschneider, der in Hinkunft behauptet, daß ich jemanden etwas zuleide getan hätte. Ich stelle fest, daß ich auch während der Räteiktatur in Ungarn gegen die Todesstrafen Stellung genommen habe. Wenn sie nicht verhindert werden konnte, wenn solche Dinge vorgekommen sind, so deshalb, weil die Menschen in Ungarn durch ein Menschenalter nichts anderes als brutale Vergewaltigung und Unterdrückungen des Schwächeren gesehen haben. Sie dachten, jetzt haben wir die Gelegenheit, jetzt versuchen wir es auch einmal. Wenn in Österreich die Arbeiterschaft nicht Gelegenheit gehabt hätte, im Parlamente Stellung zu nehmen, kann ich versichern, daß hier solche Dinge auch geschehen wären. Wo kommen solche Sachen vor? In Rußland, weil die früheren Machthaber dem Volke nichts anderes gezeigt haben. So wie man in den Wald hineinschreit, kommt das Echo zurück. In Österreich müssen Sie Ihren Vorfahren dankbar sein, weil diese schon vor und während des Krieges Vernunft angenommen haben. Die ungarische Bourgeoisie war aber Vernunftgründen nicht zugänglich. Es ist schrecklich für die Arbeiterschaft ausgefallen, wir waren uns darüber vollkommen im klaren. Wir waren uns aber der Verantwortung bewußt, die wir zu tragen hatten und wir haben geglaubt, unsere Pflicht zu erfüllen, wenn wir die Arbeiterschaft in einer so wichtigen Zeit nicht im Stiche lassen.

Ich möchte das kurz gesagt haben und möchte die anständigen Gegner erfragen, diese Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Sollte dieses ständige Vorhalten von Bela Kun und Ungarn nicht aufhören, müßte ich gegen diese betreffenden Personen andere Schritte einleiten und sie so behandeln, wie man ganz gewöhnliche Leute behandelt. Ich rate jedem, das Buch Karolyi, einer der größten Grundbesitzer, der 400.000 Joch Felder hatte, zu lesen. (Prisiching: „Der ist ein verrückter Kerl gewesen!“) Wenn Sie das Buch lesen würden, dann würden Sie sich davon überzeugen, daß ein Mann, der ein solches Buch geschrieben hat, nicht verrückt ist. Ich weiß, nach Ihrer Auffassung ist er verrückt. Karolyi war es, der im November 1918 diese 400.000 Joch Felder an die armen Kleinbauern verschenkt hat, das ist bei Ihnen natürlich Wahnsinn. (Prisiching: „Das ist sehr schön!“ — Riemelmoser: „Lesen Sie das Buch „Der rote Prinz“ von Windischgrätz!“) Der Windischgrätz, der während des Krieges einige Millionen defraudiert und gestohlen hat. (Zwischenrufe: „Auch keine Beweise!“) Durch Kartoffelschiebungen hat er sich einige Millionen erschwindelt und das Volk betrogen. Ein Mensch, der so veranlagt ist, wird jeden als einen Narren erklären, der etwas besitzt und verteilt an jene, die nichts haben. Es heißt doch der schöne Spruch in der Bibel: „Hast Du zwei Röcke, so gib einen Rock dem, der keinen hat.“ Ein solcher Mensch, der diese Worte befolgt, ist dann bei Ihnen verrückt. Karolyi war ein Mann, der sein Leben in die Schanze geschlagen hat für sein Volk. Das war ein Bürger. Er ist mit manchem, was die Sozialdemokraten getan haben, nicht einverstanden, auch wir nicht mit allem, was er getan hat, aber, wir müssen anerkennen, daß er ein Mann ist, den wir auch als Gegner immer ehren und schätzen.

Es hat ein gewisser Jaszy ein Buch geschrieben über „Magyariens Schuld und Ungarns Sühne“. Bitte das zu lesen, dann werden Sie die geschichtliche Entwicklung kennen lernen, Sie werden sehen, was ein Volk mitmachen muß, und dann werden Sie es verstehen, warum dieses Volk so tief gesunken ist, warum es nichts anders tun konnte. Wir wissen, daß Blutaten nur von nieder denkenden Menschen vollbracht werden. Wir verstehen aber, warum sie es getan haben. Es war der Belagerungszustand proklamiert, es wurde gesagt, wer mit der Waffe in der Hand getroffen wird, wird erschossen oder aufgehängt. Heute werden Leute in Ungarn aufgehängt und erschossen, die gar nichts getan haben, es braucht nur irgendein Denunziant aufzutreten, um ihm etwas anzudichten. Ich glaube, jedem anständigen Menschen, dem ernstlich darum zu tun ist, zu wissen, was geschehen ist, den Nachweis erbracht zu haben, daß in Ungarn in den Jahren 1918 bis 1919 manches deshalb geschehen mußte, weil das früher führende Regime so korrupt und so brutal gegenüber der arbeitenden, schaffenden Bevölkerung gewesen ist. Ich hoffe, daß nach dieser kurzen Schilderung kein anständiger Mensch sich in Hinkunft das Recht anmaßt, sich an diesem so schwer leidenden Volke seine Schuhe abzuwischen, weil dieses Volk auch heute noch sehr schwer unter diesen Dingen leidet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Hiemit ist die Liste der für heute bestimmten Redner erschöpft.

Die Fortsetzung der Sitzung findet morgen den 9. Mai um 10 Uhr vormittags statt.

(Die Sitzung wird am 8. Mai um 6 Uhr 45 Min. abends unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl am 9. Mai um 10 Uhr vormittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Aufgelegt wurde heute die Beilage Nr. 46, welche (verliest auch die Überschrift) dem Finanzausschusse zugewiesen wird.

Bevor wir in der Behandlung der Tagesordnung weiter fortfahren, bringe ich die dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Saringer, Leichin und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Delogierung von Wohnparteien aus den der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft gehörigen Dienstwohnungen zur Verhandlung. Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landesrat Oberzaucher das Wort.

Oberzaucher: Hohes Haus! In der Gemeinde Pölsing-Brunn, im Bergarbeiterbezirk der Weststeiermark finden fortwährend Entlassungen von Bergarbeitern der Graz-Köflacher Bahn statt. Diese Entlassungen werden nicht bloß vorgenommen, wenn es der Arbeitsmangel bedingt, sondern diese Entlassungen tragen vielfach den Charakter von Maßregelungen, weil an Stelle der entlassenen Arbeiter andere aufgenommen werden, und zwar nicht Bergarbeiter, die in diesem Berufe schon längere Zeit tätig sind und Erfahrungen haben, sondern zum großen Teile Knechte und Besizer, so daß die entlassenen Bergarbeiter nicht mehr Gelegenheit haben, irgendwo unterzukommen, weil in-

folge der herrschenden Wirtschaftskrise es nicht möglich ist, den Beruf zu wechseln, den Wohnort zu vertauschen. Nun kommt dazu noch die Erschwerung, daß ein großer Teil dieser Bergarbeiter in Häusern wohnt, die der Graz-Köflacher Bahn gehören; diese entlassenen Arbeiter werden nun auf Grund der bestehenden Gesetze, wonach die Dienstwohnungen der Unternehmer nicht unter das Mieterschutzgesetz fallen, ganz einfach gerichtlich gekündigt und delogiert. Daß nun die Delogierung der Vernichtung der Existenz der Bergarbeiter die Krone aufsetzt, das glaube ich nicht besonders begründen zu müssen; denn wenn Bergarbeiter, die arbeitslos werden, ohnedies vom Staate nur eine so geringe Unterstützung bekommen, die sie vor dem blanken Verhungern schützt, so sind sie vollkommen dem Elend überantwortet, wenn sie noch dazu wohnungslos werden in einer Zeit, in der es überhaupt unmöglich ist, eine Wohnung zu bekommen. Besonders kraß ist dies aber in jenen kleinen Orten, in denen die Industrie- und die Bergarbeiterschaft nicht in sogenannten Zinshäusern wie in größeren Städten und Märkten wohnen, sondern zum großen Teil in sogenannten Werkshäusern wohnen müssen, in Häusern, welche von der Bergbaugesellschaft separat für die Wohnbedürfnisse der Arbeiterschaft errichtet wurden. Die Gemeinde Pölsing-Brunn hat nun, um dieser Not abzuwehren und den Leuten, die von der Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft auf die Straße geworfen werden, zu helfen, alles getan, was in ihrer Kraft und Möglichkeit gewesen war. Die Gemeinde hat auf Grund des Wohnungsanforderungsgesetzes ein altes baufälliges Haus angefordert, und muß nun dieses Haus, welches natürlich im Besitze des Eigentümers bleibt, auf Kosten der Gemeinde adaptieren, was jedenfalls 150 Millionen Kronen kosten wird. In diesem baufälligen Hause sollen nach der Adaptierung vielleicht 5 bis 6 delogierte Arbeiterfamilien untergebracht werden können. Die Gemeinde Pölsing-Brunn besitzt kein eigenes Haus, in welchem die Gemeindegasse untergebracht ist, sie besitzt auch keinen eigenen Grund, auf welchem sie irgend welche Notbaracken für diese delogierte Familien erbauen könnte, sie hat auch nicht die geringsten Mittel, um diese Familien zu schützen, wenn die Delogierung tatsächlich durchgeführt würde. Ich bin nicht genau unterrichtet über den Zeitpunkt, wann dies geschehen soll, aber jedenfalls in dem Augenblicke — es handelt sich ja um 17 Familien — in dem diese Familien mit ihren Möbeln und ihren Kindern auf der Straße stehen werden, weiß kein Mensch, wohin mit diesen Leuten, es sei denn, daß andere Arbeiter, die natürlich auch sehr gedrängt wohnen, diese Familien vorläufig in ihre Wohnungen aufnehmen würden. Aber wir wissen ja, daß die Bergarbeiter in diesen Werkshäusern sehr enge wohnen, daß es sich da um Wohnungen mit Zimmer und Küche handelt, und daß in diesen Wohnungen Erwachsene und Kinder, bis zu 10 Personen wohnen müssen. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß auf die Dauer weitere aufgenommen werden, ganz abgesehen davon, daß es ja nur vom guten Willen derjenigen abhängt, die diese Leute aus Barmherzigkeit aufnehmen. Die Gemeinde Pölsing-Brunn ist

daher weiter gegangen und hat versucht, ein Haus mit einem Grund zu kaufen, damit sie noch im weiteren Maße imstande ist, die delogierte Familien unterzubringen. Dieses Haus und dieser Grund, welcher von der Gemeinde gekauft werden soll, ist angeblich von dem Verkäufer mit einem etwas zu hohen Betrage angeboten worden. Es ist aber in der ganzen Ortschaft kein anderes Haus verkäuflich; die Gemeinde war also gezwungen, um der dringendsten Notlage der delogierte Familien zu steuern, auf diesen Hauskauf einzugehen. Die Gemeinde hat in einer Sitzung beschlossen, dieses Haus samt Grund zu erwerben, wodurch ebenfalls zirka acht Familien untergebracht werden können, wenn das Haus, und zwar mit geringen Mitteln, für Wohnparteien hergerichtet wird. Nun hat die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft durch einen ihrer Beamten — es ist dies Generaldirektor Steiner — Einfluß genommen auf die Mitglieder der Gemeindevertretung, damit diese vor der nächsten Gemeinderatsitzung, die darüber beschließen sollte, daß die Gemeinde ermächtigt wird, ein Darlehen für den Ankauf des Hauses und Grundes aufzunehmen, — es sind dies die der Wirtschaftspartei angehörigen Mitglieder der Gemeindevertretung — aus dem Gemeinderate austreten. Dadurch haben sie es, obwohl sie eine Minderheit sind, verhindert, daß es der Gemeinde ermöglicht wird, ein Darlehen zu einem Hauskauf aufzunehmen. Es ist das eine ganz unglaubliche Beeinflussung des Gemeinderates durch die Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft, die in ihrem Hass gegen entlassene Arbeiter soweit geht, ihnen die Möglichkeit, im Bezirke bleiben zu können, zu nehmen. Die Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft geht aber noch weiter, sie schickt ihren Hausmeister, den Hausverwalter der Koloniehäuser, zu den einzelnen Wohnparteien, speziell zu den Bergarbeitern, und beeinflusst sie, daß sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen ihre Stimme dem Vertreter der Gesellschaft, Generaldirektor Steiner, geben sollen. Sie dürfen nicht den bisherigen Bürgermeister Stangl, welcher der sozialdemokratischen Partei angehört, wählen bei Gefahr der Entlassung. Mit solchen ungesäglichen Erpressungen wird gegen die Bewohner der Häuser vorgegangen, um sie zu zwingen, gegen ihre Überzeugung bei der Gemeinderatswahl ihre Stimmen abzugeben. Es soll sogar die Drohung ausgesprochen worden sein, daß diejenigen Parteien, die aus Mitleid, aus Mitleid mit dem Elend der Delogierten irgend ein Kind oder eine Person aufnehmen, um sie zu schützen, daß diese ebenfalls die Entlassung zu gewärtigen haben. Ein ungeheuerliches Unternehmen, zu dem nur ein Generaldirektor Steiner fähig sein kann! Ein Zustand, der tatsächlich den schärfsten Protest herausfordern muß, weil die Gemeinde durch dieses Treiben verhindert ist, aus eigener Kraft das Notwendigste vorzunehmen, um die delogierte Familien — es sollen sich darunter zirka 25 Kinder befinden — vor den Unbilden des Wetters zu schützen, um ihnen ein Dach über den Köpfen zu schaffen. Da nun der Gemeinde Pölsing-Brunn diese Möglichkeit versagt ist, sind wir gezwungen, an den Herrn Landeshauptmann folgende Anfrage zu richten: